



AIB

2V 20888 E

1,50 DM

November
Nr. 11 / 1977

8. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Carters "neue" 3. Welt - Politik



**Südafrika: Widerstand nach Soweto
Che Guevara - Chile - Sudan**

Inhalt:

AIB-Aktuell: Steve Biko – kein Einzelfall	S. 3
US-Imperialismus	
Bernd Greiner: Carters Dritte Welt-Politik der „friedlichen Aggression“	S. 4 – 9
Sudan	
Wolfram Bröner: Die Schlüsselrolle des Numeiri-Regimes	S. 10 – 13
Südafrika	
KP Südafrika: Lehren des Widerstands nach Soweto (Teil 2)	S. 14 – 19
Palästina	
Edith Laudowicz: Alltag israelischer Besatzung	S. 20 – 21
Chile	
Kommuniqué des 1. ZK-Plenums der KP Chiles nach dem Putsch	S. 22 – 24
Festivalbewegung	
Kommuniqué des Initiativausschusses XI. Festival und der Jugend der Unidad Popular	S. 26
Kuba	
Fritz Noll: Che Guevara – die Unvergänglichkeit der Revolution	S. 26 – 29
Rezensionen: Literatur über und von Che Guevara	S. 30
Kurzinformation: Paraguay, Kolumbien, Puerto Rico, Vietnam-BRD, Naher Osten	S. 31
Kommentar: Solidaritätsbewegung – „Sympathisantensumpf“ des Terrorismus?	S. 32



Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Bröner, Dr. Jutta von Freyberg, Wolfgang Gehrcke, Mechthild Jansen, Georg Kwiatkowski, Herbert Lederer, Steffen Lehdorff, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff

Redaktionskollektiv: Gabriele Bröner, Wolfram Bröner (verantwortlich), Rainer Falk, Paul Maaskola, Jürgen Ostrowsky, Wolfgang Ritter

Anschrift von Redaktion und Vertrieb:
AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1;
Telefon 06421-24672
Konto: Weltkreis Verlags GmbH Postscheckkonto
31 2093-607, Postscheckamt Frankfurt/M.
Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Brüderweg 16,
4600 Dortmund

Druck: W. J. Becker, Marburg

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Abdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Das AIB erscheint monatlich. Jahresabonnement 15,- DM; Einzelheft 1,50 DM; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33 % Ermäßigung.

Redaktionsschluß: 10. Oktober 1977

Es arbeiteten mit: D. Fendt, R. Heide, M. Hellmann, L. Letsche, H. Merkelbach, M. Meyn-Rodriguez, B. Pflug, M. Preuß, G. Ritter, J. Rodriguez, U. Rupp, K. Wetzel

Anzeigen, Beilagen

- Frontal-Anzeige
- Anzeige und Beilage der Deutschen Volkszeitung
- Anzeige des Röderberg-Verlags

2 V 3196 FX
Verbandsorgan des SHB, Nr. 81/82, Oktober 1977, L50 DM, ISSN 0340-1921

frontal

In dieser Ausgabe:
Sozialdemokratische Linke – Eine Strategiediskussion
Neutronenbombe/Hitler „welle“/Horrorliteratur

frontal-Jahresabo 12,- DM. Anschrift der Redaktion: frontal, Weidenhäuserstr. 70, 3550 Marburg/L.; Tel.: 06421-47986

Deutsche Volkszeitung

ein
demokratisches
Wochenblatt –
unentbehrlich
für
den
kritischen
Zeitgenossen

Probexemplare unverbindlich und kostenlos durch MONITOR-VERLAG GmbH, Düsseldorf, Oststr. 154, Postfach 5707 – Anforderungskarten liegen dieser Ausgabe bei –



AIB-Aktuell: Biko - kein Einzelfall

Der Mord an Steve Biko, dem Gründer der Südafrikanischen Studentenorganisation (SASO) und Präsidenten der Black Peoples Convention (BPC), hat von neuem die Brutalität und Grausamkeit des südafrikanischen Apartheidregimes vor Augen geführt. Die Welle der Empörung war so breit wie bei kaum einem anderen Verbrechen des Regimes zuvor. Selbst der Südafrikabotschafter der USA legte auf Veranlassung seiner Regierung einen Kranz am Grab des Studentenführers nieder.

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) sah sich am 17. September zu einem Kommentar veranlaßt, der in ungewöhnlicher Schärfe den Mord an Biko verurteilte. Mit Biko habe das Regime einen der „gemäßigten“ Führer der Black Consciousness Bewegung eliminiert. „Das ist mehr als ein Verbrechen, das ist Dummheit.“ Es ist dieselbe FAZ, die hier ihre Trauer bekundet, die sich ansonsten die Sprachregelung der Rassisten zu eigen gemacht hat und verhaftete Freiheitskämpfer schlicht als „Terroristen“ denunziert. Es ist dieselbe FAZ, die notorisch jene Meldungen der Smith-Propaganda verbreitet, mit denen Greueln an Frauen, Kindern und Alten in Zimbabwe der Patriotischen Front in die Schuhe geschoben werden sollen. Hingegen verlor die FAZ noch kein Wort über die perverse Spezialeinheit der Selou Scouts, welche sich Smith zur Ausübung derartiger Verbrechen eigens zulegte.

Diese selektive Moral ist die Moral jener westlichen Dunkelmänner, die sich auf der Suche befinden nach einer alternativen Kraft zur traditionellen und kampfstarken Befreiungsbewegung des Volkes von Südafrika, dem Afrikanischen Nationalkongreß (ANC). Gesucht werden kollaborationswillige schwarze Kräfte, die als Träger einer neokolonialistischen Lösung in Südafrika brauchbar sein könnten, um die Profitinteressen derer, für die sie agieren, zu retten. Dies ist jedoch nicht die Moral der demokratischen Bewegung unseres Landes. Ihre Solidarität gilt ungeteilt allen Opfern des rassistischen Terrors. Für sie ist der Fall Biko kein Einzelfall, sondern südafrikanische Regel.

Weltweite Aktionen für die Pretoria 12

Allein 1976 – so weist eine Dokumentation des ANC vom Sommer d. J. nach – sind in den Kerkern Vorsters 135 Menschen grausam zu Tode gequält worden. 20 Patrioten kamen in diesem Jahr unter mysteriösen Umständen ums Leben. Dazu gehören neben dem 30jährigen Steve Biko der 27jährige Phakamile Harry Mabija, der am 7. 8. 1977 nach den Angaben der Rassistenpolizei aus dem Fenster gesprungen sein soll. Seine Mutter bezeugte indessen, die Polizei habe ihn gezwungen, sich für immer von seiner Familie zu verabschieden. Dazu gehört auch der 50jährige ANC-Funktionär Joseph Mdluli, der zu Tode geprügelt wurde. Dazu gehören weitere, deren Schicksal ungeklärt ist. Das Apartheidregime hat eine Untersuchung der Morde in seinen Gefängnissen durch das Internationale Rote Kreuz zurückgewiesen. Den verantwortlichen Justizminister Kruger läßt das – wie er den Tod Bikos zynisch kommentierte – „kalt“.

Der Terror des Regimes gegen den Freiheitswillen des Volkes hat viele Seiten, die an Grausamkeit kaum zu übertreffen sind. Da wurde bekannt, daß sich Südafrikas Folterspezialisten in der Anwendung von Elektroschocks bei den brasilianischen Faschisten unterweisen ließen. Da sollen selbst gegen Kinder Prozesse wegen „Aufruhrs“ inszeniert werden. Da hetzen die Vorsterbüttel abgerichtete Hunde auf friedliche Demonstranten und treiben sie mit Schrotflinten, Gummigeschossen und Tränengas auseinander. Das ist der

Alltag der Rassisten.

Allein in Soweto hat es in diesen Jahr 2400 Verhaftete gegeben. Insgesamt sitzen etwa 500 000 Menschen in den Gefängnissen Vorsters, weil sie gegen die Apartheid-„Gesetze“ verstoßen haben, davon 98 % mit schwarzer Hautfarbe.

Die Prozeßwelle des Regimes gegen Freiheitskämpfer reißt nicht ab. Sie richtet sich in erster Linie gegen Mitglieder und Anhänger des Afrikanischen Nationalkongresses und bezeugt dessen lebendigen und wachsenden Widerstandskampf. Fünf ANC-Mitglieder und prominente Organisatoren des Südafrikanischen Kongresses der Gewerkschaften (SACTU) wurden Ende Juli in Pietermaritzburg zu Haftstrafen zwischen 7 und 18 Jahren verurteilt. Bis Ende letzten Jahres sind von 5000 Verhafteten 1760 Patrioten in Schauprozessen zu langjährigen Zuchthausstrafen abgeurteilt worden.

Das wichtigste dieser Tribunale seit der ersten Hälfte der 60er Jahre ist der Prozeß gegen die zwölf Patrioten von Pretoria, der nun seit mehr als drei Monaten vor dem Obersten Gerichtshof in Pretoria stattfindet (siehe AIB, Nr. 9/1977). Viele Zeugen haben seitdem ausgesagt, von der südafrikanischen Sicherheitspolizei gefoltert worden zu sein, um Geständnisse zu erpressen. Ein Beispiel aus einer ANC-Pressemitteilung: „Der Zeuge Rwaxa wurde gezwungen, nackt auf blankem Fußboden zu schlafen – und der südafrikanische Winter kann sehr kalt sein 6000 Fuß über dem Meeresspiegel. Noch steht dieser Mann aufrecht vor dem Gericht und gibt zu, daß er schrieb, was der Leutnant ihm gesagt habe, das er schreiben solle, im Bewußtsein, daß er bald wieder in den Händen seiner Peiniger sein werde. Welch ein Mut! Der Richter Davidson sagte, er habe keine Macht, Rwaxa vor seinen Folterern, der Sicherheitspolizei zu schützen: Welch eine Selbstanklage für ein Gericht! Frauen, Brüder und Schwestern der Angeklagten werden gefoltert, um ihnen Aussagen gegen ihre engsten Verwandten abzupressen.“

Die Pretoria 12, deren einziges „Verbrechen“ es ist, für die Freiheit ihres Volkes aktiv geworden zu sein, sind aufgrund der auf dem Terrorismus-Gesetz des Jahres 1967 (danach können bereits Diskussionen über Apartheid-Gesetze als „terroristische Akte“ ausgelegt werden) basierenden Anklageschrift mit dem Tode bedroht. „Die Leben dieser zwölf sind in Euren Händen, die Ihr Teil der internationalen Gemeinschaft seid,“ heißt es in einem eindringlichen Appell des ANC an die demokratische Weltöffentlichkeit. Eine internationale Petitionskampagne wurde deshalb vom ANC initiiert, die die gegenwärtig in New York tagende XXXII. UN-Vollversammlung und die Regierungen und Staaten der Welt zum Einsprechen nicht nur gegen den geplanten Mord an den Pretoria 12 veranlassen soll.

Am Tag des politischen Gefangenen der UNO, dem 11. Oktober d. J. ist diese Kampagne eröffnet worden. Sie hat das Ziel, bis zum 10. Dezember 1977, dem Menschenrechtstag der UNO, möglichst viele Unterschriften zu sammeln für die Forderungen nach Freilassung der Pretoria 12, der Beendigung aller politischen Tribunale, von Mord, Folter und der Freilassung aller politischen Gefangenen in Südafrika.

Diesem Heft liegt eine Unterschriftenliste des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees (ASK) bei. Sie soll Aktionen in der Bundesrepublik für die Herstellung der elementarsten Rechte der politisch Verfolgten Südafrikas erleichtern.

Bernd Greiner

Carters Dritte Welt - Politik der «friedlichen Aggression»

Fast ein Jahr ist seit dem Regierungsantritt der neuen US-Regierung unter Präsident Jimmy Carter verstrichen – Zeit genug, um über die Grundlinien ihrer politischen Konzeption und Praxis in der Dritten Welt eine erste Bilanz zu ziehen. Dabei gilt es, höchst widersprüchliche Winkelzüge der neuen Washingtoner Administration durchschaubar zu machen, von der moralapostelgleichen Menschenrechtskampagne und verschiedentlicher Kritik an militärfaschistischen Diktaturen Lateinamerikas über das antisozialistische Rezept der „friedlichen Aggression“ bis hin zu geschäftigen „Lösungs“-Aktivitäten in Nahost und dem südlichen Afrika.

Bernd Greiner, verantwortlicher Redakteur des Organs des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB), Frontal, untersucht Carters „neue“ Dritte Welt-Politik auf dem Hintergrund der traditionellen Washingtoner Außenpolitik und speziell der neokolonialistischen „Anpassungsversuche“ in der Ära Kissinger.

Obgleich nie Kolonialmacht im traditionellen (europäischen) Sinn, sondern bis 1776 selbst – von England – kolonialisiertes Gebiet, datieren US-amerikanische Interventionen und militärische Eingriffe in den Ländern der heutigen sogenannten Dritten Welt nicht erst ab dem Spanisch-Amerikanischen Krieg 1898 als außenpolitisch-imperialistischer Ausdruck der Durchsetzung des Monopolkapitalismus im Innern der USA.

Vorzeitige US-Expansion im „Hinterhof“ Lateinamerika

Bereits 1823 wird mit der Monroe-Doktrin Lateinamerika zum amerikanischen Interessengebiet erklärt, bis 1854 sind bereits 45 Fälle direkter amerikanischer Truppenintervention auf fremdem Staatsgebiet nachgewiesen¹. 1846 wird im Krieg gegen Mexiko dessen nördliche Besitzungen den USA einverleibt (Texas!). Schließlich basierte die Plantagenwirtschaft der Südstaaten auf jahrhundertlangem Handel mit Negerklaven aus Afrika. Der Unabhängigkeitskrieg gegen England und die bürgerlich-demokratische Tradition in den USA harmonisieren also mit einer gleichzeitigen expansionistisch-aggressiven Wirtschafts- und Territorialpolitik im Zuge der „ursprünglichen Akkumulation“, d. h. einer der Vorstufen zur endgültigen Durchsetzung bürgerlich-kapitalistischer Verhältnisse. Im Unterschied zu den führenden europäischen Mächten jedoch konnte der amerikanische Kapitalismus in einem riesigen Binnenland expandieren – die Westgrenze wurde erst 1890 erschlossen – und war daher auch zu Beginn seiner imperialistischen Entwicklungsphase (ca. 1893) noch nicht auf koloniale Besitzungen angewiesen.

Dies freilich änderte sich mit der rasanten ökonomischen Entwicklung der USA im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts. Vor dem Hintergrund einer bereits erfolgten territorialen „Aufteilung der Welt“ rangen die erstarkten US-Monopole

nun gegen die Konkurrenz der etablierten Kolonialmächte Frankreich und England um neue Einflusssphären.

Die Schwächung beider kapitalistischer Bündnispartner als Ergebnis des 2. Weltkrieges brachte den USA gleichzeitig die stärksten Positionsgewinne in den Entwicklungsländern und den Aufstieg zur Führungsmacht im imperialistischen Lager. Aus dieser ökonomischen und politischen Stärkung heraus griffen die USA nach der Weltherrschaft.

Scheitern des Roll Back und Containment nach 1945

Als letztes und gleichzeitig wichtigstes Glied zur Durchsetzung der „Pax Americana“ sollten mit der Kalten-Kriegs-Politik des „Roll Back“ (Zurückrollens) und „Containment“ (Eindämmung) die sozialistischen Länder dem kapitalistischen Machtbereich reintegriert werden: „Wir meinten, daß die Politik der Eindämmung die Sowjetunion **umformen** würde und daß aus einer gewandelten sowjetischen Gesellschaftsform zwangsläufig ein verträgliches und **brauchbares Mitglied einer harmonischen internationalen Völkergemeinschaft hervorgehen würde.**“²

Jedoch war bereits zum Zeitpunkt ihrer Konzipierung der Keim des Scheiterns dieser Politik angelegt: Erstens markierte die Proklamation der Volksrepublik China 1949 den Beginn einer weiteren qualitativen Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses auf Kosten des Imperialismus, nämlich den Aufschwung nationaler Befreiungsbewegungen und die beschleunigte Fortsetzung des Entkolonialisierungsprozesses. Zweitens konnten sich die sozialistischen Länder weiter konsolidieren: spätestens der „Sputnikschock“ des Jahres 1957 falsifizierte die „Theorie“ vom notwendigen Zusammenbruch der sozialistischen Länder und verdeutlichte das Scheitern der Politik des Roll Back. Drittens leitete das Ende der Nachkriegsprosperität eine Entwicklung ein, die seit Beginn der 60er Jahre kontinuierlich zu einer Schwächung der USA als ökonomischer (und im Gefolge auch politischer) Führungsmacht im westlichen Lager führte und über



Krisen vermittelt die innerkapitalistischen Widersprüche auch international weiter zuspitzte.

Da das strategische Ziel der USA nach Weltherrschaft weiter aufrechterhalten wurde, geboten dergestalt veränderte Bedingungen taktische Umorientierungen. In der Politik gegenüber den Entwicklungsländern schlagen sich diese taktischen Varianten in zwei Linien nieder, die in ihrer Formulierung und Umsetzung die verschiedenen Stadien genannter Entwicklungsprozesse reflektieren: einer aggressiv-intransigenten (starrten) Linie, die dem Verlust amerikanischer Machtpositionen hauptsächlich mit den traditionellen Mitteln wie Putsch, militärischer Intervention und der Unterstützung auch offen faschistischer Regimes im Innern der Entwicklungsländer **begegnen** will und einer integrationistisch-flexiblen, „sozial-liberal“ orientierten Linie, die durch gezielte Wirtschafts- und Finanzpolitik und (soweit dies möglich ist) durch Bevorzugung bürgerlich-parlamentarischer Regierungsformen respektive Regierungsfassaden Konflikt-herde zu entschärfen und damit einer Gefährdung US-amerikanischen Einflusses **vorzubeugen** sucht.

Widerstreitende Linien in Washington

Auch bezüglich der Dritte Welt-Politik gilt Kissingers Diktum über die Entspannungspolitik: Es handelt sich hier nicht um alternative Optionen (Wahl zwischen zwei oder mehreren Wegen), sondern um eine „zweigleisige Politik“ der „Stärke und des Entgegenkommens“.³ An der Afrika-⁴ und Lateinamerikapolitik⁵ der USA während der 50er und 60er Jahre läßt sich diese „Doppelgleisigkeit“ beispielhaft illustrieren: die ersten Anzeichen revolutionärer Entwicklungen in Lateinamerika – dem ökonomisch wie politisch völlig beherrschten „Hinterhof“ der USA – unterdrücken die Vereinigten Staaten noch mit traditionellen Mitteln: Sie intervenieren 1954 in Guatemala und stürzen die Regierung Arbenz. Spätestens um 1960 zeigt sich an der revolutionären Zuspitzung der Widersprüche in Kuba und im Kongo, daß die im Kalten Krieg entwickelten Konzeptionen den sozialen und nationalen Entwicklungsprozessen in den abhängig gehaltenen Ländern auf Dauer nicht gerecht werden können.

Das Debakel in der Schweinebucht im April 1961 und der Sieg der kubanischen Revolution signalisieren die Notwendigkeit einer taktischen Anpassung und bestätigen die bereits Ende der 50er Jahre geäußerten Einschätzungen nach größerer Flexibilität und der Abkehr von einer politisch-militärisch dominierten Dritte-Welt-Politik.

Kennedys lateinamerikanische „Allianz für den Fortschritt“ – im August 1961 offiziell proklamiert – drückt diese Entwicklung aus: Ziel ist die Durchsetzung des kapitalistischen Entwicklungsweges mit reformkapitalistischen „sozial-liberalen“ Mitteln bei Aufrechterhaltung der ökonomischen und politischen Abhängigkeit der Entwicklungsländer (Lateinamerikas) von den USA⁶. Hauptmotiv dieses „Marshall-Plans für Lateinamerika“ bleibt – wie selbst Business Week unverhohlen zugab – durch gezielte Reformen eine „Mittelstandsrevolution“ zu finanzieren, um die „proletarische Revolution zu blockieren“.⁷

Spätestens beim Militärputsch in Brasilien 1964 zeigt sich die innere Widersprüchlichkeit des entwicklungspolitischen Reformprogramms als ein beständig wiederkehrender Ziel-Mittel-Konflikt: Den langfristigen Kapitalinteressen an ökonomischer und politischer Stabilität steht das kurzfristig umzusetzende Bestreben nach maximaler Profitproduktion und aktuell optimaler Kapitalverwertungsbedingungen gegenüber. Zweitens birgt eine (innenpolitische) Reformpolitik die „Gefahr“ einer Öffnung „revolutionärer Schleusen“ in sich. Drittens können objektive sozioökonomische Entwicklungsprozesse – die sich in der Stärkung der Befreiungsbewegun-



Carter und der saudische Prinz Fahd in Washington

gen niederschlagen – nicht außer Kraft gesetzt werden. Viertens stehen die USA in diesen Jahren erst am Anfang weitreichender machtpolitischer Einbußen und handeln daher nach dem subjektiven Verständnis ihrer Führer aus einer Position der Stärke, die durch die vorübergehenden Erfolge der Roll Back-Politik in Guatemala (1954), Kongo (1960), Brasilien (1964), der Dominikanischen Republik (1965), Argentinien (1966), Ghana (1966) und Bolivien (1967) scheinbar bestätigt wird.

So bleibt Kennedys integrationistischer Ansatz Episode: mit der Eskalation des Vietnamkrieges ab Mitte der 60er Jahre dominiert in der politischen Praxis erneut die unnachgiebig-aggressive Linie zur Durchsetzung der globalen machtpolitischen Interessen der USA. Die Strategen des Pentagon sehen sich in der Offensive: „Würden sie (die Chinesen, d. Verf.) in Südvietnam angreifen, dann würden wir mit einem Bombardement Chinas antworten, oder US-Divisionen landen oder beides. Ich möchte kategorisch erklären, daß zehn bis 20 US-Divisionen . . . imstande sein sollten, jeden kommunistischen Angriff abzuschlagen und Nordvietnam zu besetzen. Ich bin auch der Meinung, . . . wir könnten ganz Vietnam befrieden.“⁸ Hohe Armeeoffiziere sprechen in dieser Zeit davon, Vietnam in die Steinzeit zurückzubomben.

„Gefahr“ der Öffnung „revolutionärer Schleusen“

Der Verzicht Präsident Johnsons auf eine erneute Kandidatur bei den Wahlen 1968 ist auch Ergebnis des sich abzeichnenden Scheiterns der militärischen Aggression in Südostasien, die nur ein Indiz für den Zerfall der „durch den Kalten Krieg geprägten Struktur der internationalen Beziehungen ist . . .“⁹, d. h. 1969 sind die USA gezwungen, ihre gesamte Außenpolitik qualitativ veränderten Bedingungen anzupassen. „Als wir ins Amt kamen, fanden wir 550 000 amerikanische Soldaten in Vietnam vor, eine totale Vereisung unserer Beziehungen zur Sowjetunion, keinerlei Beziehungen zur Volksrepublik China, kümmerliche Beziehungen zu Europa. Zwangsläufig mußten wir zuerst das Vietnam-Problem anpacken und unser Verhältnis zu Westeuropa wie zu den kommunistischen Ländern auf eine neue Basis stellen, ehe wir uns energisch auf die Probleme der Entwicklungsländer konzentrieren konnten.“¹⁰

Am deutlichsten wird Kissingers Forderung: „Unsere Politik muß flexibler, komplizierter, geschmeidiger und einfallreicher sein als in der ersten Nachkriegsperiode . . .“¹¹ in der Anerkennung der friedlichen Koexistenz und somit der wichtigsten Prinzipien der Entspannungspolitik seitens der USA im Jahr 1972. Entsprechend wird von der Nixon-Administration auch Kennedys Lateinamerika-Konzept in der „Aktion für den Fortschritt“ wiederbelebt, die sich jedoch 1973

mit dem von den USA mitgetragenen faschistischen Militärputsch in Chile als Lippenbekenntnis demaskiert.

Kompromißbereitschaft nach der „Ölkrise“

Die sogenannte „Ölkrise“ 1973, die zum ersten Mal die wirtschaftliche Macht der Entwicklungsländer demonstrierte und damit auch die über gesteigerte Abhängigkeit vermittelte Verwundbarkeit der kapitalistischen Hauptländer, der Fall des portugiesischen Faschismus und dessen kolonialer Verlängerung in Afrika 1974/75 (Angola) stehen neben der 1972 besiegelten Niederlage der USA in Vietnam als äußere Daten einer neuen Entwicklungsstufe. Sie weist den auch von Kissinger und Brzezinski eingestandenen „Zwang zur Anpassung“ als unumkehrbar aus: die USA müssen – vor dem Hintergrund einer sich ständig verschärfenden Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Entwicklung – die bisherigen Ansätze zur Revision ihrer Außenpolitik weiterentwickeln und verallgemeinern. D. h. es kommt jetzt darauf an, Entspannungs-, Bündnis- und Entwicklungspolitik erstens untereinander zu koordinieren und zweitens für jeden einzelnen dieser drei wichtigsten außenpolitischen Bereiche das Verhältnis der in der Politik der Doppelgleisigkeit angelegten Momente „der Stärke und des Entgegenkommens“ zu bestimmen¹³.

Nur eine solchermaßen – von Kissinger geforderte – differenzierte Politik, die verschiedene Optionen gleichzeitig und auf die jeweilige Situation in unterschiedlichen Interessengebieten angemessen abgestimmt verfolgen kann, vermag dem gerecht zu werden. Nur sie wird in der Lage sein, die seit den 70er Jahren „zeitlich unbegrenzte Herausforderung“ (Kissinger) offensiv zur Erhaltung bzw. Erweiterung des weltpolitischen Spielraums der USA zu wenden.

Carters „aufgeklärte“ Strategie der „friedlichen Aggression“

Die Carter-Administration verfolgt dieses Ziel einmal mit dem bündnispolitischen Konzept des Trilateralismus (Verteilung der politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Krisenbewältigungslasten auf den Dreieck USA-Westeuropa-Japan unter Führung der USA); zum zweiten mit einer ideologisch-politischen und rüstungstechnischen Offensive gegen die UdSSR – angestrebt wird hier offenbar eine Politik, die einerseits die Ergebnisse des mit der Entspannung erhofften „Wandels durch Annäherung“ einlösen kann, ohne andererseits auf die „weltweite Zurückdrängung der UdSSR“ (Carter) verzichten zu müssen¹⁴. Zum dritten versucht sie das mit einer Politik gegenüber den Entwicklungsländern, die als „aufgeklärt flexible“ Strategie der „friedlichen Aggression“ charakterisiert werden kann.

Die „neuen“ Elemente der Entwicklungspolitik unter Carter liegen also weniger in der konkreten Ausgestaltung der traditionellen „Kompromiß“- bzw. „Konfrontationslinien“ als vielmehr in einer durch die politischen Kräfteverschiebungen erzwungenen taktischen Orientierung, die die Kontinuität des strategischen Ziels nach bleibender Abhängigkeit der Entwicklungsländer mit einer Koordinierung aller bisher entwickelten Mittel zu verbinden trachtet. Es ist dies gleichzeitig der Versuch, nach den Rückschlägen des vergangenen Jahrzehnts weltpolitisch erneut in die Offensive zu gelangen.

Die sozialliberal-integrationistische Kompromißlinie, die Carter als „neue, offene“ Politik verstanden wissen will¹⁵, zeichnete sich in der Wirtschaftspolitik bereits 1975 ab, als die USA die nach der „Ölkrise“ zunächst noch vehement verteidigte Forderung nach dem „Überleben“ und der „Wiederherstellung des Weltwirtschaftssystems“¹⁶ aufgaben, die



Forderung insbesondere der OPEC-Länder nach einer „neuen Weltwirtschaftsordnung“ nicht länger zurückwiesen und sich am „Nord-Süd-Dialog“ beteiligten.

Ungeachtet der bis dato ausgebliebenen materiellen Erfolge des Dialogs für die Entwicklungsländer und ungeachtet der Tatsache, daß die USA mit der Losung nach einer „offenen Welt“ das Interesse nach effektiverer Ausbeutung der Rohstoffreserven der Entwicklungsländer verbinden, muß dieses Einlenken der imperialistischen Hauptmacht doch als politischer Erfolg der (1973 praktizierten Solidarität der) Entwicklungsländer gewertet werden. Die amerikanische Kompromißbereitschaft liegt darüber hinaus darin begründet, daß die Bedeutung der Entwicklungsländer als Absatzmarkt für die US-Monopole zunimmt und daß die Abhängigkeit der USA von wichtigen (strategischen, in der Rüstungsindustrie verwendeten) Rohstoffen in den nächsten Jahren wachsen wird¹⁷, gleichzeitig für eine Politik der Stärke augenblicklich aber die materiellen Voraussetzungen fehlen: Die gegenwärtige (Dauer-)Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Weltwirtschaft verbietet einen offenen wirtschaftspolitischen Konfrontationskurs gegenüber der Dritten Welt – selbst wenn alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die Krisenlasten auf die Entwicklungsländer abzuwälzen.

Die differenzierte(re) amerikanische Politik leitet sich schließlich aus einer – bereits vor der weltweiten Angleichung kapitalistischer Krisenzyklen angelegten – Schwächung der Weltmarktpositionen der US-(multinationalen) Konzerne zugunsten der erstarkten westeuropäischen und japanischen Konkurrenz ab: die USA widersetzen sich daher immer häufiger bilateralen Abkommen („es sei denn, sie selbst sind der Partner“¹⁸) und versuchen, die Entwicklungspolitik der kapitalistischen Hauptländer über die von den USA dominierten internationalen Institutionen (Weltbank, IWF, IEA, Internationales Industrialisierungsinstitut, OECD) zu vereinheitlichen.¹⁹

Neue Töne in der US-Lateinamerikapolitik

Wie in der Wirtschaftspolitik setzt die Carter-Administration auch in den Beziehungen der USA zu Lateinamerika – von Washington als Symbol des Ausgleichs ideologisch überhöht – bereits unter ihren Vorgängern begonnene integrationistische Initiativen fort, z. B. die Neufassung des Panamakanal-Vertrags. Die politische Substanz des Vertrags – den USA steht auch nach der vollständigen Übergabe der

Hoheitsrechte an Panama im Jahr 2000 (!) noch das Recht auf militärische Verteidigung der (in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung inzwischen stark zurückgegangenen) Kanalzone zu – rechtfertigt keineswegs die ihm regierungsoffiziell und publizistisch zugemessene Bedeutung.

Die USA verbinden mit diesem Vertrag, mit der hektischen diplomatischen Reisetätigkeit in Lateinamerika, mit der sich anbahnenden (und nach 16 Jahren längst überfälligen) Normalisierung der Beziehungen zu Kuba und mit dem in der Dritten Welt zuvörderst an Chile, Brasilien und Argentinien gerichteten Vorwurf der Menschenrechtsverletzung eine politisch-ideologische Offensive auf mehreren Ebenen:

Erstens wird nachhaltig die besondere Bedeutung Lateinamerikas für die USA unterstrichen und damit de facto das Recht auf aktive Interessenvertretung und direkte Präsenz in diesem Raum – schließlich entfallen die meisten der in den Entwicklungsländern getätigten US-Auslandsinvestitionen auf den lateinamerikanischen „Hinterhof“. Zweitens soll der (insbesondere nach dem Putsch in Chile wiederauflebenden) Diskreditierung der USA mit der „Politik der guten Nachbarschaft“ entgegengewirkt werden und drittens wird durch diese Maßnahmen von den neokolonialen Annexionsplänen gegenüber Puerto Rico²⁰ – das amerikanischer Bundesstaat werden soll – abgelenkt. Viertens scheint sich gerade mit der Menschenrechtskampagne das reformkapitalistische Ziel zu verbinden, offen militärfaschistische Diktaturen durch Formen (autoritär-)bürgerlicher Demokratie bis zu einem Punkt politisch zu „liberalisieren“, der einerseits das durch die Diktaturen objektiv geschaffene Konfliktpotential entschärft, andererseits aber auch bürgerlich reformistische und proletarisch-revolutionäre Bewegungen weiterhin an der Entfaltung hindert.

In Kollision! Menschenrechtskampagne und Militärhilfe

Dieses zum Zwecke längerfristiger Stabilität des machtpolitischen Status Quo für die USA erstrebenswerte Ziel der Schaffung „demokratischer Minimalstrukturen“ (Boris) stößt freilich nicht allein an innenpolitische Grenzen in den betreffenden Ländern, sondern wird auch durch die amerikanische Tagespolitik unterlaufen: Weiterhin wird dem faschistischen Chile wie allen lateinamerikanischen Diktaturen Wirtschaftshilfe in Millionenhöhe gewährt, und das Terrorregime politisch (durch den Empfang Pinochets im Weißen Haus im September d. J.) aufgewertet.

Insgesamt gesehen erweist sich die Menschenrechtskampagne als ideales Mittel, die ohnehin fließenden Grenzlinien zwischen reformistischer Integration und unnachgiebiger Kon-

frontationspolitik zu verwischen und der gesamten Politik gegenüber den Entwicklungsländern den moralisch-ethischen Anschein des „Ausgleichs“ zu geben. Die Einstellung der (in letzter Zeit nur noch geringen) Militärhilfe an die „Menschenrechtsverletzer“ Uruguay, Brasilien und Äthiopien ist für die militärisch-strategischen Interessen der USA ohne jede Bedeutung.

Entscheidend ist vielmehr, daß der Iran, Indonesien, die Philippinen, Südkorea und Saudi Arabien ungeachtet ihrer innenpolitischen Verhältnisse weiter aufgerüstet werden und die USA nach wie vor der größte Waffenexporteur (ein erheblicher Teil der Waffen wird nach Südamerika geliefert) der Welt sind. Nach regierungsoffiziellen Angaben wird die gesamte „Weltwaffenausfuhr . . . auf 20 Mrd Dollar geschätzt, wovon 8,8 bis 10 Mrd im laufenden Finanzjahr 1977 auf die Vereinigten Staaten . . . (entfallen, d. Verf.), wozu noch für 3,5 Mrd private Verkäufe . . . (kommen, d. Verf.)“²¹. Carters angekündigte Reduzierung dieser Verkäufe berührt nicht die „bestehende(n) Waffenlieferungs-Abkommen in Gesamthöhe von 32 Mrd Dollar . . .“: „Unter diesen Umständen fragt man sich in Washington, ob Carters neue Politik nicht weitgehend symbolisch bleiben wird.“²²

Politik der präventiven Aufrüstung: Südkorea, ASEAN, Diego Garcia

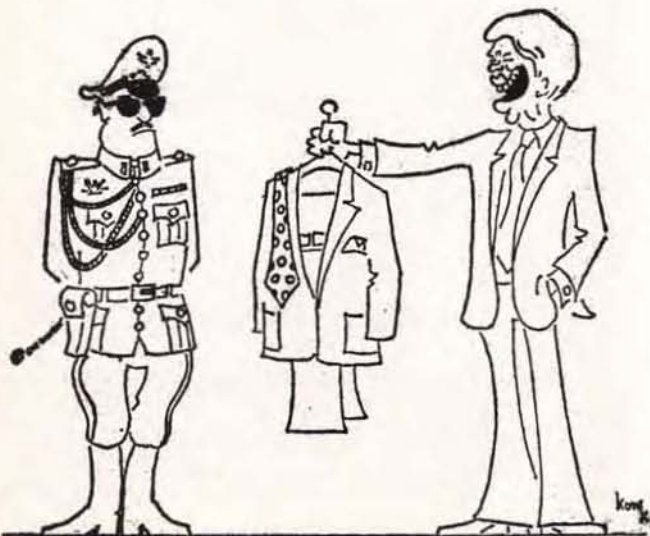
Die Waffenlieferungen und die Aufrüstung reaktionärer Regimes in der Dritten Welt sind vor dem Hintergrund der Ablösung von Nixons Guam-Doktrin durch Fords Pazifik-Doktrin zu sehen: Enthält die Guam-Doktrin noch das der „Vietnamisierung“ entsprechende Konzept des Aufbaus einer starken regionalen Stellvertretermacht zur Verteidigung der US-Interessen, so wurden in der Pazifik-Doktrin die negativen vietnamesischen Erfahrungen mit Nixons Konzept verarbeitet und die Schaffung eines Systems von Stellvertretermächten unter Führung einer regionalen Großmacht propagiert. Damit sollte die direkte militärische Präsenz der USA in Krisengebieten und eine unmittelbare amerikanische Kriegsbeteiligung künftig vermieden werden, ohne die Option der militärischen Unterdrückung nationaler Befreiungsbewegungen zur Sicherung primär der amerikanischen Machtpositionen in der Dritten Welt preiszugeben.

Carter setzt diese Politik der präventiven Aufrüstung, d. h. die militärisch-aggressive, unnachgiebige Linie, konsequent fort: Mit dem geplanten Abzug der amerikanischen Bodentruppen aus Südkorea korrespondiert eine verstärkte Aufrüstung des dortigen diktatorischen Regimes.

Nach der Auflösung der SEATO im Sommer 1977 soll der ASEAN-Block²³ zu einem Militärbündnis erweitert werden; seit dem Rückzug aus Vietnam wird Indonesien wegen seiner strategischen Lage an den See- und Luftverbindungswegen zwischen dem Pazifik und dem Indischen Ozean zu einem Bollwerk gegen den Kommunismus ausgebaut; der bisher britische Luft- und Flottenstützpunkt Diego Garcia im Indischen Ozean (den strategisch entscheidende Rohstoffversorgungsrouten für die kapitalistischen Länder kreuzen) wird in Kürze an die USA übergeben werden – das sind die machtpolitischen und militärischen Hintergründe von Carters Diktum, die USA wollten auch künftig eine asiatisch-pazifische Macht bleiben.

Versuch zur Wiedergewinnung verlorenen Terrains

Wie Großbritannien in Rhodesien, Australien im Indischen Ozean und die BRD in Lateinamerika soll Japan in Asien vermittelnde Instanz bei der Durchsetzung der Dritte Welt-Politik der kapitalistischen Hauptländer sein, deren Grundlinien zu formulieren die USA für sich reklamieren. Darüber



hinaus zeichnen sich Pläne zur Errichtung eines militärischen Südatlantikpaktes zwischen Südamerika (insbesondere Brasilien) und Südafrika als Ergänzung und Stärkung der NATO ab.²⁴

Der sich im Entwurf flexibler Kompromißlinien ausdrückende Zwang zur Anpassung an einen eingeschränkten Macht- und Handlungsspielraum führt die USA also gleichzeitig dazu, die noch verbliebenen Einflußsphären umso konsequenter zu verteidigen und ein diversifiziertes militärstrategisches (Stellvertreter-) Netz aufzubauen, um verlorenes Terrain wiederzugewinnen. Daher ist es nicht auszuschließen, daß bei für die USA entsprechend günstigen Kräftekonstellationen erneut zum Mittel offener militärischer Aggression gegriffen wird. Der Vietnamkrieg bewies den USA nicht die generelle Untauglichkeit dieses Mittels, sondern lediglich die Notwendigkeit einer taktischen Umorientierung durch bündnispolitische Gewichtsverlagerungen.

Welche taktische Variante in einer konkreten historischen Situation Anwendung findet bzw. in welchem Maße die Optionen ergänzend aufeinander bezogen werden, bestimmt sich erstens nach der globalen Lage des US-Imperialismus und zweitens nach den regionalen Macht- und Einflußstrukturen und somit auch nach der Stärke der Befreiungsbewegungen. In Lateinamerika wäre daher unter den aktuellen regionalen Verhältnissen ein offensives Vorgehen gegen sozialrevolutionäre Entwicklungen leichter durchsetzbar als etwa in Asien, wo die USA schwere Niederlagen erlitten und erst allmählich mit der Reorganisation ihrer Offensivkraft beginnen.

Das nahöstliche Spiel auf Zeit

Ein Musterbeispiel der Verschränkung von Kompromiß- und Konfrontationspolitik, einer Politik der Stärke mit einer Politik des (verbal-propagandistischen) Entgegenkommens liegt in der gegenwärtigen Nahost- und Afrikapolitik der USA vor. Wie Kissinger so erprobt auch die Carter-Administration gegenwärtig in diesen Regionen noch verschiedene politische Varianten.

Während dem Iran die Verteidigung der Ölreserven am Persischen Golf und im Mittleren Osten zufällt, wird im Nahen Osten Saudi Arabien zunehmend zum US-amerikanischen Stellvertreter, zum trojanischen Pferd im arabischen Lager, aufgebaut. Zusammen mit Ägypten sollen die Sauds eine arabische Einheitsfront gegen den Zionismus verhindern, um Israel als militärischen Stützpunkt der USA im Mittelmeer- und im Indischen Ozeanraum sowie als Brückenkopf und aktiv-expansionistischen Stellvertreter der USA im Kampf gegen nationalrevolutionäre Bewegungen und damit potentielle Gefahren für die Besitzungen amerikanischer multinationaler Ölkonzerne in diesem Raum zu erhalten.

Die Carter-Administration duldet einerseits die expansionistische Annexions- und Siedlungspolitik Israels im besetzten Westjordanien, also eine aggressive Obstruktionspolitik und kommt andererseits verbal den arabischen Forderungen nach einem Palästinenserstaat mit Kompromißformeln über eine „Heimstätte“ entgegen, deren politischer und rechtlicher Status jedoch nach amerikanischen Aussagen genauso unbestimmt und ausweichend beantwortet wird wie die Frage nach der Beteiligung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) an der wiedereinzuberufenden Genfer Nahostkonferenz.

Es ist dies ein Spiel auf Zeit, das – indem es keine Probleme löst, sondern im Gegenteil noch verschärft (wie der libanesischer Bürgerkrieg als Ergebnis amerikanischer „Teile und Herrsche“-Politik zeigt) – objektiv die Kriegsgefahr erhöht: die von den USA betriebene Aufrüstung reaktionärer Kräfte in den gegnerischen Lagern, allen voran jedoch Israels, scheint die militärische Konfliktbewältigung stets als reale

Alternative auszuweisen.

Es bietet sich der Anspruch und Wirklichkeit „aufhebende“ Begriff der „friedlichen Aggression“ zur Bezeichnung einer grundsätzlich gegen die Palästinenser und die anderen fortschrittlichen arabischen Kräfte gerichteten Politik an, die freilich wegen der Anfälligkeit der kapitalistischen Industrienationen gegen die „Ölwaffe“ einen neuen Nahostkrieg möglichst vermeiden, d. h. die Konflikte unterhalb der Schwelle zwischenstaatlicher kriegerischer Auseinandersetzungen halten will. Dies hindert die USA freilich nicht daran, die Möglichkeit eines Krieges einzukalkulieren und sich vorbereitend darauf einzustellen. So geht der australische Ministerpräsident Fraser davon aus, „daß Diego Garcia auch für die militärische Versorgung Israels im erneuten Konfliktfall mit den arabischen Ländern wichtig ist“²⁵, d. h. die USA sichern sich zusehends günstige Ausgangsbasen, um eine kriegerische Auseinandersetzung zu ihren und Israels Gunsten zu entscheiden.

Im südlichen Afrika suchen die USA heute wie zu Kissingers Zeiten dem drohenden Verlust des rohstoffreichen und strategisch wichtigen Südafrika durch Zugeständnisse an die schwarze Bevölkerungsmehrheit in Zimbabwe und Namibia (Anerkennung der Forderung nach Mehrheitsregierungen) zu begegnen. Damit soll die Lage „entspannt“ und das Streben der schwarzen Bevölkerungsmehrheit in den genannten Gebieten nach sozialer und politischer Gleichberechtigung in parlamentarisch-reformistische Kanäle geleitet werden. Die gleichzeitigen Waffenlieferungen an Südafrika befähigen das dortige rassistische Regime nicht nur zu militärischen Überfällen auf die als „sowjetische Verschwörung“ denunzierten Befreiungsbewegungen im gesamten südlichen Afrika, sondern treffen für einen eventuellen (und im Sinne der reaktionären weißen Führungsschicht zu entscheidenden) Bürgerkrieg Vorsorge.

Um soziale und politische Emanzipationsbewegungen gerade in Südafrika zu unterbinden und um die revolutionären Regierungen vor allem in Angola und Moçambique zu destabilisieren, beginnen die USA damit, in Zusammenarbeit mit



Die Hochrüstung Israels mit Raketen und anderen hochmodernen Waffen hält unvermindert an

Saudi Arabien einen Gürtel konterrevolutionärer Bastionen um das Horn von Afrika und am Roten Meer anzulegen. Zumindest im Falle Saudi Arabien ist den USA also eine Spaltung der Entwicklungsländer und die Anbindung eines der führenden OPEC-Länder an die Dritte Welt-Politik der kapitalistischen Hauptmächte gelungen.²⁶

Erst vor diesem bündnispolitischen Hintergrund wird die Tragweite der jüngsten Waffenlieferungen und der Militärhilfe an Somalia, Sudan (siehe Beitrag in diesem Heft), den Tschad und auch Ägypten deutlich. Die USA versuchen sich in den Entwicklungsländern, gegenwärtig vor allem in Afrika, durch ein abgestuftes System quasi-bündnispolitischer Beziehungen – innerhalb dessen afrikanischer Variante Zaire ebenfalls eine zentrale Rolle spielt – an strategisch wichtigen Punkten militärische und politische Bastionen zu sichern, um aktuell in diesen Gebieten einen amerikanischen Interessen entgegenkommenden Status Quo zu festigen und um zweitens perspektivisch auf Operationsbasen im Kampf gegen nationale Befreiungsbewegungen (innerhalb wie außerhalb dieser Länder) zurückgreifen zu können. Es ist dies eine Politik der dezentralisierten Konzentration zur Erweiterung bzw. Festigung amerikanischen Einflusses.

Carters Aufbau eines „neuen Weltsystems“

Die vorgebliche Bereitschaft zu Verhandlungslösungen im südlichen Afrika baut also vorab auf einer massiven militärischen Absicherung der Bastionen des Imperialismus in Afrika auf. Auch hier offenbart sich die Taktik der „friedlichen Aggression“, die die Gefahr eines zweiten libanesischen Massakers und damit eines Umschlags in offene Konfrontationspolitik in sich birgt.

Die gegenwärtige Politik der USA gegenüber den Entwicklungsländern kann also thesenartig als Versuch bezeichnet werden, eine Politik der Stärke so weit wie möglich und der Flexibilität und des Entgegenkommens soweit wie nötig zu betreiben: „Wir meinen, wir befinden uns in einer historischen Etappe, in der die USA einen schöpferischen Prozeß zum **Aufbau eines neuen Weltsystems** einleiten müssen.“²⁷

Carter macht deutlich, daß sich hinter dem „neuen Weltsystem“ nicht nur amerikanische Führungsambitionen, sondern im Kern der ungebrochene Anspruch der USA auf Weltherrschaft verbirgt: „Weil wir frei sind, können wir niemals gleichgültig sein gegenüber dem Schicksal der Freiheit anderswo . . .“²⁸ Das „überlegene amerikanische Modell“ (Andrew Young) soll wieder weltweite Gültigkeit erhalten und sich in der Dritten Welt in der Durchsetzung des kapitalistischen Entwicklungsweges materialisieren. US-Präsident Carter: „Ich selbst neige dazu, die Sowjetunion aggressiv, natürlich auf friedliche Weise, in den Gebieten der Welt herauszufordern, die heute, oder potentiell in zehn oder 15 Jahren, für uns von entscheidender Wichtigkeit sind. Dazu gehören Länder wie **Vietnam, der Irak, Somalia und Algerien**, Länder wie die **Volksrepublik China** und sogar **Kuba**. Hier zu zögern, halte ich für unangebracht!“²⁹

Neutronenbombe – kein Zeichen schwindender Aggressivität

Trotz aller inneren Widersprüchlichkeit der amerikanischen Politik gegenüber den Entwicklungsländern, z. B. trotz der Tatsache, daß die langfristige Absicherung einer koordinierten Strategie gegenüber der Dritten Welt durch Vereinheitlichung der Politik der kapitalistischen Führungsmächte immer wieder an der innerkapitalistischen (auch politischen) Krisenhaftigkeit selbst und damit auch an den Grenzen des Trilateralismus scheitert, trotz der grundsätzlichen historischen Defensive, die den US-Imperialismus zu den ge-

nannten taktischen Varianten zwingt und trotz der (noch immer vorläufigen) Rückschläge für die US-Politik an zentralen Punkten (z. B. Angola), darf die ungebrochene Aggressivität als eine der Grundlinien US-amerikanischer Politik nicht unterschätzt werden. Mit der Neutronenbombe haben sich die USA erst jüngst ein waffentechnisches Instrumentarium und Massenvernichtungsmittel zugelegt, das sich gerade zur (innenpolitischen) „Konfliktbereinigung“ in Entwicklungsländern unterhalb der Schwelle eines umfassenden Atomkrieges anbietet.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. 200 Jahre USA, 200 Jahre Imperialismus, Berliner Extra Dienst, Extra 4/1976, S. 38-41
- 2) H. Kissinger, Rede vor dem Commonwealth Club in San Francisco, 3. 2. 1976, in: Amerika-Dienst, Nr. 4/1976; Hervorhebung d. Verf.
- 3) Vgl. H. Kissinger, ebenda
- 4) Vgl. J. Ostrowsky, Die Afrikapolitik der USA, in: AIB, Nr. 9/1976, S. 19-25
- 5) Vgl. M. Uschner, Die neokoloniale Strategie der USA im „Hinterhof Lateinamerika“, in: AIB, Nr. 6/1976, S. 17-27
- 6) Für die Übernahme dieser Orientierung in der Entwicklungspolitik der BRD seit 1969 vgl. D. Boris, Bastionen des Imperialismus. Zu den Beziehungen BRD-Lateinamerika, in: Frontal. Verbandsorgan des SHB, Nr. 81/82, Oktober 1977, S. 50-52
- 7) M. Uschner, a. a. O., S. 22
- 8) Interview mit (dem Pentagon-Berater) Hermann Kalen: „Wir würden China bombardieren“, in: Spiegel, Nr. 28/1965, 7. 7. 1965, S. 60-63, hier S. 61
- 9) H. Kissinger, Rede vor dem World Affairs Council von St. Louis am 12. 5. 1975, in: Europa-Archiv, Nr. 13/1975, S. D 329/331
- 10) H. Kissinger, Handeln als wäre Amerika unsterblich, in: Die Zeit, 2. 7. 1976, S. 3
- 11) H. Kissinger, Rede in St. Louis am 12. 5. 1975, a. a. O.
- 12) Ein Kulminationspunkt ist erreicht: die über Jahre und Jahrzehnte bekannten Krisenmomente in der Machtstruktur des Kapitalismus fallen jetzt als einzelne stärker ausgeprägt (und umfassender) zeitlich zusammen. So wird Brzezinskis Vision eines Amerika „in einer feindlichen Welt“ (Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 11/1976) verständlich.
- 13) D. h. einseitige Verabsolutierungen zu vermeiden, wie sie etwa im Vietnamkrieg auftraten, der die für Lateinamerika bestimmten Entwicklungshilfegelder absorbierte.
- 14) Vgl. B. Greiner, Konturen der Außenpolitik Präsident Carters, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 8/1977, S. 948-969
- 15) Vgl. J. Carter, Rede an der Universität von Notre Dame, in: Amerika Dienst, Nr. 14/26. 5. 1977
- 16) Zit. nach P. Hess, USA-Positionen zur Neugestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, in: IPW-Berichte, Berlin, Nr. 2/1977, S. 2-11
- 17) Vgl. P. Hess, a. a. O., S. 3 und Brzezinski, Amerika in einer feindlichen Welt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 11/1976, S. 1246-1265: „Eine allmähliche Verschiebung in der US-Wirtschaft von der autarken Mineralversorgung zu zeitweiser Abhängigkeit hat bereits stattgefunden: 1950 waren die USA nur zu 15 % ihres Bedarfs . . . von Importen . . . abhängig; um 1970 war diese Ziffer bereits auf ca. 25 % gestiegen, und um das Jahr 2000 kann sie sich irgendwo zwischen 60 und 70 % bewegen.“ (S. 1253)
- 18) P. Hess, a. a. O., S. 5
- 19) Vgl. ebenda
- 20) Vgl. J. Rodriguez, Motive des US-Annexionskurses (Puerto Rico), in: AIB, Nr. 3, 4/1977
- 21) Neue Zürcher Zeitung. Fernausgabe, Zürich, 22. 5. 1977, Hervorhebung d. Verf.
- 22) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. 5. 1977; vgl. Waffenverkauf nach Maß: Carters neue Richtlinien: Symbol oder Substanz, in: Die Zeit, 27. 5. 1977
- 23) Vgl. José Lava, Die Tradition der US-Asienpolitik, in: AIB, Nr. 7/1977, S. 20-24
- 24) Vgl. Spiegel, 20. 6. 1977
- 25) Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 13. 5. 1977
- 26) Vgl. M. Kamil, Der Krieg am Horn von Afrika und P. Maaskola, Die Sauds – trojanisches Pferd der USA, in: AIB, Nr. 10/1977, S. 4-13
- 27) Brzezinski – Interview mit Die Weltwoche, 8. 6. 1977; Hervorhebung d. Verf.
- 28) Der Spiegel, 11. 4. 1977, S. 106
- 29) J. Carter, Gespräch mit Herausgebern und Chefredakteuren amerikanischer Nachrichtenmagazine, zit. nach Die Welt, 13. 6. 1977; zum vollen Wortlaut des Gesprächs vgl. Wireless Bulletin . . . , USIS, Nr. 111/14. 6. 1977, S. 9-13

Wolfram Brönner

Die Schlüsselrolle des Numeiri-Regimes



Der Sudan teilt mit dem im Rote Meer-Konflikt meistumkämpften Äthiopien den längsten Grenzabschnitt (über 2000 km) und spielt – wie westliche Beobachter offen bekennen – eine Schlüsselrolle im imperialistisch-saudischen Kriegsplan am Horn Afrikas: „Schon in wenigen Wochen könnten Moskaus Mannen in Äthiopien derart geschwächt sein, daß die kleine Armee des Sudan den Einmarsch zugunsten der Rebellen wagen kann. „Die bereiten den Angriff schon vor“, weiß ein nach Beirut geflüchteter sudanesischer Kommunist.“¹

Was sind die Kennzeichen dieses so hoch geschätzten Numeiri-Regimes?

Nationaldemokratischer Aufbruch 1969

Nach der Entlassung aus der britischen Kolonialherrschaft waren zivile Koalitionsregierungen der traditionellen Parteien, der feudalaristokratisch dominierten Umma-Partei (hervorgegangen aus der islamischen Ansar-Sekte unter Sadik el Mahdi) und der nationalbourgeois Nationalen Unionspartei (Rekrutierung aus der Katmyiasekte und mit der Moslebruderschaft eng verbunden), bereits 1958–64 von einer rechten Militärdiktatur unter General Ibrahim Aboud unterbrochen worden. Sie hatten sich jedoch unterschiedslos als unfähig zur Lösung der brennenden Probleme des Sudan erwiesen:

Mit einem jährlichen Prokopfeinkommen von 120 Dollar, einem industriellen Anteil am Bruttosozialprodukt von nur

11 %, mit der Beschäftigung von nahezu 80 % der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft und einer Analphabetenrate von mehr als 80 % zählt der Sudan zu den 25 ärmsten und ökonomisch rückständigsten Ländern der Welt. Als Hinterlassenschaft der britischen Kolonialherren verblieb dem Nil-land ferner eine ausgesprochene Baumwollmonokultur (sie wird noch immer zu 93 % in Rohform exportiert), eine ausschließliche Agrarexportstruktur, eine miserable Infrastruktur, eine Nichtentwicklung der mineralischen Rohstoffförderung, schließlich eine tiefe soziale Kluft zwischen dem schwarzafrikanischen Süden und dem arabischen Norden, die sich in einem seit 1956 schwelenden Bürgerkrieg zwischen der – von Israel unterstützten – südlichen Separatistenbewegung (Anyanya) und der Zentralregierung ausdrückte.

Als am 25. Mai 1969 eine Gruppe junger Offiziere unter Führung des Obersten Gafaar M. el Numeiri durch einen Militärputsch an die Macht gelangte, verkündete sie ein Programm sozialer Umgestaltungen mit Blickrichtung auf einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg, das eine beschleunigte Überwindung von Unterentwicklung und Abhängigkeit eröffnen sollte. Als neugebildetes höchstes Staatsorgan schloß der zehnköpfige Revolutionäre Kommandorat neben Nationalisten, Nasseranhängern und Revolutionärdemokraten auch Kommunisten ein. In dieser Phase hatten die revolutionär-progressiven Kräfte das Übergewicht, wurde die Regierungspolitik von einer breiten Massenbewegung getragen.

„Die kommunistische Bewegung zerschlagen!“

Man leitete unverzüglich eine Reihe nationaldemokratischer Maßnahmen ein: alle Banken, Versicherungsgesellschaften und ausländischen Kapitalanlagen bzw. Betriebe wurden nationalisiert; mit der Einleitung einer Agrarreform war die Enteignung des Großgrundbesitzes und der meisten Bodenspekulanten verbunden; wirtschaftliche Entwicklungspläne auf der Grundlage „wissenschaftlicher und sozialistischer Prinzipien“ wurden konzipiert; eine einheitliche Arbeitsgesetzgebung verabschiedet, die wirtschaftlich-militärische Zusammenarbeit mit dem sozialistischen Lager (vorrangig der UdSSR) bevorzugt ausgebaut und das Recht der Südregion auf eine autonome Selbstverwaltung anerkannt.

Die Regierungserklärung vom 9. Juni 1969 stellte klar, daß die hauptsächliche Ursache des Südproblems weniger eine religiöse oder rassische sei, sondern vielmehr in der von der Kolonialmacht und ihren Nachfolgeregimes festgeschriebenen ungleichen Entwicklung des Nordens und Südens begründet sei. Eine regionale Selbstverwaltung innerhalb des Sudan bezeichnete sie als die einzig demokratische Lösung. Ein Aktionsprogramm sah den Aufbau einer demokratischen, sozialistisch orientierten Bewegung in der Südregion und deren besondere sozialökonomische Förderung vor. Eine Revolte der Mahdisten im März 1970 wurde niedergeschlagen, die Rechtsparteien schon zuvor verboten.

Gleichzeitig brachen jedoch in der Frage eines möglichen

sudanesischen Beitritts zur Tripoli-Charta, eines Ende 1969 vereinbarten ägyptisch-libyischen Vereinigungsprojekts, erste heftige Meinungsverschiedenheiten auf. In der Absicht der Schwächung des sozialrevolutionären Flügels in der Führung des 25. Mai schloß Numeiri im November 1970 die progressiven Vertreter aus dem Revolutions- und Ministerrat aus, forderte die Selbstaflösung der KP Sudans und ließ den Generalsekretär der KPS Abdel K. Mahjoub inhaftieren. Es folgte eine konzentrierte Unterdrückungskampagne gegen die demokratische Massenbewegung, darunter das Verbot der Jugend-, Frauen- und Gewerkschaftsorganisationen. Numeiri selbst hatte Anfang Februar 1971 diesen ersten Rechtschwenk des Regimes mit einem Aufruf an das sudanesisches Volk eröffnet, die „kommunistische Bewegung zu zerschlagen“.²

In dieser Situation unternahmen linke Offiziere um den aus dem Kommandorat ausgeschlossenen Major Hashim el Atta am 19. Juli 1971 einen unblutigen Staatsstreich, kündigten die konsequente Fortführung des nationaldemokratischen Revolutionsprogramms und eine unverzügliche Wiederzulassung der verbotenen Massenorganisationen an. Doch gelang es am 22. Juli Numeiri mit libyisch-ägyptischer Hilfeleistung in einem Gegenputsch die Macht zurückzuerobern und blutige Rache zu nehmen. Neben den linken Militärs ließ er im Schnellverfahren auch die Führungspersönlichkeiten der Gewerkschaften und der KPS, darunter Abdel K. Mahjoub und den südsudanesischen Minister Joseph Garang hinrichten. Von jedem Bürger und Soldaten forderte Numeiri, alle „Kommunisten“ aufzuspüren. Nach indonesischem Vorbild führte man den Hauptschlag dieser hysterischen Verfolgungsjagd gegen die mit 25 000 Mitgliedern stärkste und einflußreichste kommunistische Partei des afrikanisch-arabischen Raumes, doch machte die „Säuberung“ auch vor anderen Nationaldemokraten nicht halt. Allein über 50 Offiziere wurden aus der Armee entfernt, abertausende Demokraten inhaftiert, mit Berufsverboten belegt und kraft eines „Gesetzes über politische Isolierung“ von jeder gesellschaft-

lichen Tätigkeit ausgeschlossen, bis hin zum Verlust des Stimm- und Wahlrechtes.³

„Lösung“ des Südproblems und Scheinsozialismus

Die Ereignisse vom Juli 1971 markierten einen generellen Wendepunkt in der Innen- wie in der Außenpolitik. Die Reformvorhaben des Jahres 1969 wurden eingefroren und teils rückgängig gemacht, der kapitalistische Entwicklungsweg unter vorrangiger Kooperation mit dem Westen und einer engen Anlehnung an die reaktionärsten arabisch-afrikanischen Staaten (Saudi Arabien, Äthiopien unter Haile Selassie, Kenia und Zaire) eingeschlagen. Mit der demonstrativen Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Bonn und Washington Anfang 1972 wandte sich Numeiri an die imperialistischen Großmächte um Hilfe.

Durch ihre und Haile Selassies Vermittlung kam es nach Geheimverhandlungen im Februar 1972 in Addis Abeba zu einem Abkommen mit der proimperialistischen südsudanesischen Separatistenbewegung. Ihm zufolge erhielt die Süd-



Numeiri und Äthiopiens Exkaiser H. Selassie



Hingerichteter Abdel K. Mahjoub

region einen halbautonomen Status, wurden von den insgesamt über 20 000 Anya Nya-Rebellen 6 000 in die sudanesische Armee übernommen und Separatistenführer Abel Alier zum Chef der im Oktober 1973 formierten Regionalverwaltung mit diktatorischen Vollmachten bestimmt.

Diese ihrem Wesen nach undemokratische „Lösung“ des Südproblems stieß seit 1974 auf eine wachsende Opposition, die sich in wiederholten Massendemonstrationen gegen die Diktatur und die Nichtverwirklichung der soziokulturellen Gleichberechtigung, aber auch seit Ende 1975 in der Wiederaufnahme von militärischen Widerstandsaktionen manifestiert. Entgegen der Regierungspropaganda blieben die besonderen Förderungsmaßnahmen aus oder verloren sich in den Fangarmen der Korruption, wurde das soziale Nord-Süd-Gefälle festgeschrieben: Obgleich die afrikanischen Südprovinzen 30 % der Gesamtbevölkerung stellen, entfallen auf sie heute lediglich 11 % des sudanesischen Bruttosozialprodukts⁴.

Die 1972 unter Vorsitz Numeiris geschaffene Sudanesische Sozialistische Union (SSU) wurde in der Verfassung vom April 1973 zur „einzigen politischen Organisation“ der Demokratischen Republik Sudan proklamiert, die eine „Allianz der arbeitenden Kräfte des Volkes“, einschließlich den „nationalen Kapitalisten“ und Soldaten verkörpern soll. Sie stellt ausschließlich die Abgeordneten der im Oktober 1972 gebildeten Nationalversammlung, in der allerdings Südseparatisten und die Bourgeoisie mächtige Fraktionen bilden. Das Führungsgremium der von Numeiri als Instrument seiner Machtabsicherung angelegten SSU wird von ihm zu 20 % vorab selbsternannt, die 2,5 Mio Mitglieder vereint eine auf

theorielesem Pragmatismus gründende Ideologie: „Die Mai-Revolution“ – simplifizierte Numeiri auf dem 1. Nationalkongreß 1974 – „verkörpert das beste in uns, den Ruf, auf die Ursprünge unseres kulturellen Erbes zurückzugreifen . . . Wir nehmen keine vorgefaßten Dogmen an, um uns in unserem politischen Handeln von ihnen leiten zu lassen. Wir

Sudan - Daten

Territorium: mit 2,5 Mio ha flächengrößtes Land Afrikas und des arabischen Raumes (zehnfache Größe der BRD). Bei tropischem Klima sind 18 % des Territoriums kultiviert, 35,9 % Wüste und 36 % Wald.

Bevölkerung: 18 Mio, davon 40 % dem arabischen Norden und 30 % dem negroiden Süden zuzurechnen. 60 % der Gesamtbevölkerung leben entlang des Nils und seiner Nebenflüsse. Größte Städte sind Khartum-Omdurman (1,1 Mio), Port Sudan (130 000), Wad Medani (80 000), Juba und Atbara (je 60 000).

Religion: über 60 % sunnitische Moslems, Naturreligionen 25 %, Christen 5 %.

Währung: Sudanesisches Pfund (£S); 1 £S = 6,80 DM (1977)

Staatsform: Die Demokratische Republik Sudan ist präsidentiale Republik mit Generalmajor Gafaar Mohamed el Numeiri als Staatsoberhaupt und Regierungschef. Einzig legale Partei ist die 1972 konstituierte Sudanese Sozialistische Union, die auch alle Mitglieder der 1974 etablierten Nationalversammlung stellt. Das Land ist in 10 Provinzen, davon 3 Südpfvinzen, aufgeteilt.

Opposition: Die traditionellen Rechtsparteien, die Umma-Partei und die Nationale Unionspartei, sind zwar – wie die KP Sudan (gegr. 1946, 1964–65 in der Übergangsregierung und 1965 11 Parlamentssitze) – illegal, doch verhandelte im Juli 1977 ihr Führer Sadik el Mahdi mit Numeiri, um eine Aussöhnung herbeizuführen. Der 1976 als Urheber eines rechten Putschversuchs in Abwesenheit zum Tode verurteilte Mahdi wurde nun begnadigt und eine Amnestie für 3000 politische Gefangene erlassen. Von ihr sind die Linkskräfte allerdings nicht betroffen.

Im September 1973 kam es zu ausgedehnten Massenprotesten der Studenten, mit denen sich die Transportgewerkschaften in einem landesweiten Streik solidarisierten. Bei neuerlichen Demonstrationen und Zusammenstößen 1974 und 1975 griff die Regierung u. a. zur monatelangen Schließung der Universitäten.

Wirtschaft: schwachentwickeltes Agrarland. Anteil der Landwirtschaft am Nationaleinkommen rund 40 %, von Industrie-Handwerk-Bergbau 11 %, von Handel-Banken 26 %. Der Sudan ist zweitgrößter Weltproduzent langstapeliger Baumwolle.

Hauptexportgüter sind: Baumwolle (40,9 %), Erdnüsse (28,5 %), Gummiarabicum (8,2 %) und Sesam (5,5 %). Haupthandelspartner: 1. BRD, 2. Großbritannien, 3. Italien, 4. Frankreich, 5. VR China, 6. Japan, 7. USA.

Nennenswerte mineralische Rohstoffförderung: Blei, Asbest, Zink, Magnesium, Kalk, Steinsalz und Kalzium. Erdöl und -gas wurde am Roten Meer gefunden; scheint aber allenfalls künftig für den Eigenbedarf ausreichend.

Geschichte:

750 v.u.Z.-1500	Sudanese Könige mit starkem ägyptischen Einfluß
1820-1885	Osmanisch-ägyptische Herrschaft
1899	Errichtung des britisch-ägyptischen Kondominiums über den Sudan
1922	Bekräftigung des britischen Kolonialstatus, während Ägypten formal unabhängig wurde
1924	Nationaler Aufstand, allerdings auf die Städte beschränkt
1. 1. 1956	Der Sudan wird unabhängige Republik
1958-1964	Rechte Militärdiktatur Aboud
25. 5. 1969	Putsch nationalistischer Militärs um Numeiri gegen die Mahdi-Regierung, Einleitung nationaldemokratischer Umwälzungen
1971	Nach der Niederschlagung eines Putsches linker Militärs Auflösung des Revolutionären Kommandrats, Numeiri wird Präsident

sind keine Jünger von irgendwelchen Heilslehrern der politischen Theorie. Wir sind entschlossen, unser Land aufzubauen, inspiriert durch sein Erbe, ein nationales Bewußtsein, objektiv vorgegebene Bedingungen und nationale Charakteristika, wobei wir von unseren eigenen Erfahrungen und unserem unabhängigen Denken ausgehen . . . Wir werden nicht kopieren.“ Ganz im Gegenteil nimmt sich Numeiris substanzlose Sozialismus-Definition eher aus wie eine Kopie bourgeoiser Nationalismen eines Mobutu oder Sadat. „Sozialismus“ – so Numeiri – „ist bei uns in erster Linie eine Methode zur Steigerung der Produktion, d. h. wir müssen alle hart arbeiten.“⁵

Modelland für „Dreiecksgeschäfte“ . . .

Wenig segensreich muten auch die Früchte der „neuen“ Wirtschaftspolitik des Numeiri-Regimes an. Zunächst korrigierte man den Entwicklungsplan 1970-75 zuungunsten des nationalisierten Sektors – was einige Staatsbetriebe zum Bankrott verurteilte –, reprivatisierte einen Teil verstaatlichter Unternehmen speziell der Nahrungsmittel- und Textilindustrie (ihr Anteil am Industriesektor beträgt alleine über 50 %), später des Bankwesens (so 1975 Rückführung aller Handelsbanken in private Gesellschaften). Man liberalisierte weiter Investitionsgesetzgebung und Handel, um Auslandskonzerne zur Kapitalanlage zu ermuntern.

Infolge des kleinen Inlandsmarktes, nur mäßiger mineralischer Rohstoffvorkommen und einer miserablen Infrastruktur (z. B. sind nur etwa 350 km Straßen befestigt) ist der Umfang westlicher Direktinvestitionen bislang zwar vergleichsweise sehr gering (ca. 2 Mio DM aus der BRD), doch umso größer sind die vorbereitenden milliardenschweren Infrastrukturprojekte, an denen bundesdeutsche Konzerne wie Klöckner, Rheinstahl, Strabag oder Krupp zuhauf beteiligt sind. Mit von der Partie sind weiter drei US-Ölkonzerne, die 74 Lizenzen für die Ölprospektierung und -förderung erhielten, die Chase Manhattan Bank und die rasch expandierende britisch-rhodesische Boden- und Bergwerksgesellschaft Lonrho.

1974 hatte Minister Egon Bahr den Sudan zu einem Schwerpunkt bundesdeutscher Entwicklungshilfe und zu dem Musterland für zukunftssträchtige „Dreiecksgeschäfte“ mit BRD-know how und Kapital der konservativen Ölstaaten der arabischen Halbinsel erklärt. Tatsächlich erreichte die Bonner Entwicklungshilfe mit bis Ende 1977 rund 560 Mio DM eine ähnlich beeindruckende Dimension wie ein 1975 vom Arabischen Fonds für ökonomische und soziale Entwicklung entworfenes 25 Jahres-Programm, mit dem der Sudan zum „Brotkorb“ der arabischen Welt bzw. zu ihrem Hauptlieferanten an Agrarprodukten avancieren soll.

. . . und Agrarkolonie der Ölmilliardäre

Von für die nächsten 12 Jahre veranschlagten 6,5 Mrd Dollar Investitionen soll etwa ein Drittel aus arabischen Petrodollars, der Rest von den Westmächten und den durch sie beherrschten internationalen Finanzorganisationen aufgebracht werden. Aufgrund einer drastischen Ausweitung des sudanesischen Bewässerungssystems vornehmlich in der Gabelung von weißem und blauem Nil will man die kultivierbare Fläche des Landes von jetzt 12,4 % auf 30 % steigern, durch rund 100 agrarische Projekte die Produktion von Baumwolle, Getreide, Zucker, pflanzlichem Öl usw. vervielfachen, um den Sudan in einem Jahrzehnt zum Hersteller von zwei Fünfteln des afroarabischen Nahrungsmittelbedarfs zu entwickeln (u. a. von 42 % des pflanzlichen Öls, von 58 % des Viehfutters).

Neben weiteren extremen finanziellen Eigenbelastungen bringen diese Pläne neue Formen wirtschaftlich-politischer



Sudan-Visite Egon Bahrs 1974

Abhängigkeit und erhöhte Lasten für das sudanesisches Volk mit sich. Dies kommt einmal im Verzicht auf die Entwicklung einer eigenständigen Grundstoff- und Schwerindustrie zum Ausdruck, während die verarbeitenden Textil-, Zucker- u. a. Leichtindustrieweige unter die Ägide des imperialistisch-arabischen Fremdkapitals gestellt werden. Zum zweiten brachte es die einseitige Orientierung auf die Westmächte als Hauptkreditgeber und -handelspartner mit sich (zuvörderst stieg der EG-Anteil am sudanesischen Außenhandel auf rund 40 %), daß die Schuldentilgung heute jährlich 85 % der Exporterlöse verschlingt und das nationale Entwicklungsbudget von 1975-80 von vorneherein zu 52 % aus westlichen Quellen gespeist werden soll.⁶

Der Sudan ist dabei, sich zur Agrarkolonie der feudal-bourgeois arabischen Ölmilliardäre und zum Modellfall neokolonialistischer Penetranz zu entwickeln.

Während die Korruption der Staatsbürokratie blüht und die einheimische Bourgeoisie in Gemeinschaftsaktion mit den fremden Kapitalanlegern erstarrt, ist die große Masse der Bevölkerung „materiell so bettelarm wie eh und je“.⁷ Sozialmaßnahmen bleiben aus, schwerer Steuerdruck und Herabsetzung ihrer Erzeugerpreise lasten auf den Millionen Pachtbauern, eine seit der staatlichen Streichung von Subventionen für Grundnahrungsmittel 1973/74 galoppierende Inflation von 25-30 % (bei Holzkohle, Petroleum gar um 500 %) senkt noch den ohnehin elenden Lebensstandard der Lohnabhängigen, ganz zu schweigen von den geschätzten 5-13,7 % Arbeitslosen⁸.

Saudisch-westliche Waffenschwemme

Auf dem Feld der Außenpolitik suchte sich das Numeiri-Regime durch besonders heftige antisowjetische Ausfälle sowie durch eifertige Liebedienerei gegenüber den Westmächten und den „gemäßigten“ arabischen Staaten zu profilieren.

Washington klassifiziert den Sudan heute als ein den USA „befreundetes“ Land, an das Waffen geliefert werden können. Zur weiteren Intensivierung der Washingtoner Militärhilfe wollte im August d. J. eine aus allen Waffengattungen zusammengesetzte Delegation der US-Armee im Sudan. Eben solche Kontakte stabilisierte Präsident Numeiri mit einem Frankreich-Besuch im Mai 1977, bei dem ihm die Lieferung hochmoderner Waffen, darunter von Mirages 50 und Helikoptern Marke Puma, versichert wurde. Während die Carter-Administration bereits eine Anzahl von Transportflugzeugen C 130 Herkules zusagte, ernannte Numeiri den britischen Oberst Peter de la Cour de la Billière (genannt „Peter Pacha“) zum Chef der Militärakademie von Khartum.

Die Finanzierung dieses Aufrüstungsprogramms und nicht unbedeutliche Waffenschenkungen strömen vor allem aus Kuwait und Saudi Arabien zu⁹.

Numeiri hatte bereits wiederholt Widerstands- und Putschaktionen sudanesischer Opponenten einer vermeintlichen Verschwörertätigkeit des libyschen Präsidenten Ghadafi angelastet. Unmittelbar nach dem 14. Putschversuch vom Juli 1976 und dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Tripoli schloß er einen auf 25 Jahre befristeten Militärpakt mit Ägypten. Konzipiert als antilibyscher „Verteidigungspakt“ schloß er einen gemeinsamen Verteidigungsrat und Generalstab ein. In enger Kooperation und Arbeitsteilung mit dem dritten regionalen Hauptalliierten Saudi Arabien agiert man heute für „Stabilität“ im Sinne des Zurückrollens der sozialen Revolution und für die Bewahrung imperialistischer Positionen, um „das Rote Meer vor dem Rotwerden zu bewahren“¹⁰.

Vor dem „Ernstfall“ gegen Äthiopiens Revolution?

Heute fungiert Khartum als Quartier der kaisertreuen Äthiopischen Demokratischen Union (EDU) ebenso wie für die eritreanische Bewegung, um deren Einigung unter Hegemonie des rechten Flügels sich Numeiri bemüht. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die EDU-Truppen im Sudan militärisch ausgebildet, versorgt und militärisch hochgerüstet und ihre Operationen in den äthiopischen Nordprovinzen Gondar und Tigre genauso allseitig vom Numeiri-Regime unterstützt werden wie die der eritreanischen Separatisten.

Während er demagogisch das Schicksal der 140 000 durch die Bürgerkriegszustände nach dem Sudan geflohenen Flüchtlinge beschwört, heizt Numeiri mit saudischen Petrodollars und imperialistischen Waffen den Krieg am Horn Afrikas nach Kräften an. Mehr noch, geht er nicht nur der äthiopisch-eritreanischen Gegenrevolution durch die Öffnung der sudanesischen Grenze zur Hand, sondern praktiziert überdies den direkten Einsatz der sudanesischen Armee. So bezeugte am 30. 6. 1977 der norwegische Konsul in Addis Abeba das Überschreiten der äthiopischen Grenze durch sudanesischen Truppen, wobei u. a. der Ort Begi besetzt worden sei. Und auf sudanesischem Boden halten sich für den „Ernstfall“ ägyptische Truppen bereit¹¹.

Das Numeiri-Regime ist am Roten Meer geradeso in die Gewänder des neokolonialistischen Statthalters geschlüpft wie Zaires Mobutu in der Schlacht um Angola.

Anmerkungen:

- 1) So hoffte der Stern, 28. 7. 1977
- 2) New York Times, 12. 2. 1971; vgl. The Middle East Journal (MEJ), Washington, Nr. 1/1975, S. 16-32; Middle East Annual Review, London 1975-76, S. 250-255; The African Communist, London, Nr. 68/1977, S. 69-81
- 3) AFP und UPI, 10. 8. 1971; Süddeutsche Zeitung (SZ), 23. 7. 1971; Afrique Asie, Paris, 26. 7. 1976
- 4) General Anzeiger, 8. 8. 1977
- 5) zit. nach: MEJ, Nr. 1/1975, S. 28 und Husumer Tageblatt, 28. 11.-7. 12. 1974
- 6) Vgl. Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 8. 12. 1974; SZ, 8. 1. 1976; Nachrichten für Außenhandel, 26. 10. 1976; BfA, Wirtschaftsdaten. Sudan, Köln, Dezember 1975; BfA, Sudan. Wirtschaftliche Entwicklung 1975/76, Köln, Juni 1977; L'Economist du tiers monde, Paris, Nr. 14/1976, S. 22-25
- 7) Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 21. 3. 1977
- 8) ebenda; BfA, Sudan . . . , a. a. O.
- 9) Vgl. The Middle East, London, Nr. 30/1977; Arab Report & Record, London, 1.-15. 6. 1977; Le Monde, Paris, 18. und 20. 8. 1977; Afrique Asie, 27. 12. 1976, 18. und 27. 4. 1977, 30. 5. 1977
- 10) Africa, London, Nr. 68/April 1977
- 11) Le Monde, 24. 6. 1977; Arab Report & Record, 16.-30. 6. 1977

Lehren des Widerstands nach Soweto (Teil 2)

Der erste Teil des vorliegenden Dokuments der Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SACP) hatte die selbstkritische Auseinandersetzung mit den Lehren der Befreiungsbewegung aus dem Sowetoaufstand vom Juni 1976 und den Beziehungslinien zwischen der traditionellen Befreiungsbewegung und den neu zur Bewegung gestoßenen Kräften des anti-rassistischen Widerstands zum Gegenstand (siehe AIB, Nr. 10/1977).

Der zweite Teil setzt sich mit Versuchen auseinander, unter der schwarzen Bevölkerungsmehrheit eine Alternative zur nationalen Befreiungsbewegung aufzubauen. Gleichzeitig werden die neuen Versuche des Vorster-Regimes, die Kollaborationsbereitschaft unter den schwarzen Mittelschichten zu stärken, analysiert sowie eine Neubestimmung der Aufgaben der revolutionären Bewegung Südafrikas nach Soweto vorgenommen.

(. . .) Die innere Situation im Land gleicht auch weiterhin einem politischen Pulverfaß. Der fortgesetzte Widerstand, die kämpferische Stimmung des Volkes verschärfen die politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten der herrschenden Klasse, die nach Wegen sucht, die revolutionären Energien abzulenken. Die Hauptwaffen gegen das Volk und gegen unsere Befreiungsbewegung sind nach wie vor brutale Gewalt und Terror mittels administrativer Maßnahmen. Zudem wird versucht, Maßnahmen einzuleiten und eine Sprache zu finden, wodurch der Anschein erweckt wird, einige Aspekte der Rassendiskriminierung würden zurückgenommen, während gleichzeitig die wesentlichen Grundlagen der rassistischen und ökonomischen Ausbeutung unangetastet bleiben, ja sogar verschärft werden.

Schwarze Kollaborateure

Auf diesem Wege hofft die herrschende Klasse, den Druck von außen zu verringern und, um in der Sprache der counter-insurgency-Spezialisten (Spezialisten der Anti-Guerilla-Bekämpfung, d. Red.) zu reden, den Kampf um das Herz und den Verstand der Bevölkerung zu gewinnen. Aber die Strategie des Gegners beschränkt sich nicht nur auf schöne Reden und kleine Reformen – was beides bislang ziemlich wenig Eindruck gemacht hat. Vielmehr setzt sie darauf, bestimmte Gruppen unter den Unterdrückten, deren wirtschaftlicher und sozialer Status sie einer echten revolutionären Veränderung nicht interessiert sein läßt, für eine Zusammenarbeit zu gewinnen.

Hauptbestandteil dieser Strategie ist die Schaffung einer Verwaltungselite und einer Klasse von Kleinkapitalisten in den kolonieähnlichen Bantustans, die von dem Rassistenstaat und seinen Ausbeutungsmechanismen völlig abhängig sind. Während im sogenannten weißen Südafrika die Massaker in den Straßen weitergehen, werden einige „liberale“ Konzessionen gewährt, mit denen man die Unterstützung der schwarzen Mittelklasse gewinnen will. Einschränkungen für die Geschäftsausübung indischer und farbiger Händler wurden ge-

lockert; die Regierung versprach den afrikanischen Händlern größere Betätigungsmöglichkeiten in den schwarzen Wohngebieten; eine Indische und eine Afrikanische Bank wurden geschaffen, die beide mit den bestehenden Bankeinrichtungen partnerschaftlich zusammenarbeiten; bestimmte Einschränkungen für Schwarze beim Erwerb von eigenem Hausbesitz wurden beseitigt; eine Reihe schwarzer Handelskammern haben enge Beziehungen zu den entsprechenden weißen Einrichtungen aufgenommen.

Auf politischer Ebene wurden verschiedene Institutionen geschaffen, wodurch die Spitzen der schwarzen Gesellschaft in die Apartheidverwaltung einbezogen werden sollen: die Körperschaft für die Vertretung der Farbigen, der Rat der südafrikanischen Inder sowie ein Interkabinetts-Rat.

Der Zweck solcher Maßnahmen wird in einem Memorandum der Industrie- und Handelskammer von Transvaal an den Premierminister vom 28. 8. 1976 klar ausgesprochen: „Die schwarze Mittelklasse in den Städten muß für die weiße Seite gewonnen werden, um langfristig die unverantwortlichen wirtschaftlichen und politischen Aktivitäten der Schwarzen, die von innerhalb und außerhalb unserer Grenzen gegen ihre wirklichen Interessen beeinflußt werden, einzudämmen.“

Ein Echo auf solche Auffassungen finden wir beispielsweise in einer Ansprache eines führenden afrikanischen Händlers bei einer kürzlich durchgeführten Konferenz über Wirtschaftsfragen, als er für eine Aufhebung der bestehenden geschäftlichen Einschränkungen für Schwarze plädierte und erklärte, wenn die Regierung darauf eingehe, so werde „in der schwarzen Bevölkerungsgruppe eine Mittelklasse entstehen, die ein Bollwerk gegen jeden politischen Aufstand in unserem Land sein wird.“ (SAIRR Survey, 1976)

Von der schwarzen Mittelklasse versucht die herrschende Klasse Unterstützung für eine „verantwortungsbewußte“ Alternative zu der radikalen Politik unserer Befreiungsbewegung zu erhalten. Neben wirtschaftlichen Konzessionen hat sie auch ihre ideologische Kampagne intensiviert, mit deren Hilfe diese Mittelklasse von der Hauptströmung unserer nationalen Bewegung getrennt werden soll –, in der Hoffnung, ihren Einfluß und ihren Status dazu benutzen zu können, auch andere Klassen der Schwarzen für eine reformistische statt revolutionäre Politik zu gewinnen.

Angebliche Volksbefreier und ihre Hintermänner

Die Angriffe auf die sozialen Ziele unserer Befreiungsfront haben sich verstärkt; damit soll die verdrehte Darstellung untermauert werden, eine kleine schwarze Mittelklasse habe bei einer echten Volksmacht in einem vereinigten Südafrika mehr zu verlieren als zu gewinnen.

Für sich allein findet die plumpe Propaganda des Vorster-Regimes gegen den ANC, gegen die Kommunisten und gegen die Sowjetunion wenig Anklang. Seine rassistische Brutalität ist so bekannt und so eindeutig, daß auch die allerrechtsten schwarzen Quislinge es kompromittierend finden, bei offener Kollaboration ertappt zu werden. Aber der Stra-

tegie unserer herrschenden Klasse dienen nicht nur die Aktionen ihres Staatsapparats, sondern auch einige Leute, die sich als Befreier oder Vorkämpfer der schwarzen Befreiung ausgeben. Sie führen alle nationalistischen Schlagworte wie „Black Power“ (Schwarze Macht, d. Red.), „Ein Mann – eine Stimme“, „Mehrheitsherrschaft“ und ähnliches im Mund, treten aber für eine Politik ein, die objektiv dem Feind in die Hände arbeitet. Die herrschende Klasse erhält von diesen Kräften Unterstützung bei ihrer Kampagne zur Schwächung des Einflusses des ANC und der von ihm geführten Befreiungsfront, womit ein wirksamer Angriff auf



Zu Tode gefolterter ANC-Aktivist J. Mdluli (l.); proimperialistischer Häuptling Buthulezi (r.)

die Macht der Rassisten verhindert werden soll. Die folgenden Beispiele zeigen, wie sich die Strategie des Gegners und die Aktivitäten dieser Elemente berühren:

Vor kurzem gab das US-Außenministerium bekannt, es werde an US-Bildungseinrichtungen Studienplätze einrichten und Stipendien für Hunderte junger Kämpfer vergeben, die aus Südafrika geflohen sind und nach neuen Wegen für die Fortsetzung des Kampfes suchen. Kurz danach unternahm Tsietsi Mashinini, einer der jungen Kämpfer aus Soweto, eine Rundreise durch die USA und bat um solche Ausbildungsplätze –, mit der Behauptung, eine solche Ausbildung sei notwendig, um Afrikaner zur Übernahme der Mehrheitsherrschaft zu befähigen. Dann kam er nach Botswana, um junge Exil-Südafrikaner für akademische Institutionen in den USA anzuwerben, wobei er sie aufforderte, sich nicht beim bewaffneten Flügel des ANC militärisch ausbilden zu lassen (World, 21. 1. 1977).

Drake Koka, der Generalsekretär der Vereinigten Schwarzen Arbeitergewerkschaft, gab in einem Interview mit der Zeitung Free Labour im Januar/Februar 1977, dem Organ des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften auf die Frage: „Was halten Sie von Youngs Erklärung, daß die USA ein Ausbildungsprogramm für schwarze Südafrikaner einrichten, um sie zur Mehrheitsherrschaft zu befähigen?“ die Antwort, dies sei ein „hervorragendes Projekt“, weil in Südafrika eine „verantwortungsbewußte Führung“ gebraucht werde. Koka behauptet von sich, er sei von der Ideologie des „Schwarzen Selbstbewußtseins“ beeinflusst.

Eine wahre schwarze Führung für die Rassisten

Auch Buthulezi benutzt die gleiche Sprache des weißen Liberalismus, der nach einer Veränderung ohne Volksmacht sucht, und der seine Angst vor einer wirklichen Befreiung mit der Behauptung, die Massen seien noch nicht reif für die Regierung des Landes, rational zu verbrämen versucht. Er sprach öffentlich die Warnung aus, daß „dieselben Kräfte, die die Apartheid zerstören, in dem Südafrika, das nach der Apartheid kommt, eine unregierbare Situation schaffen wer-

den“ und „wir im Namen der Befreiung nichts tun werden, was gleichzeitig zu einer Niederlage der Apartheid führt und Südafrika zu einem unregierbaren Konglomerat einander widerstrebender Interessen macht. Das ist ein zu hoher Preis für die Befreiung.“ (Sunday Tribune, 23. 1. 1977).

Auf dem Höhepunkt der Soweto-Auseinandersetzungen im August 1976 trafen sich Führer oder Vertreter aller Homeland-Regierungen außer der Transkei, um über die Lage zu beraten. Nach dem Treffen gab Professor Hudson Ntsanwisi aus Gazankulu, der es einberufen hatte, eine gemeinsame Erklärung an die Presse ab, worin es hieß, „während sie die Ungeduld der Jugend verstehen würden, könnten die Führer der Homelands die willkürliche Zerstörung von Eigentum jedoch nicht gutheißen.“ (SAIRR Survey, 1976, S. 26)

Im Oktober 1976 fand in Soweto ein Treffen statt, an dem die Bantustanhäuptlinge Buthulezi, Ntsanwisi und Pathudi zusammen mit „fünfzig führenden afrikanischen Politikern, führenden Persönlichkeiten der Bürgerschaft, Gewerkschaftern, Akademikern und Akademikerinnen, Studentenfürhern und Vertretern der Bewegung des ‚Schwarzen Bewußtseins‘“ teilnahmen. Die Versammlung wählte ein Koordinationsgremium unter der Leitung von Dr. S. M. Nyembezi, zu dessen Zielen es u. a. auch gehört, eine „disziplinierte schwarze Gemeinschaft“ zu schaffen und „für die Herausbildung einer wahren schwarzen Führung zu arbeiten“. (SAIRR Survey, 1976)

Den Rassisten kommen solche Töne ohne Zweifel sehr gelegen. Schließlich haben sie schon immer vor einer „unverantwortlichen“ schwarzen Führung und vor dem Chaos gewarnt, in das Südafrika bei einer Machtübernahme des ANC und seiner Verbündeten angeblich sinken werde und darüber lamentiert, wie wenig die Schwarzen für eine Mehrheitsherrschaft reif seien.

Die schwarze Mittelklasse

Auch in der Frage unserer Strategie des bewaffneten Kampfes arbeitet diese „verantwortungsbewußte“ schwarze Führung dem Feind in die Hände. Wenn man in unserer Situation gegen den bewaffneten Kampf auftritt, so tritt man entweder dafür ein, daß sich überhaupt nichts ändert, oder man tritt für solche Veränderungen ein, die der herrschenden Klasse den Fortbestand ihrer Herrschaft in neuen Formen sichern. Harry Oppenheimer bewies, daß er dies völlig erkannt hat, als er am 15. Mai 1976 die Londoner Börse warnte, daß die wesentliche Frage das Überleben des „privaten Unternehmertums“ sei und erklärte: „Es ist völlig verkehrt anzunehmen, wie es oft geschieht, daß es nur darum geht, ob dieselbe Lösung auf friedlichem Wege oder mit Blutvergießen erreicht wird. Das wesentliche, worüber man sich klar sein muß, ist, daß jede denkbare friedliche Lösung völlig anders als jede gewaltsam erzwungene Lösung ist.“

Auf diese „völlig andere Lösung“ für Zimbabwe, Namibia und Südafrika arbeiten die Carter, Owen, Smith und Vorster hin. Und in unserem Fall werden die Bemühungen der Reaktion von denjenigen aus der schwarzen Bevölkerung verstärkt, die absichtlich irregeleitet oder gegen die Politik unserer Befreiungsfront arbeiten, die die politischen Aktionen der Massen mit dem bewaffneten Kampf verbindet.

Obwohl solche kompromittierenden Gesten vorwiegend von Angehörigen der schwarzen Mittelklasse ausgingen, glauben wir, daß diese Klasse in ihrer Mehrheit für die Ziele unseres Befreiungskampfes gewonnen werden kann. Natürlich können diejenigen, die unseren Kampf schon seit längerer Zeit unterstützen oder neu dazukommen, sich aus naheliegenden Gründen nicht offen dazu bekennen, und ihre Ansichten kommen in der von den Unterdrückern kontrollierten Presse nicht zu Wort. Während der Soweto-Ereignisse stellten sich zahlreiche Händler, Lehrer und Angehörige akademischer

Berufe auf die Seite des Volkes. Grundlegend ist jedoch die Frage, ob die wirtschaftliche und soziale Lage die schwarze Mittelklasse in ihrer Gesamtheit zu einem dauerhaften Verbündeten der herrschenden Klasse macht. Anders gefragt: Verkörpern die Ziele unserer nationalen Bewegung auch weiterhin die Hoffnungen aller Hauptklassen der Unterdrückten – der Arbeiter, der Bauern, der Kleinbourgeoisie? Wir geben auf diese Frage eine positive Antwort.

Hauptinhalt der gegenwärtigen Etappe unseres Kampfes ist auch weiterhin die nationaldemokratische Revolution mit dem Ziel, den inneren Kolonialismus zu vernichten. Wir glauben, daß die Verwirklichung dieses Ziels nicht nur den Interessen der schwarzen Arbeiter und Bauern, sondern auch denen der schwarzen Kleinbourgeoisie entspricht.

Freilich schwankt diese, wie die Kleinbourgeoisie überall, ständig zwischen der herrschenden Klasse und den ausgebeuteten Klassen hin und her, was teilweise auch vom Kräfteverhältnis zwischen den Hauptbeteiligten in diesem Kampf abhängt. Wenn unsere Befreiungsbewegung die Konfrontation mit dem Staat der Herrschenden verschärft, wird auch dies dazu beitragen, Teile der Mittelklasse zu gewinnen. Wir sollten uns auch darüber klar sein, daß die Mittel- und Oberschichten innerhalb der verschiedenen Gruppen der Schwarzen – sowohl die, die bereits bestehen, als auch die, die sich erst herausbilden – untereinander nicht einheitlich sind. Beispielsweise muß man genau zwischen den Schichten in den Bantustans und in den anderen Gebieten und dann noch innerhalb jeder Gruppe differenzieren und solche Schichten, die stärker von der weißen Protektion abhängig sind, von anderen unterscheiden. Schon heute gibt es Anzeichen dafür, daß die oberste Schicht der Schwarzen in den Bantustans zu einem institutionalisierten Instrument der Ausbeutung des Volkes durch die herrschende Klasse und damit immer stärker ins Lager des Gegners getrieben wird. Im übrigen Südafrika besteht die schwarze Kleinbourgeoisie vor allem aus kleinen Geschäftsleuten, Angehörigen akademischer Berufe, Inhabern niedriger Verwaltungsstellen und Management-Positionen auf unterer Ebene. Jede dieser Gruppen wird auf unterschiedliche Weise zwischen dem Druck widersprüchlicher wirtschaftlicher und politischer Interessen hin- und hergerissen – ein Resultat ihrer inkonsequenten Verhaltensweise gegenüber dem Regime. Aber in ihrer Mehrheit werden sie mit der herrschenden Klasse, der sie nur als Hilfskräfte dienen, in Auseinandersetzungen liegen. Auch wenn sich ihre wirtschaftliche Lage verbessert hat, setzt doch ihre Hautfarbe immer eine äußere Grenze für ihr wirtschaftliches Wachstum. Im Alltag werden sie ständig mit den Erniedrigungen konfrontiert, die jeder Schwarze kennt. Anders als die Kleinbourgeoisie in anderen Ländern schneidet ihnen die totale Rassenschranke jeden Zugang zu höheren politischen und wirtschaftlichen Positionen der privilegierten Minderheit ab.

Die Arbeiterklasse und ihre besondere Rolle

Wenn wir im Befreiungskampf die breite Einheit, die sich über einfache Klassenlinien hinwegerstreckt, festigen, so sind wir uns darüber im Klaren, daß die verschiedenen Klassenkräfte innerhalb des Bündnisses sich auf verschiedenen Ebenen, in unterschiedlichem Maß und nicht gleich konsequent am Kampf beteiligen.

Die Arbeiterklasse muß die führende Kraft in diesem Bündnis sein. Ihre führende Rolle in der neuen Staatsform, die nach dem Sieg entstehen wird, wird sicherstellen, daß unsere Revolution nicht nach der formalen Übernahme der politischen Macht zum Stillstand kommt.

Im Kampf um die Macht kommt der Arbeiterklasse eine besondere Rolle zu. Durch die wirtschaftlichen Kämpfe in den letzten Jahren und die erfolgreichen politischen Streiks der jüngsten Zeit hat die Arbeiterklasse neues Vertrauen in ihre



organisierte Kraft gewonnen. Diese Kraft muß eingesetzt werden, um die Forderungen nach Streikrecht und freier gewerkschaftlicher Organisation durchzusetzen und vor allem, um die Ziele des nationalen Befreiungskampfes voranzubringen.

Im Bündnis der Arbeiterklasse mit den armen Bauern auf dem Land ist das schwarze Proletariat der kompromißloseste Feind jeder Rassen- und Klassenunterdrückung, die stärkste Kraft für die nationale Befreiung. Die Arbeiterklasse hat von den Bantustans nichts als Elend zu erwarten, dienen diese doch als Vorwand, um die Arbeiterklasse aller Rechte zu berauben und aus den Städten zu verjagen, die sie mit ihrer Arbeitskraft gebaut hat. Sie hat von dieser Art Befreiung, die nur einigen Schwarzen die Möglichkeit gibt, sich an der Ausbeutung des Volkes zu beteiligen, nichts zu erwarten. Für die schwarze Arbeiterklasse – den größten am stärksten ausgebeuteten Teil der schwarzen Mehrheit gibt es nur einen Ausweg: die vollständige Niederlage der Rassistenherrschaft und die Errichtung einer Volksregierung, die Südafrika den Weg zum Sozialismus weist. Eine Befreiung, die nicht die wirtschaftliche Macht der herrschenden Klasse und den sie schützenden Staatsapparat zerstört, bedeutet wenig. Für eine wirkliche Befreiung bedarf es einer gut organisierten Arbeiterklasse, die im Bündnis der gegen die Minderheitsdiktatur gerichteten politischen Kräfte eine besondere Rolle spielen muß.

Wovor die schwarze Arbeiterbewegung auf der Hut sein muß, sind Versuche der weißen Gewerkschaftsbewegung, das Anwachsen der schwarzen Arbeiterorganisationen in den Betrieben ihrer Kontrolle zu unterwerfen. Mit denen, die sich auf die Seite der Herrschenden stellen, um eine größtmögliche Ausbeutung der schwarzen Arbeiter zu sichern, kann es keine Zusammenarbeit geben. Wir glauben an die wahre Einheit aller Arbeiter – der afrikanischen, indischen, farbigen und weißen Arbeiter. Aber es muß wirkliche Gleichheit herrschen, und die Mehrheit muß die Kontrolle ausüben. Erst wenn die weißen Arbeiter ihre Zusammenarbeit mit unserem Klassenfeind einstellen und als Teil einer geeinten Arbeiterklasse handeln, werden sie als Brüder willkommen sein.

Die einzige Gewerkschaftszentrale, die für wahre Demokratie und gegen jede Rassentrennung in der Gewerkschaftsbewegung eintritt, ist der Südafrikanische Kongreß der Gewerkschaften (SACTU). Obwohl die SACTU formal eine legale Organisation ist, ist sie aufgrund der Tatsache, daß sie prinzipienfest die Politik der vom ANC geführten Befreiungsfront verfolgt, starken Repressalien ausgesetzt, die die Bemühungen der SACTU, sich organisatorisch zu stärken, ernsthaft behindern. Die Aufgaben beim Aufbau der SACTU, bei der Stärkung der echten Gewerkschaften und bei der Schaffung wirksamer Organisationen in den Betrieben bedürfen einer besonderen Untersuchung. Beispielsweise muß genau untersucht werden, wie das System der Betriebs- und Verbindungskomitees je nach den konkreten Bedingungen in dem bestimmten Industriezweig und dem betreffenden Betrieb genutzt werden kann. Der Aufbau legaler Gewerkschaften unter faschistischen Bedingungen erfordert eine flexible Anwendung der allgemeinen Politik. Dieser Aspekt unserer Politik wird ausführlicher in einem gesonderten Dokument behandelt.

Das Bündnis der Befreiungsbewegung und die KP

Der Kampf der schwarzen Arbeiter ist nicht zu trennen vom Kampf gegen die rassistische Unterdrückung im allgemeinen. Die Tatsache, daß in unserem Land die Unterdrückung der Klassen und die nationale Unterdrückung untrennbar verbunden sind, erklärt, warum eine starke Kommunistische Partei und eine gut organisierte Gewerkschaftsbewegung als Teil des vom Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) geführten Bündnisses der Befreiungskräfte notwendig sind. Wie bereits hervorgehoben wurde, liegt dieses Bündnis nicht nur im Interesse der Arbeiterklasse, sondern aller Patrioten. Jeder Versuch, es zu schwächen, wirkt sich auf die Aussichten einer revolutionären Veränderung in Südafrika verheerend aus. Unsere Partei verfolgt keine unmittelbaren politischen Ziele, die von den Zielen der vom ANC geführten nationalen Befreiungsbewegung zu trennen wären. Wir sind uns einig über unsere unmittelbare und erstrangige Aufgabe, nämlich die Zerschlagung der Rassistenherrschaft, die Erringung der Ziele der nationaldemokratischen Revolution, insbesondere die Befreiung der afrikanischen Mehrheit und der anderen unterdrückten schwarzen Bevölkerungsgruppen. Wir teilen ebenso die Überzeugung, daß es ohne die Zerschlagung der politischen und wirtschaftlichen Macht unserer herrschenden Klasse und ohne eine Kontrolle des Volkes über die grundlegenden Produktionsmittel keine wirkliche Befreiung in Südafrika geben kann.

Die Erfahrungen haben wiederholt gezeigt, daß sich in unserer Revolution durch die Zusammenarbeit unserer beiden Organisationen das Niveau des Kampfes erhöht und daß sich unsere Organisationen gegenseitig gestärkt haben. Die beiden Grundströmungen des revolutionären Bewußtseins – die nationale und klassenmäßige – haben einen bedeutenden Einfluß aufeinander, und sie haben die Anwendung der allgemeinen Wahrheiten der revolutionären Ideologie bereichert.

An unserem Anspruch, die Partei der Vorhut der Arbeiterklasse zu sein, ändert sich durch unsere enge Bindung an die vom ANC geführte nationale Befreiungsbewegung nichts. Eine Kommunistische Partei verdient sich den Ehrentitel, die Vorhut darzustellen, nicht dadurch, daß sie sich so nennt. So übt eine Partei der Arbeiterklasse ihre Rolle als Vorhut gegenüber den Gewerkschaften nicht dadurch aus, daß sie diese vereinnahmt oder in Abteilungen der Partei verwandelt, sondern vielmehr dadurch, daß die Partei und ihre einzelnen Mitglieder beweisen, daß sie die ideologische klarsten, entschlossensten und treuesten Kämpfer für die Sache der Arbeiter sind. Dasselbe gilt für unsere Situation, wo eine

Massenbewegung, die alle Klassen für den Angriff auf die Macht der Rassisten mobilisieren kann, das wesentliche und unmittelbare Instrument zur Erringung der Ziele unserer nationaldemokratischen Revolution ist. Der Afrikanische Nationalkongreß stellt ein solches Instrument dar, und unsere loyale Mitarbeit in der von ihm geführten Befreiungsfront liegt voll und ganz im Interesse der Klasse, deren Vorhut wir zu sein beanspruchen. Diese Zusammenarbeit ist nicht, wie Vorster und einige seiner schwarzen Kollaborateure behaupten, ein Manöver, mit dem wir die anderen Partner der Allianz für uns „vereinnahmen“ wollen. Wir haben stets für die völlige Unabhängigkeit und organisatorische Eigenständigkeit der Massenbewegungen gekämpft und werden das auch weiterhin tun. Die Mitglieder unserer Partei, die in der nationalen Bewegung Positionen als Führer der Massen erlangt haben, beweisen immer wieder, daß sie sich für die Beschlüsse der demokratisch gewählten Kollektive, denen sie angehören, einsetzen und daß sie diese respektieren.

Gleichzeitig bekräftigen wir jedoch weiterhin das absolute Recht unserer Partei, als unabhängige Organisation zu existieren und auch weiterhin öffentlich als Vorhut der Arbeiterklasse aufzutreten. Im Berichtszeitraum wurde unsere illegale Parteiorganisation gestärkt, und sie hat ständig propagandistisches Agitationsmaterial herausgegeben, und zwar sowohl zur Unterstützung der unmittelbaren Ziele der Befreiungsfront, als auch zur Verbreitung der Ideen des Marxismus-Leninismus. Unter anderem wurden regelmäßig eine illegale Ausgabe des African Communist und ein besonderes hektographiertes theoretisches Organ Inkululeko-Freedom verbreitet. Außerdem haben wir einige grundlegende marxistische Klassiker verbreitet (einige davon auch in afrikanischen Sprachen). Entsprechend einem Beschluß unserer letzten ZK-Tagung erlangte die besondere Botschaft unserer Partei an die Arbeiter Südafrikas (Wortlaut in: AIB, Nr. 11-12/1976) eine weite Verbreitung. Selbstverständlich ist es in dem vorliegenden Dokument angesichts der Lage im Lande nicht möglich, die organisatorischen Aufgaben unserer Partei und die zu ihrer Verwirklichung erforderlichen Maßnahmen im einzelnen darzustellen. Hierüber wurde ebenfalls Rechenschaft abgelegt, und die erforderlichen Beschlüsse hierzu wurden gefaßt.

Wie geht es weiter?

Obwohl das Regime immer mehr Kräfte mobilisiert, Massenmorde begeht und in wachsendem Maß zu Terror und Folter greift, läßt sich das Volk nicht beugen. Im Gegenteil, das Volk ist mehr denn je bereit, einer Orientierung zu folgen, die den Kampf auf ein höheres Niveau hebt, als es die Straßenkämpfe darstellen, die allein nicht zum Sieg führen können. Eine solche Orientierung kann nur von unserer, vom ANC geführten Befreiungsfront kommen, die von Freund und Feind gleichermaßen als ernsthafteste Herausforderung und Bedrohung der rassistischen Unterdrückung und Ausbeutung angesehen wird. Wir haben uns durch die lange Geschichte unseres hingebungsvollen Kampfes für die revolutionäre Sache diese ehrenvolle Rolle verdient. Auch in den schwierigen Zeiten, wo nur wenig möglich erschien, haben wir dem Feind die Stirn geboten und die Flamme des Widerstandes am Leben erhalten. Durch das Heldentum und die Opfer unserer Kämpfer vor allem in den letzten, kampferfüllten Jahren wurde der langen Tradition des südafrikanischen Befreiungskampfes eine neue Dimension hinzugefügt.

Es war unsere Bewegung, die das neue Zeitalter des organisierten bewaffneten Widerstandskampfes einleitete und sein wichtigstes Instrument, Umkhonto we Sizwe (Speer der Nation), schuf.

Trotz brutaler Verfolgung haben unsere revolutionären Ka-

der unsere Untergrundorganisationen erhalten und sogar gestärkt, die nun erneut begonnen haben, den Feind in direkte Aktionen zu verwickeln, und die die politische Mobilisierung des Volkes intensiviert haben.

Es ist kein Zufall, daß die Vorsters und Krugers den ANC und unsere Partei zur Hauptzielscheibe ihrer Angriffe machen. Sie haben genau gemerkt, daß seit Soweto von allen Bewegungen, die von sich behaupten, im Untergrund zu kämpfen, lediglich unsere Organisationen tatsächlich in der Lage waren, dem Feind Schläge zu versetzen und eine wesentliche Rolle bei der Mobilisierung politischer Unterstützung für den Aufstand der Jugend zu spielen. Sie wissen auch, daß die Mehrheit unserer Jugend, die eine Untergrundorganisation sucht, die sie militärisch und politisch anleiten kann, in unserer Befreiungsbewegung eine solche Organisation findet.

Unsere Bewegung ist vor allem deswegen gefürchtet, weil wir einer revolutionären Ideologie verpflichtet sind, die nicht nur auf die Zerschlagung aller Bestandteile des Systems der nationalen Unterdrückung abzielt, sondern auch der Grundlagen der wirtschaftlichen Ungleichheit und Ausbeutung, auf die dieses System gegründet ist.

Politischer Massenkampf – organisierter bewaffneter Kampf

Zu Beginn der 60er Jahre lehrte uns das Volk, daß es notwendig sei, mit der Strategie der vorausgegangenen Jahrzehnte zu brechen und mit der Schaffung von Bedingungen für die Verbindung des politischen Widerstandes mit bewaffneten Aktionen zu beginnen. Der jetzige Aufstand hat deutlich gemacht, daß die revolutionären Energien des Volkes ein Potential ohne Grenzen darstellen, wenn eine wirksame Organisation und Führung vorhanden ist. Das Volk ist sich aufgrund seiner eigenen Erfahrungen in den jüngsten Auseinandersetzungen klarer als je zuvor bewußt, daß ein revolutionärer Ausweg notwendig und möglich ist und daß das Volk schließlich siegen wird, wenn es den politischen Massenwiderstand mit dem organisierten bewaffneten Kampf verbindet.

Wenn unsere Befreiungsbewegung in der nächsten Zeit darauf nicht angemessen reagiert, besteht die Gefahr, daß die gegenwärtige kämpferische Stimmung verfliegt und eine Demoralisierung eintritt, die es dem imperialistischen Bündnis leichter machen, seine Pläne für das südliche Afrika durchzusetzen und die es Vorster ermöglichen, den ungeheuren Druck, der sich im Land gegen ihn aufgebaut hat, erfolgreich abzuwenden.

Unsere Befreiungsfront steht vor einer historischen Herausforderung, und unsere Partei, die Teil dieser Front ist, ist aufgerufen, in stärkerem Maße als je zuvor alle Kräfte zu mobilisieren, um dieser Herausforderung begegnen zu helfen.

Unsere Aufgaben

1. Eine allgemeine Analyse des neuen Potentials, das für die Fortführung des Kampfes zur Verfügung steht, kann nur der Ausgangspunkt sein. In einer sich so verändernden Situation wie wir sie gegenwärtig haben, kann ein bestimmtes Reagieren am einen Tag richtig sein, aber am nächsten Tag kann es schon zu spät dafür sein.

Daraus folgt, daß die Stärkung der Präsenz unserer gesamten Bewegung im Untergrund – vor allem auf den Führungsebenen – einer der entscheidenden Schlüssel zum Erfolg ist.

Es ist kein Zufall, daß die Vorsters und Krugers den ANC und unsere Partei zur Hauptzielscheibe ihrer Angriffe ma-

chen. Sie haben genau gemerkt, daß seit Soweto von allen Bewegungen, die von sich behaupten, im Untergrund zu kämpfen, lediglich unsere Organisationen tatsächlich in der Lage waren, dem Feind Schläge zu versetzen und eine wesentliche Rolle bei der Mobilisierung politischer Unterstützung für den Aufstand der Jugend zu spielen. Sie wissen auch, daß die Mehrheit unserer Jugend, die eine Untergrundorganisation sucht, die sie militärisch und politisch anleiten kann, in unserer Befreiungsbewegung eine solche Organisation findet.

Unsere Bewegung ist vor allem deswegen gefürchtet, weil wir einer revolutionären Ideologie verpflichtet sind, die nicht nur auf die Zerschlagung aller Bestandteile des Systems der nationalen Unterdrückung abzielt, sondern auch der Grundlagen der wirtschaftlichen Ungleichheit und Ausbeutung, auf die dieses System gegründet ist.

Solche Losungen wie „Den Kampf auf eine höhere Stufe heben“, „Abwechselnd Widerstand leisten und angreifen“ und ähnliche können nur von den Leuten in revolutionäre Praxis umgesetzt werden, die genau dort sind, wo es gärt. Beispielsweise ist es eine Frage des Augenblicks, ob man einen allgemeinen politischen Streik ausrufen soll, und wann, für wie lange und mit welchen Losungen; dafür braucht man eine erfahrene Führung, die ständig unter der Bevölkerung präsent ist. Die genauen Formen legaler und illegaler Organisation und die Ausarbeitung neuer, sich wandelnder Techniken, mit denen man den Feind treffen kann, hängen oft von spezifischen lokalen und regionalen Gegebenheiten ab, die normalerweise nur von denen überblickt werden können, die am Ort des Geschehens wirken.

2. Soweto hat bestätigt, daß die schwarze Arbeiterklasse die entscheidendste revolutionäre Kraft ist. Diese Klasse demonstrierte erneut, wie stark sie ist, wenn sie gemeinsam handelt, und sie verwies zugleich auf den engen Zusammenhang des nationalen und Klassenkampfes unter unseren Bedingungen. Unsere Partei als marxistisch-leninistische Vorhut der Arbeiterklasse hat die besondere Pflicht, das revolutionäre Bewußtsein der Arbeiterklasse weiter zu erhöhen, ihr Bewußtsein für ihre historische Mission als führende Kraft im Kampf für die nationale Befreiung und beim Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft zu stärken.

Wir sind daher aufgerufen, die Anstrengungen zur Organisation der Arbeiterklasse auf ökonomischem und politischem Gebiet, vor allem im Produktionsbereich, zu unterstützen und neue einzuleiten und die befreienden Ideen des Marxismus-Leninismus zu verbreiten. Größte Anstrengungen sind erforderlich, um unsere Partei im Untergrund zu stärken, die Unabhängigkeit unserer Partei zu sichern und ihre bedeutende Rolle als Teil des Bündnisses für die Befreiung zu wahren.

3. Die jüngsten Ereignisse haben auch deutlich gemacht, welche wichtige Rolle den revolutionären Schülern, Studenten und jungen Arbeitern zukommt. Durch die Erfahrungen dieser Kämpfe haben sie begonnen zu lernen, daß eine revolutionäre Organisation, die von einer wissenschaftlichen Revolutionstheorie geleitet wird, der Schlüssel für die Erringung der Volksmacht ist. In wachsender Zahl wenden sie sich unserem Befreiungsbündnis und seinem bewaffneten Flügel Umkhonto we Sizwe zu. Immer mehr von ihnen nähern sich den Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus und einem reiferen Verständnis der engen Beziehung, die unter unseren Bedingungen zwischen dem nationalen und dem Klassenkampf besteht.

Wir müssen auf diesem wachsenden Bewußtsein unter den Jugendlichen aufbauen und für ein noch tieferes Verständnis für die Ideologie des Marxismus-Leninismus sorgen. Es ist die Pflicht unserer Befreiungsbewegung als Ganzes, den Massenbewegungen unter den Jugendlichen, die als Funke für den Aufstand der Massen eine so zentrale Rolle gespielt haben, einen klaren revolutionären politischen und organi-

satorischen Inhalt zu geben.

4. Wir haben festgestellt, daß es in den ländlichen Gebieten während der Soweto-Ereignisse nur wenige organisierte Reaktionen gab. Man kann daher nicht von einem Aufstand sprechen, wenn die großen Massen derer, die auf den weißen Farmen arbeiten oder in sogenannten „Homelands“ eingepfercht sind, nicht daran beteiligt sind.

Die Mobilisierung und Organisierung der Masse der Landbevölkerung ist daher eine dringende Aufgabe unserer Befreiungsbewegung.

Das ist gerade deshalb besonders dringend, weil das Rassenregime krampfhaft bemüht ist, sein Bantustanprogramm durchzusetzen und durch die Errichtung solcher Marionetten-Stammesverwaltungen mit Hilfe schwarzer Kollaborateure die Einheit der afrikanischen Bevölkerung zu zerschlagen.

5. Wir müssen auch für die größtmögliche Aktionseinheit zwischen der farbigen und indischen Bevölkerung und ihren afrikanischen Brüdern eintreten.

Die Ereignisse in Kapstadt haben auf dramatische Weise gezeigt, daß die afrikanischen und farbigen Jugendlichen bereit sind, gemeinsam gegen die Gewalt der Rassisten zu kämpfen. Auch die farbigen Arbeiter bewiesen Solidarität. Aber in anderen Städten wurden die Jugendlichen und Arbeiter der farbigen und indischen Bevölkerungsgruppen nicht genügend zu Unterstützungsaktionen mobilisiert. Die Streikwelle, die 1972 in Natal begann, beeindruckte durch das hohe Maß an Einheit zwischen allen unterdrückten schwarzen Gruppen – eine Einheit, die wir auch künftig immer wieder herstellen müssen, wenn der Feind die volle Stärke der unterdrückten Massen zu spüren bekommen soll.

6. Wir betrachten die Frauen nicht als eine getrennte soziale Kraft, sehen jedoch auch künftig die Notwendigkeit, sie nicht nur als gleichberechtigte Teilnehmer am gesamten Befreiungskampf, sondern auch als die Gruppe anzusprechen, die eine dreifache Bürde der Unterdrückung und Ausbeutung – nämlich als Arbeiter, als schwarze Arbeiter und als schwarze Arbeiter weiblichen Geschlechts – zu tragen hat. Unsere Geschichte hat oft genug bewiesen, daß unsere Frauen an revolutionärer Hingabe, Heldentum und Opferbereitschaft in nichts zurückstehen.

Es ist daher unbedingt notwendig, die revolutionäre Organisierung der Frauen zu verstärken und zugleich dafür Sorge zu tragen, daß die unterdrückten Frauen innerhalb der Befreiungsbewegungen auf allen politischen und militärischen Ebenen voll beteiligt werden.

7. Die weiße Bevölkerungsgruppe als ganzes, einschließlich der weißen Arbeiterklasse, gewährt der rassistischen Politik des Regimes nach wie vor breite Unterstützung. Aber die politische und wirtschaftliche Krise, vor der die herrschende Klasse steht, verweist auf einige der innerhalb dieser Klasse bestehenden Differenzen. Es ist unsere Pflicht, solche Widersprüche stets auszunutzen, um den Zusammenhalt des gegnerischen Lagers zu schwächen. Es ist auch unsere Pflicht, diejenigen in der weißen Bevölkerungsgruppe zu bestärken, die allmählich verstehen, daß das bedingungslose Eintreten für die Ziele unserer Befreiungsbewegung ihre einzige Rettung darstellt. Die tapferen Aktionen der weißen Studenten von Johannesburg, die zusammen mit ihren schwarzen Kommilitonen in einem Solidaritätsmarsch für Soweto demonstrierten, und die kleine Gruppe fortschrittlicher Weißer, die bereit ist, den Freiheitskampf zu unterstützen und sogar daran mitzuwirken, bringen die langfristigen Interessen der gesamten Bevölkerung – auch der weißen Bevölkerungsgruppe – zum Ausdruck.

Wir sind der Meinung, daß die wirklich radikalen Weißer in ihren Aktionen bestärkt werden sollten und daß man größere Anstrengungen unternehmen sollte, um den Weißer klarzu-

machen, daß Vorster sie nicht anders als Hitler in die Vernichtung führt.

8. Im Laufe der schon historischen Monate des Widerstandes wurden alle pazifistischen Illusionen, alle Phrasen über gewaltlose Veränderung, die von imperialistischen Interessen, von Liberalen, Bantustan-Marionetten und anderen Kollaborateuren in unserem Volk so gern im Mund geführt werden, durch die Realität des blutigen Vergehens des Regimes völlig ad absurdum geführt. Unserem Volk ist jetzt noch klarer als je zuvor geworden, daß die einzige Antwort auf die brutale Gewalt unserer herrschenden Klasse die organisierte Kraft der Massen ist, die von der nationalen Befreiungsbewegung angeleitet und geführt werden muß, wobei der bewaffnete Kampf eine Schlüsselrolle spielt.

Eine erstrangige Aufgabe unseres revolutionären Bündnisses ist es, dafür zu sorgen, daß der bewaffnete Kampf in allen Teilen unseres Landes fest verwurzelt wird.

9. Aufgrund der Unsicherheit der schwarzen Mittelschichten, die – wie überall in der Welt – von ihrem Wesen her zwischen den Ausbeutern und den Ausgebeuteten hin- und herschwanken, versucht das rassistische Regime sie für eine Kollaboration zu gewinnen, um den revolutionären Druck abzuschwächen.

Wir sind jedoch fest davon überzeugt, daß die große Mehrheit der schwarzen Mittelschichten dafür gewonnen werden kann, daß sie auf der Seite des Volkes steht und daß unsere Bewegung sich darum bemühen muß.

10. Der Abscheu gegen das institutionalisierte System des Rassismus in Südafrika ist in den letzten Jahren erheblich angewachsen. Die weltweiten Solidaritätskampagnen haben nicht nur zur verstärkten Isolation des Regimes beigetragen, sondern unserem kämpfenden Volk auch wichtige materielle und moralische Unterstützung gegeben. Wir sprechen den verschiedenen Apartheid-Gruppen und Bewegungen, die sich auch weiterhin dieser wichtigen Aufgabe widmen, unseren herzlichsten Dank aus. Als Partei sehen wir auch eine unserer wichtigsten Aufgaben darin, an unsere Bruderparteien in der internationalen kommunistischen Bewegung heranzutreten, damit sie sich auch weiterhin in jeder möglichen Weise an der Organisierung wirksamer Solidaritätsaktionen in ihren Ländern beteiligen.

11. Eine große Gruppe einiger der wichtigsten Führer unserer Befreiungsbewegung – darunter auch viele Mitglieder unseres Zentralkomitees – schmachtet seit fast 15 Jahren auf Robben Island und den anderen Gefängnissen der Vorster-Regimes. Die Befreiung dieser großen Helden durch unseren Kampf bleibt eine unserer Hauptaufgaben.

Es ist unbedingt erforderlich, daß wir im In- und Ausland verstärkt für die Freilassung aller politischen Gefangenen eintreten.

Wir gehen an diese Aufgaben mit dem Wissen, daß der Weg von Soweto nach Pretoria noch sehr mühsam ist, und große Hingabe, Heldentum und Opfer fordern wird. Jedoch haben wir die Zuversicht, daß sich unsere gesamte Befreiungsbewegung der historischen Herausforderung, die durch die neue Situation gegeben ist, stellen, und unsere revolutionären Massen in ein geeintes, vom Volk regiertes Südafrika führen wird, in dem alle Formen des Rassismus völlig ausgerottet sind, und wo eine Gesellschaft geschaffen wird, die von der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen frei ist.

Es lebe der Geist von Soweto!

Es lebe unsere große Südafrikanische Kommunistische Partei!

Es lebe der große Afrikanische Nationalkongreß!

Es lebe die Einheit der Befreiungskräfte!

Es lebe der proletarische Internationalismus!

(Quelle: The African Communist, London, Nr. 70/1977, S. 37–50)

Edith Laudowicz **Alltag israelischer Besatzung**

Die Unterdrückungspraktiken und „Judaisierungs“-Maßnahmen in den von Israel 1967 okkupierten Gebieten haben mit dem Machtantritt der Begin-Regierung noch an Schärfe hinzugewonnen. Welche Ausmaße die israelische Besatzungspolitik im einzelnen annimmt, brachte jüngst eine Delegation der Internationalen Demokratischen Frauen Föderation (IDFF) in Erfahrung, der aus der Bundesrepublik Edith Laudowicz angehörte. Ihr Bericht enthält anschauliche Beispiele des Besatzererrors ebenso wie der Manifestationen des Widerstandes der palästinensischen Bevölkerung.

Die Politik der israelischen Regierung in den besetzten Gebieten ist immer häufiger der Kritik auch bürgerlicher Kräfte ausgesetzt. So berichtete der Stern unlängst über Folterungen in israelischen Gefängnissen, erschien am 19. 6. 1977 in der Sunday Times ein umfangreicher Bericht, der die israelische Regierung sogar zu einer Stellungnahme veranlaßte. Im Januar d. J. veröffentlichte der Weltfriedensrat ein Memorandum (Wortlaut in AIB, Nr. 6/1977, d. Red.), welches mich vor Antritt meiner Reise in die besetzten Gebiete über die Situation informierte.

Und dennoch war ich über den Terror der israelischen Militärs gegenüber der palästinensischen Bevölkerung schockiert, zum einen über das unvorstellbare Ausmaß, zum anderen über die Art und Weise, die subtilen Schikanen ebenso umfaßt wie brutalsten Terror und hemmungslose Willkür. Gleichzeitig erlebte ich in Israel selbst in drastischer Weise den rassistischen Charakter der zionistischen Ideologie, die faschistoide Züge trägt.

Planierte Dörfer und neue Lager

Gleich nach meiner Ankunft führen wir nach Jerusalem und durchquerten dabei die besetzten Gebiete, die man zu meiner Verwunderung ungehindert betreten kann. Ich konnte die im Memorandum erwähnten ehemaligen Dörfer Amwas, Yalo und Beit Nuba besichtigen, die nach Beendigung des Krieges zerstört wurden und damit zu den insgesamt 450 von den Israelis zerstörten Dörfern gehören. Heute sieht man dort nur rechts und links der Hauptstraße Straßen in das Leere verlaufen, nicht ein Haus ist dort mehr zu sehen. In zynischer Weise wurde von der Regierung dort ein Schild mit dem Hinweis „Kanada-Park“ (!) angebracht.

Die Mehrheit der Bewohner dieser Dörfer lebt im Flüchtlingslager Kalandia in der Nähe von Ramallah. Dort leben insgesamt 4 000 Menschen oft in einem Raum mit mehr als 5 Personen. Ursprünglich hatten die ärmlichen Unterkünfte weder Wasser noch Licht, noch sanitäre Anlagen. Es befanden sich 6 Wasserstellen mit 30 Zapfstellen im Lager. In eigener Initiative verlegten ca. 350 Familien die Leitungen in ihre Häuser und legten Lichtleitungen. Ich besichtigte noch ein weiteres Flüchtlingslager in der Nähe von Bethlehem, in welchem ca. 4 000 Menschen unter noch schlechteren Bedingungen leben müssen, weil hier noch nicht einmal die ärztliche Versorgung sichergestellt ist. In Kalandia gibt es zumindest eine kleine Klinik.

Die soziale Situation der Familien in den Lagern ist überaus schlecht, da entweder der Hauptnährer fehlt oder im Aus-

land arbeitet und keine Einreiseerlaubnis in seine Heimat erhält. In den besetzten Gebieten Arbeit zu bekommen ist überaus schwierig, da die israelische Regierung die Entwicklung einer palästinensischen Industrie verhindert. So sind viele Männer und Frauen gezwungen, in Israel selbst zu arbeiten, wo sie ca. 40 % weniger Lohn als ihre israelischen Arbeitskollegen erhalten.

Das Hauptziel der israelischen Politik besteht in der Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung bei gleichzeitiger Ansiedlung von Israelis und der Einbeziehung unter die israelischen Gesetze, was einer Annexion gleichkommt (vgl. AIB, Nr. 9/1977). In der Nähe Jerusalems befinden sich zahllose Siedlungen, in denen vor allem die jüdischen Auswanderer aus der Sowjetunion angesiedelt werden. Neuere Ansiedlungen sah ich vor allem auch in der Umgebung von Bethlehem, darunter auch wie in vielen Fällen eine solche Ansiedlung vorbereitet wird. Es werden auf dem Besitz palästinensischer Bauern neue Straßen angelegt, die zunächst ins Leere führen, jedoch nach einiger Zeit werden dann unter militärischem Schutz dort Häuser gebaut.

Ein Bewohner aus Bethlehem berichtete mir, daß in vielen Fällen die Militärs einfach dort die Olivenbäume niederwalzen und eventuell vorhandene Anpflanzungen zerstören. Der Besitzer des Landes hat keinerlei Möglichkeiten, sich gegen die Enteignung zu wehren. Sollte sich in der Nähe geplanter Ansiedlungen ein palästinensisches Dorf befinden, versucht man, die Bevölkerung daraus zu vertreiben. So sah ich in unmittelbarer Nähe einer neuen Siedlung zwischen Bethlehem und Beit Jala ein solches Gespensterdorf. So entsteht die absurde Situation, daß sich auf der einen Seite die Menschen in Flüchtlingslagern in ihrem eigenen Land drängen und nur wenige Kilometer entfernt ganze Dörfer leerstehen!

Mit dieser Tatsache wird man jedoch nicht nur in den besetzten Gebieten konfrontiert. In Nazareth z. B. besichtigte ich ein Flüchtlingslager, Zaphouri, in welchem 7 000 Menschen unter den unerträglichsten Bedingungen seit fast 30 Jahren leben, während nur ca. 15 km entfernt im Stadtteil Nazareth El Aleet, der für Neuansiedler von der israelischen Regierung mit allem erdenklichen Komfort ausgestattet wurde, mehrere hundert Wohnungen leerstehen, da die erwarteten Einwanderer ausblieben und Arabern keine Wohngenehmigung erteilt wird.

Alltägliche Folterpraxis

Das Memorandum des Weltfriedensrates prangert die willkürlichen Verhaftungen und die Folterungen an. Ich selbst sprach mit vielen ehemaligen Gefangenen, die mehr als 1 Jahr ohne Anklage, ohne Gerichtsverhandlung in Haft waren, die lediglich der Mitgliedschaft in der Befreiungsbewegung oder der Kommunistischen Partei beschuldigt wurden.

Alle ehemaligen Gefangenen berichteten von Folterungen, so eine Frau aus Ramallah, die einen Monat in einer 1,50 m hohen und 1,50 langen Dunkelzelle ohne Toilette eingesperrt wurde. Abed El-Nagid, ein Lehrer aus Bethlehem, berichtete von Schlägen bis zur Bewußtlosigkeit auf die Fußsohlen, von Elektroschocks und Schlägen. Eine Mutter aus Ramallah berichtete, daß ihre Söhne stundenlang mit kal-

tem Wasser übergossen wurden, dann anschließend mit heißem Wasser. Eine Frau aus Nablus berichtete, daß ihr Mann 6 Stunden in einem engen Gang, der mit spitzen Steinen versehen war, hin- und hergejagt wurde, bis er blutüberströmt zusammenbrach und bewußtlos wurde.

Der Bürgermeister aus Nablus, Mitglied der Nationalen Front, die dort erfolgreich aus den letzten Wahlen hervorging, sagte zur Situation in den Gefängnissen: „In den israelischen Gefängnissen gibt es eine sehr große Zahl politischer Gefangener, allein von dem Westufer 4 000. Um eine deutliche Vorstellung von der Überfüllung der Gefängnisse zu bekommen, nehmen wir eine Zahl, die die israelische Gefängnisverwaltung bekannt gab. Jedem Gefangenen stehen nur 2 qm zur Verfügung, obwohl nach international geltendem Recht jedem Gefangenen mindestens 12 qm zur Verfügung stehen sollten. Im Gefängnis von Nablus sind gegenwärtig 500 politische Gefangene, die bereits verurteilt sind. Dazu kommt eine größere Anzahl von Gefangenen, die in Untersuchungshaft sind. Vor der israelischen Besetzung waren in diesem Gefängnis nicht mehr als 200 Häftlinge untergebracht; die höchste Zahl, die je erreicht wurde, waren 240 Gefangene. Was die Behandlung der Gefangenen anbetrifft, muß man sagen, daß sie sehr brutal behandelt werden. Zur Zeit beklagen sich die Gefangenen besonders über die mangelnde medizinische Betreuung und die Gleichförmigkeit des Essens, welches zudem noch wenig nahrhaft ist. Die Gefangenen bekommen sehr wenig zu lesen, sie erhalten nur die israelische Zeitung ‚El Anba‘, die in arabisch erscheint. In den Gefängnissen fehlt es an Decken und Laken, denn die Gefangenen müssen auf dem Fußboden schlafen. Man kann kaum einen Gefangenen finden, der nicht an Rheuma leidet“.

Gegen die schlechten Bedingungen stréikten die Gefangenen auch im Frühjahr dieses Jahres. Der Streik wurde von Solidaritätsaktionen der Frauen vor den Gefängnissen unterstützt. So nahmen allein in Ramallah 1 000 Frauen an der Protestdemonstration teil. Auch Israels demokratische Kräfte entsandten Solidaritätsadressen und Delegationen. Die israelische Rechtsanwältin Felicia Langer, die in zwei Büchern die verbrecherische Praxis der Okkupationsmacht anklagte, wies darauf hin, daß für einige Gefangene Lebensgefahr besteht, wenn sie nicht unmittelbar eine ihrer Krankheit angemessene medizinische Versorgung erhalten.

Die Familienangehörigen politischer Gefangener können nur einmal im Monat ihre Angehörigen für 30 Minuten sehen. Das Mitbringen von Geschenken ist untersagt. Vielfach sind die Familienangehörigen politischer Gefangener ständigem Terror ausgesetzt. Die extremste Form ist das Zerstören der Häuser, in der die Familie lebt. Eine Frau, deren beide Söhne wegen Beteiligung an militärischen Aktionen verurteilt sind, berichtete, daß die Militärs ihr Haus zerstörten, als sie nicht zu Hause war. Ihr gesamtes Hab und Gut wurde dabei vernichtet. In Nablus besichtigte ich ein Haus, dessen obere

Etage durch die israelischen Militärs zerstört worden war. Der Familie ist ein Wiederaufbau untersagt.

Eine andere Form der Kollektivbestrafung ist die Anordnung, sich nachts vor dem Gebäude des Militärgouverneurs zu versammeln, was insbesondere nach Protestaktionen geschieht, was mir eine Frau aus Ramallah berichtete. Ausgangssperre, nächtliche Hausdurchsuchungen, Schikanen am Grenzübergang nach Amman und Einschränkung des Rechtes der freien Meinungsäußerung gehören zu den alltäglichen Erfahrungen der Kinder, Frauen und Männer.

Und so nimmt es denn auch nicht Wunder, daß sich alle am Widerstand in immer größerem Ausmaß beteiligen. Zum Widerstand gehören Demonstrationen, Petitionen ebenso wie die Erhaltung der eigenen Kultur und der Aufbau einer eigenen Industrie.

Ausweitung des Volkswiderstandes

Hierbei spielen die Frauenorganisationen eine bedeutende Rolle. Über die Hilfe für Flüchtlingsfamilien und die Durchführung von Alphabetisierungskampagnen hinaus streben sie vor allem den Erhalt und die Weiterverbreitung der palästinensischen Kultur an. Eine beispielhafte Arbeit leistet die Frauengesellschaft In-ash El Usra in Ramallah, die eine eigene Schule und einen Kindergarten hat. Sie bildet ca. 80 Frauen in verschiedenen Berufen aus, hat sich zur Aufgabe gestellt, die palästinensische Literatur und Lieder in ihrer Bücherei zu sammeln. Sie finanziert sich ausschließlich aus den eigenen Einkünften und aus Spenden. „Eine Unterstützung von den Israelis lehnen wir ab“, erklärte mir die Direktorin, „das ist ein Versuch, unsere Arbeit zu kanalisieren, ihr lediglich einen sozialen Charakter zu verleihen. Wir haben aber eine wichtige politische Aufgabe, und das ist die Erziehung der Frauen zu selbstbewußten, verantwortungsvollen Bürgern, der Erhalt, die Pflege und Verbreitung unserer palästinensischen Kultur und die Entwicklung einer eigenen Industrie“.

Eine ähnliche Arbeit macht die Frauenorganisation in Nablus. Hier ist es den Frauen mit Hilfe der kommunalen Behörden gelungen, ein eigenes Krankenhaus zu errichten, in welchem ausschließlich Palästinenser arbeiten.

Am Widerstand beteiligen sich aktiv die Schüler, zum einen, weil die Mehrheit der Familien durch die Politik der Besatzungstruppen unmittelbar betroffen sind, zum anderen weil auch unmittelbare Eingriffe in das Erziehungswesen erfolgen.

Beeindruckt hat mich der Mut, mit dem die Bevölkerung diesem Terror trotz. Eine Frau aus Nablus sagte: „Wir haben keine Angst mehr. Je mehr sie uns unterdrücken, je mehr wehren wir uns. Wir kämpfen so lange, bis wir über unser Leben selbst bestimmen können, bis wir einen eigenen Staat errichtet haben“.



Lager Kalandia bei Ramallah (l.); Familie, deren Ernährer inhaftiert und deportiert wurde

Kommuniqué des 1. ZK-Plenums der KP Chiles nach dem Putsch



Zum erstenmal nach dem faschistischen Putsch vom 11. September 1973 trat das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chiles Mitte August in einer Plenarsitzung zusammen und verfaßte einen Aufruf zum Zusammenschluß der Chilenen – Zivilpersonen und Militärangehörige – unter Ausschluß der Faschisten.

Auf dem Plenum wurde vom Generalsekretär der Partei, Luis Corvalan, im Namen der Politischen Kommission der 125 Seiten umfassende Bericht verlesen, in dem die Erfahrung der chilenischen Revolution, das Werk der Regierung von Präsident Salvador Allende, die Verdienste dieser Revolution und die Ursachen ihrer Niederlage analysiert werden. In diesem Bericht wird eine Reihe unterschiedlicher Probleme angeschnitten, der Faschismus charakterisiert und der Kampf im Lande sowie die Rolle der Kirche und der demokratischen Kreise der Streitkräfte im Kampf gegen den Faschismus hervorgehoben. Luis Corvalan bezieht sich in umfassendem Maße auf die internationale Situation und die Probleme der kommunistischen Bewegung. Er äußert sich zu den Konzeptionen der Diktatur des Proletariats und des proletarischen Internationalismus. Er verurteilt die Mächenschaften des Imperialismus in Lateinamerika.

Luis Corvalan hebt besonders das Drama der Familien der mehr als 2500 verschwundenen politischen Gefangenen hervor. Er ruft dazu auf, die Anstrengungen zur Rettung ihres Lebens und zu ihrer Befreiung zu verstärken. Er analysiert die Situation, in die Chile durch die Tyrannei gebracht wurde, und umreißt eine Politik der Einheit, des „Zusammenschlusses der Chilenen“, um die Freiheit zu erlangen.

Die Verdienste der chilenischen Revolution

Auf dem Plenum des ZK der KP Chiles wurde hervorgehoben, daß sich die Errungenschaften des Volkes in der Regierung von Präsident Allende niederschlugen, was „der diesbezüglich entfalteteten Mobilisierung der Massen, der Einheit und Geschlossenheit, die in dieser Zeit von der Unidad Popular gezeigt wurde, und der Tatsache zu verdanken ist, daß die Unidad Popular Abkommen und Kompromisse mit anderen Kräften anstrebte und erzielte, die objektiv unerläßlich waren“.

„In diesem Zusammenhang“, so sagen die Kommunisten, „hatte der Pakt für die verfassungsmäßigen Garantien besondere Bedeutung, der die Bestätigung der Wahl von Salvador Allende und die Bestätigung der Verfassungsreform ermöglichte, durch die die Nationalisierung des Kupfers erleichtert wurde“.

Nach Ansicht der Kommunisten entwickelte sich das Kräfteverhältnis zu dem Zeitpunkt zugunsten der Revolution, als es innerhalb der Unidad Popular eine einstimmige Meinung gab, man treu nach dem Programm handelte, sich eine Volksmobilisierung anbahnte, auf die sich die Regierung stützte, als man den Kampf gegen die Hauptfeinde richtete und die

Meinungsverschiedenheiten in der Opposition berücksichtigt wurden. Im Bericht von Luis Corvalan werden die Verdienste der chilenischen Revolution, die Errungenschaften der Regierung der Unidad Popular und die Tatsache hervorgehoben, daß dies „die erste längere Etappe der friedlichen Entwicklung der Revolution in der gegenwärtigen Situation“ gewesen ist.

Im Bericht des Plenums wird hervorgehoben, daß die Unidad Popular Erfolge errungen, aber auch nicht wenige Fehler begangen hat. Die Kommunisten – so wurde auf dem Plenum festgestellt – unternahmen zahlreiche Anstrengungen, um diese Fehler zu vermeiden. Sie übernehmen jedoch die ihnen zukommende Verantwortung. Selbstkritisch enthüllen die Kommunisten ihre eigenen Mängel, Unzulänglichkeiten, Schwächen und Fehler.

Das Plenum verurteilte die Verbrechen der Tyrannei auf das schärfste. Besonders hervorgehoben wurde das Drama der Verschwundenen. Es wurde betont, daß „die Kommunistische Partei Chiles die Verpflichtung vor ihrem Volk und jeder Kommunist vor seinem eigenen Bewußtsein eingeht, sich niemals vom Kampf zur Rettung des Lebens und zur Befreiung unserer verschwundenen Genossen abzuwenden. Die KP Chiles gehe die Verpflichtung ein, unermüdlich dafür zu kämpfen, daß das chilenische Volk in die Lage versetzt wird, von seinen heutigen Henkern Rechenschaft zu fordern. Wir wollen keine Rache, sondern Gerechtigkeit, die Hauptschuldigen müssen für ihre Verbrechen bezahlen. Kein Unschuldiger wird für sie zahlen . . . Man wird jedoch keinen Schlußstrich unter diese Angelegenheit ziehen. Die Witwen der Ermordeten, die Mütter, Ehefrauen und Kinder der Verschwundenen fordern Bestrafung.“

Das Plenum des Zentralkomitees erläuterte und verurteilte die Verbrechen und Grausamkeiten des Faschismus und hob hervor, daß die Errichtung eben dieses Faschismus „ein tiefer Einschnitt in der Geschichte Chiles, ein bisher nie gekannter Rückschritt ist“.

Die Kommunisten wiederholen, daß die von ihnen und der Unidad Popular ausgearbeitete Definition des Pinochet-Regimes voll und ganz richtig ist. Dieses Regime ist nicht einfach eine andere Form der Diktatur der Bourgeoisie, sondern die terroristische Diktatur der reaktionärsten Gruppe des Finanzkapitals. Und das ist Faschismus.

In einer Analyse der gegenwärtigen Situation des Landes stellen die Kommunisten fest, daß sich die Tyrannei in diesen vier Jahren abgenutzt hat, daß „es im Gebälk der faschistischen Junta als Ergebnis ihrer zunehmenden nationalen Isolierung und der internationalen Verurteilung zu krachen beginnt“, und sie fügen hinzu, daß „es falsch wäre zu denken, der Faschismus würde durch einen leichten Anstoß einfach zusammenfallen oder unter dem Druck seiner eigenen Widersprüche zusammenbrechen. Doch es wäre ebenfalls falsch zu denken, daß er Dutzende und aber Dutzende von Jahren bestehen bleiben könnte, wie es mit dem franquistischen Regime in Spanien der Fall war.“

Es gibt viele Anzeichen, die diese Situation bestätigen. „Die

Ankündigung von der Auflösung der DINA und ihre Ersetzung durch ein sogenanntes Informationszentrum ist Bestandteil des Doppelspiels von Pinochet unter den gegenwärtigen Umständen. Es besteht kein Zweifel, daß Pinochet nur eine Namensänderung vornehmen will. Doch auch dies ist ein Symptom der Erscheinungen, auf die wir uns bezogen haben.“

Das Plenum würdigte die Kämpfe unseres Volkes seit dem 11. September 1973 und hob hervor, daß es Momente gibt, die in unserer Geschichte eine entscheidende Bedeutung erlangen können. „Es ist der Zeitpunkt für den Beginn einer neuen Etappe des Kampfes gekommen, es gibt gewisse Voraussetzungen dafür, die durch die seit den ersten Tagen unternommenen Aktionen und durch die internationale Solidarität geschaffen wurden. Der Kampf selbst kann und muß diese Voraussetzungen erweitern und neue schaffen.“

„Die Kommunistische Partei wendet sich an die Arbeiterklasse, an die Bauern, Frauen, Künstler, Intellektuellen, Akademiker und Wissenschaftler, an die Mittelschichten in Stadt und Land, an die nichtmonopolistischen Unternehmer, Industriellen, Händler, Landwirte und Handwerker, an die Gläubigen, an die antifaschistischen oder ganz einfach nichtfaschistischen Angehörigen der Streitkräfte und Carabineros – in einem Wort an das ganze Volk – und ruft sie auf, den Kampf zum Sturz der Tyrannei zu verstärken. Diesem neuen dunklen Abschnitt der Geschichte Chiles muß ein Ende gesetzt werden. Es müssen eine neue demokratische Ordnung und eine neue Regierung geschaffen werden, die die Freiheit wiederbringen, die dem Hunger und dem Elend und den schrecklichen moralischen Folgen ein Ende setzen, durch soziale und politische Veränderungen mit der Vorherrschaft der Oligarchie und des Imperialismus Schluß machen und die die wirkliche Unabhängigkeit des Landes gewährleisten, damit dieses auf internationaler Ebene wieder geschätzt und geachtet wird.“

Die Kommunisten heben hervor, daß „der Faschismus bis zum letzten Atemzug grausam und brutal ist“.

Der Block der Unidad Popular

Unter Bezugnahme auf die Einheit zwischen Sozialisten und Kommunisten wird im Bericht darauf hingewiesen, daß „diese stets eine Konstante unserer Politik war und ist. Für jedes Parteimitglied ist es eine Pflicht, diese Einheit zu stärken und weiterzuentwickeln. Von dieser Einheit wird niemand ausgeschlossen, und sie ist auch nicht gegen irgendeinen fortschrittlichen Sektor gerichtet. Die Erfahrung des chilenischen Volkes lehrt, daß Spaltung oder Meinungsverschiedenheiten zwischen Kommunisten und Sozialisten der Sache des Volkes schaden. Dies ist eine alte Feststellung.“

Im Bericht an das Plenum wird weiter festgestellt: „Wir sind der Ansicht, daß der Block der Unidad Popular ein Werk von historischer Bedeutung für unser Volk ist. Die Unidad Popular hat die Probe der Niederlage bestanden. Die chilenische Linke hat sich nicht aufgelöst. Die Kommunistische Partei, die Sozialistische Partei, die Radikale Partei, MAPU-Partei – Arbeiter und Bauern, die MAPU und die Christliche Linke repräsentieren den fortgeschrittensten und aufgeklärtesten politischen Sektor des chilenischen Volkes. Sie sind die wahren Volksparteien, und deshalb ist ihre Einheit eine Garantie dafür, daß die Arbeiterklasse und das revolutionäre Volk in Zukunft – besser als in der Vergangenheit – entscheidenden Einfluß auf das Schicksal der Nation nehmen. Sie repräsentieren die marxistischen, liberalen und einen Teil der christlichen Strömungen, die tief mit der Geschichte und dem Leben Chiles verwurzelt sind. Sie konnten nicht durch den Terror zerstört werden, und sie werden es auch nicht.“

In bezug auf den Vorschlag der Kommunisten hinsichtlich einer antifaschistischen Front wies Corvalan darauf hin:

„Wenn man die Situation des Landes und seine Zukunft überprüft, so kann man nur schlußfolgern, daß die Einheit aller demokratischen Kräfte notwendig ist. Diejenigen, die die Einheit torpedieren, haben eine große Verantwortung vor dem Volk. Nur die Einheit aller Kräfte, die gegen die Diktatur sind, kann zur erfolgreichen Lösung der Probleme des Landes beitragen. Dies ist präzise der Inhalt unseres Vorschlags hinsichtlich der antifaschistischen Front. Uns kommt es nicht auf Namen an. Das Etikett ist nicht wichtig. Es war keinesfalls unsere Absicht, noch wird es dies je sein, ein einfaches politisches Bündnis mit den Führern zu bilden. Wir wollen mehr als das: das Verständnis des ganzen Volkes, vor allem auf gesellschaftlichem Gebiet, dessen politischer Ausdruck von der Entwicklung des Einheitsstrebens bestimmt sein soll, das vom Volk ausgeht. Um den Weg Chiles wiederaufnehmen zu können, ist es notwendig, daß es wieder zu seiner Geschichte, zu seinen besten Traditionen zurückfindet. Dafür ist der Zusammenschluß aller antifaschistischen Kräfte, d. h. aller nichtfaschistischen, zivilen und militärischen, marxistischen, weltlichen und christlichen Kräfte notwendig, dafür ist der Zusammenschluß der Chilenen erforderlich.“

Das heutige Chile ist nicht das von gestern und wird es auch nicht wieder werden. Der Faschismus zerstörte nicht nur das alte demokratische Regime, noch enden seine Auswirkungen mit der Wirtschaftskatastrophe, in die er das Land gestürzt hat. Im Laufe dieser Jahre sind auch die Mythen, falschen Gedanken und Vorstellungen vernichtet worden. Es entstanden Grundlagen, die unterschiedliche Strukturen in vielen entscheidenden Aspekten des nationalen Lebens notwendig machen.“

In seinem Bericht fügte Corvalan hinzu, daß die Entschlossenheit im Kampf der Arbeiterklasse, bei dem sie nicht nur ihre Interessen, sondern auch die der anderen vom Faschismus unterdrückten Klassen und Schichten verteidigt, ein weiterer Faktor ist, der zur breiten Einheit beiträgt.

Die Kommunisten unterstrichen auf ihrem Plenum, daß „die vom ersten Tag an entfaltete Aktivität der Kirche zur Verteidigung der Menschenrechte zweifelsohne ein sehr großer Beitrag zur Einheit und zum Zusammenschluß des chilenischen Volkes ist. Sie trug dazu bei, die Grundlagen für ein schöpferisches und fruchtbringendes Zusammenleben zu schaffen, und zwar nicht nur, was den gegenwärtigen Kampf gegen den Faschismus anbelangt, sondern auch die Zukunft.“

Zur Rolle der politischen Parteien in der Einheitsbewegung bemerkte Luis Corvalan in seinem Bericht, daß „das Verständnis zwischen der Unidad Popular und der Christdemokratie die Schlüsselfrage ist. Wir und die Unidad Popular haben eindeutig unsere Bereitschaft zur Einheit unter Beweis gestellt. Die Christdemokratie muß dies auch tun. Ein gemeinsames Handeln wäre ein Faktor von erstrangiger und entscheidender Bedeutung für die Schaffung der Einheit und die Entwicklung einer Massenbewegung in Richtung auf eine neue Demokratie und die Zerschlagung der Diktatur.“

Die Rolle der nichtfaschistischen Armeeingehörigen

Die Kommunistische Partei mißt der Beteiligung der antifaschistischen und nichtfaschistischen Armeeingehörigen am Kampf für die Beendigung der Pinochet-Diktatur und am Wiederaufbau unseres Vaterlandes eine besondere Bedeutung bei. Nach einer objektiven Einschätzung der Situation ist sie zur Überzeugung gelangt, daß es in Chile, wie wahrscheinlich auch in anderen Ländern Lateinamerikas, notwendig ist, daß sich die Arbeiterklasse, das Volk und die in den Militärkreisen existierenden patriotischen Strömungen verständigen.

„Das Grundlegende ist und bleibt stets die Einheit der Arbeiterklasse und die des Volkes, die im Interesse des Landes

und des gesellschaftlichen Fortschritts liegt. In der Realität zeigt es sich, daß das Bündnis mit den demokratischen und patriotischen Kreisen der Streitkräfte notwendig ist.“

Wir, und besonders diejenigen, die in den Gefängnissen und Konzentrationslagern gewesen waren, wissen“, so fügte Corvalan hinzu, „daß es Soldaten, Matrosen, Flieger und Carabineros gibt, die die faschistischen Methoden ablehnen, die gegen die DINA sind, denen das Bündnis mit den rechten Wirtschaftskreisen mißfällt, die das Problem der Verschwundenen mit großer Besorgnis sehen und die wünschen, daß die gegenwärtige Situation des Hasses und der Spaltung zwischen den Chilenen ein Ende findet.

Wenn man berücksichtigt, daß es innerhalb der Streitkräfte wirklich patriotische Soldaten gibt und trotz allem geben wird, ist die Kommunistische Partei der Ansicht, daß die demokratischen Kreise innerhalb der Streitkräfte in der Regierung – in der die von uns angestrebte breite Einheit zum Ausdruck kommen soll – einen Platz erhalten müssen. Die Kommunistische Partei wird vor allem die gegenwärtige Haltung der Militärs sowie die in der Vergangenheit gezeigte in Betracht ziehen und nur diejenigen zur Verantwortung ziehen, die persönlich verantwortlich für die Mörder, Erschießungen und Folterungen sind.“

„Die Einheit im Kampf gegen die Diktatur bedeutet weder die vollkommene Übereinstimmung der Standpunkte aller Kräfte hinsichtlich jedes einzelnen Aspekts der Zukunft, noch macht sie sie erforderlich. Die Voraussetzung besteht hingegen in der übereinstimmenden Haltung, daß es notwendig ist, dem schändlichen Regime in Chile, dem Verbrechen und der Folter als politische Waffen, der Vorherrschaft einer oligarchischen Minderheit und ihren ausländischen Verbündeten sowie den imperialistischen Monopolen ein Ende zu setzen. Es geht darum, gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, um eine Situation zu schaffen, in der das Volk über seine Zukunft entscheiden kann. Das ist nicht möglich, solange der Faschismus weiterbesteht.“

Die Notwendigkeit einer neuen Demokratie in Chile

„Unter den Antifaschisten“, so stellen die Kommunisten fest, „gibt es Meinungsverschiedenheiten, und es liegt nicht in unserem Interesse, sie zu verbergen. Diese können jedoch nicht die Übereinstimmung aller Kräfte hinsichtlich der Notwendigkeit verhindern, in Chile eine neue Demokratie zu errichten und die in der chilenischen Gesellschaft gereiften Veränderungen weiterzuentwickeln, die auf die Beseitigung der gesellschaftlichen Grundlage des Faschismus ausgerichtet sind.“

Die Kommunisten schlagen vor, daß diese Einheit auf der Grundlage eines Programms mit der Beteiligung aller antifaschistischen Kräfte geschaffen werden muß.

Das Plenum des ZK unterbreitet einige Meinungen und Vorschläge, die es allen an der Beendigung der Tyrannei interessierten Kräften zur Auswertung vorlegt.

Die Kommunisten sagen, daß sie bei der Formulierung ihrer programmatischen Positionen nicht nur die Meinung ihrer Partei und der gesellschaftlichen Kräfte berücksichtigt haben, die sie vertreten, sondern auch andere Kriterien, die sie für vernünftig halten, und Ansichten, die reale Probleme widerspiegeln.

Luis Corvalan präzisierte in seinem Bericht, daß die Kommunisten fest davon überzeugt sind, daß Chile den Sozialismus braucht. „Wir versuchen nicht“, so betonte Corvalan, „jemanden hinsichtlich unserer heutigen und künftigen Absichten zu täuschen. Wir wollen keine anderen Kräfte ausnutzen, um Ziele zu erreichen, die heute nur in unserem Interesse und dem unserer Verbündeten liegen. Mit der von uns vorgeschlagenen Einheit wollen wir die Diktatur stürzen und sofort gemeinsam ein demokratisches und antifaschistisches System aufbauen, das die allgemeine Garantie

für all diejenigen ist, die wir zum Zusammenschluß aufrufen. Nur unter diesen Bedingungen kann das Volk frei über seine Zukunft entscheiden.“

Das Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chiles würdigte den 60. Jahrestag der Oktoberrevolution und unterstrich, daß niemand die Kommunistische Partei Chiles zu antisowjetischen Positionen verleiten könne.

Das Plenum würdigte die Bewegung der internationalen Solidarität mit dem Kampf des chilenischen Volkes und bezeichnete diese als eines der bedeutendsten Ereignisse in der Welt von heute.

Im letzten Abschnitt seines Berichts hob Luis Corvalan hervor, daß der Kampf im Innern des Landes das Entscheidende ist, um die Tyrannei zu beseitigen. Diesem Kampf widmet unsere Partei alle Anstrengungen. „Pinochet hat sich etwas Unmögliches vorgenommen: Er will die Kommunistische Partei und alle Parteien der Unidad Popular zerstören und mit dem Marxismus in Chile und jeglichem Ausdruck fortschrittlichen Denkens Schluß machen. Hier wird er vollkommen scheitern, daran wird er sich die Zähne ausbeißen.“

Die Aufgaben der chilenischen Kommunisten

Corvalan würdigte die Parteileitung, die im Lande fortbestehen konnte – die Parteileitung unter Führung von Victor Diaz, der es Corvalan nicht nur zuschrieb, die Organisation in der Illegalität geführt und ihr regelmäßiges Funktionieren garantiert zu haben, sondern auch das politische Wort der Partei geführt und die generellen Linien angesichts der neuen Situation festgelegt zu haben. Bei der Erfüllung jener Aufgaben, so betonte Corvalan, stellten unsere Genossen ihre großen Fähigkeiten als selbstlose, befähigte und entschlossene Führer unter Beweis.

Das Plenum grüßte bewegt die Tausenden Genossen und Genossinnen der Partei und des Jugendverbandes, die Tausenden namenlosen Helden, die täglich den gegen die Diktatur kämpfenden Massen die Stimme und die Zuversicht der Partei überbringen.

Das Plenum unterstrich ferner die Bedeutung der Arbeit der Mitglieder der Partei und des Kommunistischen Jugendverbandes, die im Exil leben, arbeiten, kämpfen und lernen.

In seinem Bericht, der vom Plenum des Zentralkomitees einstimmig gebilligt wurde, brachte der Generalsekretär der Partei, Luis Corvalan, abschließend zum Ausdruck, daß „die Partei bezüglich der Grundfragen der chilenischen Revolution und der Hauptprobleme der internationalen Situation – einschließlich der Aspekte, um die sich die kommunistische Weltbewegung sorgt – eine klare Linie hat und feste Positionen bezieht. Dies sind prinzipielle Positionen, sie können jedoch nicht dazu führen, daß wir die Augen vor dem Neuen in der Welt und vor der Tatsache verschließen, daß der Baum des Lebens immer grün ist und die Wege in die Zukunft nicht nach strengen Schemen verlaufen, sondern übersät mit Kurven sind, an deren Ausgang unerwartete Tatsachen und Erscheinungen auftauchen. Daher müssen im Kampf für die Durchsetzung der Linie der Partei die taktische Flexibilität und die aufmerksame Beobachtung der veränderten Situationen, die entstehen können, verbunden werden.“

Das chilenische Volk wird diese dunklen Tage überwinden. Es wird die faschistische Diktatur stürzen. In diesem Kampf spielt und wird die Kommunistische Partei Chiles stets eine entscheidende Rolle spielen. Gemeinsam mit unseren Verbündeten und allen antifaschistischen Kräften wird sie erneut das chilenische Volk auf den Weg zur Demokratie und zum Sozialismus führen.“

August 1977

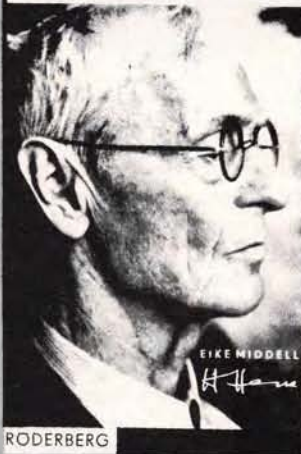
(Quelle: Horizont, Berlin, Nr. 38/1977)

Röderberg-Verlag Frankfurt a. M.

RV-TASCHENBÜCHER

lieferbare Titel

BIOGRAFIEN



100. Geburtstag Hermann Hesse

1977 im Gespräch. Bei Röderberg die Hesse-Biographie von Eike Middell

Hermann Hesse. Die Bilderwelt seines Lebens

376 S., Brosch., 5,- DM
ISBN 3-87682-414-1

RÖDERBERG

Denkzettel

Politische Lyrik

aus den

sechziger Jahren

der BRD

und Westberlins

TASCHENBUCH

Friedrich Engels Dokumente seines Lebens

Brosch., ca. 100 Abb., ca. 6,- DM
ISBN 3-87682-426-5

Denkzettel

Politische Lyrik aus der Bundesrepublik und Westberlin.

Brosch., ca. 4,- DM
ISBN 3-87682-408-7

Aus Lyrikbänden, Anthologien, Zeitschriften und Agitprop-Broschüren wurde diese Sammlung zusammengetragen.

RÖDERBERG

LUDWIG FEUERBACH

Geschichte der neuern Philosophie von Bacon bis Spinoza

TASCHENBUCH

Ludwig Feuerbach Geschichte der neuern Philosophie 396 S., Br., 3,50 DM
ISBN 3-87682-422-2

RÖDERBERG

Wilhelm Liebknecht

KLEINE POLITISCHE SCHRIFTEN

TASCHENBUCH

Wilhelm Liebknecht Kleine politische Schriften 412 S., Br., 3,50 DM
ISBN 3-87682-418-4

RÖDERBERG

Alexander Abusch

Humanismus und Realismus in der Literatur

TASCHENBUCH

Alexander Abusch Humanismus u. Realismus in der Literatur. 286 S., Br., 3,50 DM
ISBN 3-87682-412-5

RÖDERBERG

Weggenossen

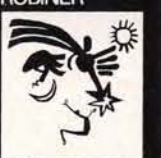
Fünfzehn Schriftsteller der DDR

TASCHENBUCH

Weggenossen. 15 Schriftst. der DDR Studien u. a. über A. Seghers, Strittmatter, H. Kant, Chr. Wolf 520 S., Br., 4,- DM

RÖDERBERG

LUDWIG RUBINER



Der Dichter greift in die Politik

Ludwig Rubiner Der Dichter greift in die Politik. Ausgew. Werke 1908-1919 382 S., Br., 3,50 DM
ISBN 3-87682-420-6

RÖDERBERG

COOK d. ENTDECKER



Schriften über J. Cook von Georg Forster und Georg Christoph Lichtenberg

Cook d. Entdecker Schriften über J. Cook von Georg Forster und Georg Christoph Lichtenberg 364 S., Br., 3,- DM

RÖDERBERG

Wilhelm Girnus

Wozu Literatur?

TASCHENBUCH

Wilhelm Girnus Wozu Literatur? Reden - Essays - Gespräche 616 S., Br., 4,50 DM
ISBN 3-87682-419-2

RÖDERBERG

Älteste deutsche Dichtung und Prosa



Älteste deutsche Dichtung u. Prosa Ausgew. Texte alt- und neuhochdeutsch 308 S., Br., 3,50 DM
ISBN 3-87682-421-4

RÖDERBERG

Karl Grünberg

DER SPATZENBAUM

TASCHENBUCH

Karl Grünberg Der Spatzenbaum Episoden - Skizzen - Reportagen 142 S., Br., 2,- DM
ISBN 3-87682-424-9

Karl-Heinz Schönfelder/
Karl-Heinz Wirzberger
Amerikanische Literatur im Überblick
Komprimierte Übersicht der amerikanischen Literaturgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart.
Brosch., ca. 5,50 DM
ISBN 3-87682-427-3

Agostinho Neto
Gedichte
120 S., brosch., 2,- DM
ISBN 3-87682-433-8

André Müller/
Gerd Semmer
GESCHICHTEN VOM HERRN B.

Röderberg
André Müller/
Gerd Semmer
Geschichten vom Herrn B.
Gesammelte Brecht-Anekdoten
82 S., brosch., 2,- DM
ISBN 3-87682-432-X

Alfred Klein
Wirklichkeitsbesessene Dichtung
Zur Geschichte der sozialistischen Literatur
448 S., brosch., 4,- DM
ISBN 3-87682-430-3

Heinrich der Glöchesære
Fuchs Reinhart
Mittel- und neuhochdeutsch
152 S., brosch., 2,- DM
ISBN 3-87682-429-X

Henri Barbusse: BRIEFE VON DER FRONT
An seine Frau 1914 - 1917
352 Seiten, 8 Abbildungen, M 2,90
Michael Kolzow: IMAN VON WAGNER
- EIN KLAR VON ZOGAN
144 S., ISBN 3-87682-407-9, DM 2,-

ERINNERUNGEN AN JOHANNES R. BOOBER
Herausgegeben von U.-B. Secher-Archiv der Deutschen Akademie der Künste zu Berlin
408 S., ISBN 3-87682-439-5, DM 3,50

Franz Mehring: AUFSATZE DER GESCHICHTE DER PHILOSOPHIE
Herausgegeben von Dieter Bergner.
416 S., ISBN 3-87682-428-1, DM 3,50

Victor Klemperer: L T I
Notizbuch eines Philologen
344 S., ISBN 3-87682-410-9, DM 3,50
Daniil Gräfin: DER PLATZ FÜR DAS DENKMAL. Mit 16 Federzeichnungen von Ulrich Nachulla
382 S., ISBN 3-87682-413-3, DM 3,50

José Antonio Portuondo: KUBANISCHE LITERATUR IM ÜBERBLICK
Aus dem Spanischen von Regina Erb, Rudolf Noack und Robert Michaels.
Herausgegeben, eingeleitet und mit einem ergänzenden Anhang versehen von Rudolf Noack. 232 S., DM 3,-

La Rochefoucauld: REFLEXIONEN ODER SENTENZEN UND MORALISCHE MAXIMEN.
Aus dem Französischen Übertragen und herausgegeben von H. Bergmann
Broschur, ISBN 3-87682-425-7



RÖDERBERG-VERLAG GmbH

Schumannstr. 56 · Postfach 4129
6000 Frankfurt am Main 1
Tel. (06 11) 75 10 46 · Telex-Nr. 04-14 721



Kommuniqué des Initiativsausschusses XI. Festival und der Jugend der Unidad Popular

In Bonn fand ein erstes Treffen des Initiativsausschusses XI. Weltfestspiele der Jugend und Studenten der Bundesrepublik Deutschland mit Vertretern der Jugendorganisationen der Unidad Popular statt, um Informationen über die Vorbereitung der XI. Weltfestspiele 1978 in Kuba auszutauschen und gemeinsame Probleme zu besprechen.

Während des Treffens wurden Fragen der Kooperation zwischen den Jugendorganisationen der Bundesrepublik und der chilenischen Jugend diskutiert. Unter anderem wurde die Bereitschaft der chilenischen Jugend hervorgehoben, mit ihren Folkloregruppen in der Bundesrepublik ein Lieder-Festival durchzuführen, dessen Erlös dem Solidaritätsfonds der Weltfestspiele zugute kommen soll.

Die Vertreter des Initiativsausschusses sagten den Vertretern der Unidad Popular zu, ihren Mitgliedsorganisationen zu empfehlen, durch entsprechende Materialien die Jugend der Bundesrepublik über die soziale und politische Lage der Jugend in Chile aufzuklären. Dies gilt auch für die Absicht, die Reise der Delegation der chilenischen Jugend nach Kuba materiell zu unterstützen.

Die Vertreter der Jugendorganisationen der Unidad Popular haben ihren Willen zum Ausdruck gebracht, in allem was zum Erfolg der XI. Weltfestspiele beiträgt, mit der Jugend der Bundesrepublik zusammenzuarbeiten. In gleicher Weise

haben die Vertreter des Initiativsausschusses ihre Solidarität mit der chilenischen antifaschistischen Jugend erklärt und ihre Absicht bekundet, über die Unidad Popular hinaus mit allen demokratischen Kräften in Chile und in anderen latein-amerikanischen Diktaturen zusammenarbeiten zu wollen.

Die Vertreter des Initiativsausschusses und der Jugendorganisationen der Unidad Popular in der Bundesrepublik gaben ihrer Solidarität mit den Völkern der Dritten Welt, insbesondere mit den Völkern und der Jugend Lateinamerikas, die gegen Imperialismus und Faschismus und für nationale Unabhängigkeit und Selbstbestimmung kämpfen, Ausdruck.

Beide Seiten wollen sich im Rahmen ihrer organisatorischen Möglichkeiten dafür einsetzen, daß die XXXII. Vollversammlung der Vereinten Nationen das Militärregime Pinochets verurteilt und die Freiheit aller politischen Gefangenen und der Verschleppten fordert.

Es wurde vereinbart, weitere Treffen dieser Art durchzuführen, um Informationen über Initiativen zur Vorbereitung der XI. Weltfestspiele auszutauschen und über mögliche gemeinsame Aktionen zu diskutieren.

**Initiativsausschuß der XI. Weltfestspiele der
Jugend und Studenten der Bundesrepublik Deutschland
Jugendorganisationen der Unidad Popular in der
Bundesrepublik Deutschland**

Bonn, den 30. September 1977

Kuba

Fritz Noll Che Guevara - die Unvergänglichkeit der Revolution



Am 9. Oktober 1977 jährt sich zum zehnten Mal der Todestag Ernesto „Che“ Guevaras, eines der hervorragenden Helden der Sierra Maestra und der kubanischen Revolution, der zum Vorbild der antiimperialistischen Jugend in aller Welt wurde.

Fritz Noll, Mitglied des Vorstands der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, zeichnet die Hauptetappen in Ches Leben nach. Die anschließende Rezension gibt einen Überblick über die in der Bundesrepublik erschienene Che Guevara-Literatur.

Sein Name gehört den nach Freiheit Dürstenden, den gegen Ausbeutung und Unterdrückung Kämpfenden. Sein Tod brachte auf allen Kontinenten neue Feinde des Imperialismus hervor. Für die Jugend der Welt wurde er zu einem revolutionären Ideal. Ernesto Che Guevara – einer der Nationalhelden

Kubas.

Vor zehn Jahren sagte Fidel Castro in einer Gedenkrede über Che: „Wir sind der Ansicht, daß sein Leben, seine Erfahrungen, seine Befähigung als reifer Führer, sein Prestige und alles, was sein Leben bedeutete, mehr, unvergleichlich mehr wert waren, als er vielleicht selbst glaubte.“

Und in einem Telegramm des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion vom 17. Oktober 1967 heißt es: „Genosse Che Guevara gab sein Leben für die große Sache der Befreiung der Völker von Unterdrückung und Ausbeutung. Wir werden ihn für immer als mutigen Revolutionär, als einen Menschen von hoher seelischer Reinheit und beispiellosem Opfermut in unserem Gedächtnis behalten.“

Vor nunmehr zehn Jahren wurde im Südosten Boliviens in der Yuro-Niederung eine revolutionäre Abteilung von Partisanen von den Truppen des Barrientos-Regimes eingeschlossen und fast vollständig vernichtet. Ihr Führer wird schwer verwundet gefangen genommen. In der Morgendämmerung des 9. Oktober 1967 landen in Higuera Hubschrauber. Hohe Militärs und Geheimdienstagenten betreten den Schauplatz des letzten Aktes im Leben von Che. So meldet der Agent Gonzalez seinem Vorgesetzten Major Shelton von der CIA: „Pappi ist in meiner Hand“.

Oberst Selnich, Oberst Anoro, Oberst Zenteno, General Ovando, Konteradmiral Ugarteche und „Doktor“ Gonzalez versuchen den Gefangenen zum Sprechen zu bringen. Vergebens. Den Folterungen begegnet Che mit Schweigen. Nur noch einmal öffnen sich die blutleeren Lippen, als einer der Offiziere ihn höhnisch fragt, woran er in den letzten Minuten seines Lebens denke, antwortet Che: „Ich denke an die Unvergänglichkeit der Revolution.“

Um 13.30 Uhr betritt der Rangerunterleutnant Mario Teran den Raum und feuert eine Garbe aus seiner MPi auf den wehrlosen und schwer verwundeten Gefangenen. Ernesto Che Guevara war ermordet. Die revolutionäre Bewegung Lateinamerikas hatte einen ihrer fähigen Führer verloren.

Über Ches Weg nach Bolivien wird noch zu sprechen sein. Nur soviel zunächst: Die Imperialisten haßten ihn bis aufs Blut. Und die CIA war an seiner Ermordung ebenfalls beteiligt, wie an der Ermordung von Patrice Lumumba, an der Ermordung von Martin Luther King, an der Ermordung von Salvador Allende. Aber es gibt auch Kräfte, die dem revolutionären Weltprozeß feindlich gegenüberstehen, die den politischen Massenkampf der Völker negieren und stattdessen auf Abenteuerlust setzen, Anarchisten, Trotzlisten und Maoisten, die versuchen, Che Guevara zu vereinnahmen, ihn für ihre reaktionären Ziele zu mißbrauchen.

Che Guevaras Vermächtnis zu erfüllen, seinem Geist und seinem Leben zu entsprechen, heißt für klare internationalistische Positionen eintreten, heißt ein klassenmäßiges Verhältnis zur Sowjetunion und zu den anderen sozialistischen Staaten einnehmen, heißt den revolutionären Weltprozeß im Geiste des antiimperialistischen Befreiungskampfes auf ökonomischem und politischem Gebiet vorantreiben. Che ist kein Kronzeuge für Bourgeoisie-Söhnchen, die verächtlich auf die Arbeiterklasse herabblicken und den realen Sozialismus bekämpfen, Che ist ein Beispiel dafür, wie ein Intellektueller zu einem Revolutionär wird, mit grenzenloser Liebe für die Ausgebeuteten, mit hoher moralischer Standhaftigkeit, mit tief verwurzelt Internationalismus, mit der Fähigkeit und der Bereitschaft immer wieder hinzuzulernen und gewiß auch mit dem Recht, Fehler zu machen.

Jugend und Erziehung

Am 14. Juni 1928 wird Ernesto Guevara in Rosario, Argentinien, als erstes Kind wohlhabender Eltern geboren. Insbesondere die Mutter, Celia de la Serna, trotz aristokratischer



Fidel Castro (l.) und Che Guevara

Herkunft ist von tiefer demokratischer Gesinnung. In ihrer Jugend hat sie für das Wahlrecht der Frauen in Argentinien gekämpft. Sie widersetzt sich allen Konventionen und führt ein weltoffenes Haus. Kein Wunder, daß der junge Ernesto schon in früher Jugend mit revolutionär-demokratischem und marxistischem Gedankengut in Berührung kommt. Nach dem Besuch des Dean-Funes-College in Cordoba studiert er an der Medizinischen Fakultät der Universität in Buenos Aires. Er träumt davon, ein Forscher zu werden, in der Medizin Großes zu leisten.

Che wird Revolutionär

Doch schon den Studenten zieht es hinaus, er möchte seinen Kontinent kennenlernen. So tritt er vom Februar 1951 bis zum August 1952 eine gemeinsame Reise mit Alberto Granados durch Chile, Peru, Kolumbien und Venezuela an. Er nimmt jede Arbeit an, studiert die soziale und politische Lage der Menschen auf dem lateinamerikanischen Kontinent. Und ihm wird klar, daß medizinische Wissenschaft allein den Indios, den Bauern, den Arbeitern in den Kupferminen nicht helfen können. Rechtlosigkeit ist weder durch Wohltätigkeit noch durch Medikamente abzuschaffen. Che sagt später über diese Zeit: „Ich habe gesehen, wie ein Kind nicht behandelt werden konnte, weil kein Geld da war, wie die Menschen infolge des ständigen Hungers und der ewigen Leiden auf einen Zustand absinken, in dem für einen Vater der Tod seines Kindes ein unerheblicher Zwischenfall ist. Und da begriff ich, daß es Dinge gibt, die mir fast genauso wichtig erschienen, wie ein berühmter Forscher zu werden und einen wesentlichen Beitrag zur medizinischen Wissenschaft zu leisten, nämlich: diesen Menschen zu helfen.“ Für Che stand schon damals fest: Sobald sich auf diesem Kontinent eine revolutionäre Bewegung erhebt, er wird dabei sein.

Nach Argentinien zurückgekehrt, vollendet er sein Studium, legt sein Diplom ab und wird im März 1953 Facharzt für Chirurgie und Dermatologie. Seiner Einberufung zur Armee entgeht er durch ein Eisbad, das einen starken Anfall seines angeborenen Asthmas auslöst. Er wird dienstuntauglich geschrieben. „Alles, nur nicht Gorilla werden“, meint der junge Arzt. Was jetzt tun? Als Arzt in der Heimat niederlassen, den vorgezeichneten bürgerlichen Weg gehen? Das Angebot aus Caracas annehmen, wo ihm als Assistenzarzt ein Monatsgehalt von 800 US-Dollar geboten wird? Che entscheidet sich für einen anderen Weg.

Der Vierundzwanzigjährige mit dem Diplom eines Hautarztes in der Tasche verläßt seine Heimat wieder und begibt sich auf die zweite große Reise durch den Kontinent. Nach

Bolivien, Peru, Ekuador, Kolumbien, Panama, Kostarika, El Salvador und Guatemala. Zwei Stationen werden für Che bestimmend. 1953 ist er in Bolivien. Das Land mit ungeheuren Schätzen, Erdöl, Zinn, Gold – in der Hand ausländischer Monopole – und das Land mit ungeheurer Armut, mit der höchsten Kindersterblichkeit in der Welt, mit dem grenzenlosen Elend der Indianer. 1952 hatte hier die 179. Revolution stattgefunden. Zum Unterschied der 178 vorausgegangenen hatten Bergleute, Landarbeiter an ihr teilgenommen. An die Macht war die Nationalrevolutionäre Bewegung des Paz Estenssoro gekommen. Erste Schritte ließen das Land auf den Weg des Fortschritts vorrücken. Zinngruben wurden nationalisiert, eine Agrarreform wurde begonnen, Milizen aus Bauern und Bergleuten aufgestellt. Doch bei allen Fortschritten strebten die Führer der bolivianischen Revolution nicht nach einer Vertiefung der Umwälzung, sondern sie bremsten, unterwarfen sich den Entscheidungen aus Washington, es waren bürgerliche Politiker, die auf ihren persönlichen Vorteil bedacht waren, viele von ihnen waren in Spekulationen verwickelt. Doch das Schlimmste – für die Indianer hatte sich nichts geändert, sie standen nach wie vor außerhalb der Gesellschaft. Che war zutiefst enttäuscht. Zweifellos hatte sich in diesem Jahr bei ihm der Gedanke gefestigt, eines Tages in dieses Land zurückzukehren.

Er verläßt Bolivien und ging nach Guatemala. Hier war zu der Zeit Präsident Jacobo Arbenz Guzman an der Macht, der es gewagt hatte, einen Teil der Ländereien des Grünen Ungeheuers, so wird die United Fruit Company (heute: United Brands) in Lateinamerika genannt, zu nationalisieren. Eine Agrarreform enteignet 554 000 ha Latifundien, darunter 160 000 ha der United Fruit Company. Per Gesetz werden die Löhne der Landarbeiter verdoppelt.

Wie Che werden viele Revolutionäre von Guatemala angezogen. Er trifft hier auf kubanische Emigranten, unter ihnen Antonio Lopez Fernandez, Mario Dalmau und Dario Lopez; sie werden später gemeinsam mit der Granma von Mexiko nach Kuba übersetzen. Doch was die lateinamerikanischen Revolutionäre mit Hoffnung erfüllt, versetzt Washington, das Pentagon und die CIA in Panik. US-Präsident Eisenhower und John Foster Dulles, selbst Aktionär der United Fruit, beschließen: Präsident Arbenz muß gestürzt werden! In der US-Presse tauchen Schlagzeilen auf wie: Kommunistische Regierung Arbenz – Das karibische Meer, ein kommunistisches Gewässer – Die USA können nicht dulden, daß zwischen Texas und dem Panamakanal eine Sowjetrepublik entsteht. Es wird behauptet, die Regierung Guatemalas beziehe ihr Gehalt „aus Moskau“. Was stimmt wirklich?

Die Regierung Arbenz wurde von einem Berufsoffizier geführt, sie war durch freie Wahlen an die Macht gekommen und wurde von den bürgerlich-demokratischen Parteien getragen. Auch die junge Kommunistische Partei Guatemalas (sie war erst 1949 gegründet worden und besaß wie die Bolivians, 1950 gegründet, noch wenig Einfluß) unterstützte Arbenz.

Die Kampagne der USA gegen die bürgerliche Regierung Arbenz wurde durch zahllose Agenten und Diversanten unterstützt. Am 17. Juni 1954 drangen USA-Söldner von Honduras kommend in Guatemala ein. Sie besetzten Dörfer und Städte, begannen mit Erschießungen von Arbenzanhängern, die Hauptstadt des Landes wurde aus der Luft bombardiert. Das Volk Guatemalas verlangte bewaffnet zu werden. Arbenz lehnte das ab und gab zögernd seinen Truppen den Befehl, gegen die Söldner vorzugehen. Die Armee bereitete den Eindringlingen eine Niederlage. Die Bestürzung in Washington war groß. Da hatte ein Zwerg es gewagt, den USA zu trotzen, die Bananenrepublik forderte die United Fruit heraus. Jetzt wurden die CIA-Positionen in der guatemaltekischen Armee abgerufen. Die Agenten im hohen Offizierskorps. Und was die Söldneraggression nicht fertig gebracht hatte, geschah am 27. Juni 1954: Arbenz wurde durch

einen von der CIA inszenierten Militärputsch gestürzt. Eine zweite Hoffnung Lateinamerikas war zerstört. Wieder hatte es sich gerächt, daß bürgerlich-demokratische Politiker nicht auf das Volk gesetzt hatten.

Che, der in diesen Tagen zum bewaffneten Kampf für Arbenz aufgerufen hatte und der von Stund an im Visier der CIA war und bis zu seinem Tode blieb, erkannte: der Weg zur Befreiung Lateinamerikas führt allein über die soziale Revolution. Die Monopole, Banken und Trusts der USA haben die wichtigsten Reichtümer der Länder Lateinamerikas in ihren Händen. Pentagon, CIA und das Außenministerium der USA machen die Einmischung in das politische Leben der Länder Lateinamerikas zur Norm ihres Handelns. Jeder Reformversuch wird von Washington mit wirtschaftlichen Sanktionen, mit bewaffneten Interventionen erstickt. Gleichzeitig macht sich der US-Imperialismus nationale Politiker „gefügig“. Auf Befehl Washingtons werden Politiker ermordet, die sich für unabhängige Positionen einsetzen. So Guiterras in Kuba und Gaiten in Kolumbien. In Venezuela wird der demokratische Präsident Gallegos gestürzt. In Chile wird Gonzalez Videla gezähmt. Die Blutspur des US-Imperialismus wird sich später weiter durch den Kontinent ziehen. Von der Schweinebucht bis nach Chile.

Die Bewegung des 26. Juli

Ernesto Che Guevara geht am 21. September 1954 nach Mexiko. Nach einigen Mühen gelingt es ihm als Arzt im Institut für Kardiologie angestellt zu werden. Seine Gefährtin Hilda – sie hatte ihn schon in Guatemala begleitet – trifft ebenfalls in Mexiko ein. Sie heiraten. Eine Tochter, Hildita, wird geboren. Che erzählt darüber: „Als meine Tochter in Mexiko City geboren wurde, hätten wir sie als Peruanerin – nach der Mutter – oder auch als Argentinierin – nach dem Vater – eintragen lassen können. Dennoch beschlossen meine Frau und ich, Hildita als Mexikanerin eintragen zu lassen – als Zeichen der Dankbarkeit gegenüber einem Volk, das uns in der bitteren Stunde der Niederlage und der Vertreibung Zuflucht gewährt hatte.“

Eines Tages, im Juni 1955, erscheinen im Krankenhaus zwei Kubaner und werden in der Aufnahme von Ernesto Guevara empfangen. Che erkennt in einem seinen Kampfgefährten aus Guatemala Antonio Lopez Fernandez. Man erzählt ihm von dem Sturm auf die Moncada-Kaserne, von den neuen Plänen der kubanischen Genossen, ob er mit Raul und Fidel Castro bekannt werden wolle. Und ob er will. Über die erste Begegnung mit Fidel Castro erzählt Che später: „Ich unterhielt mich die ganze Nacht mit Fidel. Am Morgen war ich dann als Arzt in die künftige Expedition aufgenommen. Nach meinen Erlebnissen auf den Reisen durch Lateinamerika und nach dem Finale in Guatemala bedurfte es im Grunde genommen nur noch eines Anstoßes, um mich zur Teilnahme an einer Revolution gegen jeden beliebigen Tyrannen zu bewegen. Zudem machte Fidel auf mich den Eindruck eines außergewöhnlichen Menschen, der fähig war, die kompliziertesten Probleme zu lösen. Er war von einem tiefen Glauben durchdrungen, war überzeugt, daß er, wenn er nach Kuba aufbricht, es erreichen wird, wenn er es erreicht hat, den Kampf beginnt, und daß er kämpfend siegen wird.“

Eine Periode angestrengter Arbeit erfaßt alle Teilnehmer der revolutionären Expedition Castros. Vorbereitungen sind zu treffen. Ein Schiff ist zu beschaffen. Man braucht Geld. Schließlich ist es soweit. Am 25. November 1956 zwei Uhr nachts. In Tuxpan geht die Abteilung an Bord. Die Granma, eine Jacht für 12 Personen, nimmt 82 Mann an Bord, Ausrüstungsgegenstände, Waffen, Munition. Das Schiff ist total überladen. Es regnet. Die See ist bewegt. Gischt spritzt am Kai. Fidel Castro gibt das Kommando: „Tae los und Motor



Playa Giron 1961: Siegreicher Kampf gegen die Invasoren

anwerfen“. Mit gelöschten Lichtern tuckert die Granma aus dem Hafen. Kurs Kuba. Die Männer an Bord singen das Lied der Bewegung des 26. Juli. Dann wird die Nationalhymne angestimmt. Es gibt kein Zurück, nur ein Vorwärts. *Patria o muerte. Vaterland oder Tod.*

Die Geschichte des revolutionären Befreiungskampfes der Genossen um Castro auf Kuba ist bekannt. Jenes Kampfes, der mit 12 Mann in der Sierra Maestra begann und der mit dem Einmarsch der 80 000 am 2. Januar 1959 in Havanna siegreich endete. In diesem Kampf stieg Che zum Commandante auf, dem höchsten Dienstgrad der revolutionären Armee. Er hatte als mutiger Soldat, als kluger Taktiker, als unermüdlich Lernender seinen Mann gestanden. Er wurde zweimal verwundet.

Und Che wußte, diesmal ist er Teilnehmer einer lateinamerikanischen Revolution, die nicht in Halbheiten stecken bleibt, die nicht das Volk ausschließt, die nicht neue Privilegien für einige wenige bringen wird. Das neue Kuba wird zum Symbol des ganzen Kontinents werden. Ein Sieg des Volkes gegen den verhaßten US-Imperialismus. Aus dem humanistischen Moralist ist der Kommunist geworden.

Kommunist und Staatsmann

Die neue revolutionäre Regierung Kubas ernennt Che noch im Jahr des Sieges zum Leiter der Industrieabteilung des Nationalinstituts für die Agrarreform (INRA) und überträgt ihm die Leitung der Nationalbank Kubas. Zugleich wird Che im Auftrage der Regierung auf eine Reise nach Afrika, Asien und Europa geschickt, um die außenpolitische Isolierung der jungen revolutionären Macht zu überwinden. Es geht um den Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung, um politische Ökonomie, um die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus auf Kuba. Che, selbst Lernender, sich in die Lehrbücher der politischen Ökonomie Vertiefender, wird zum Initiator sozialistischer Wettbewerbe. Er wirft sich mit dem gleichen Elan in die neuen, weitaus komplizierteren Aufgaben, wie er einst in den Bergen mit der Waffe in der Hand kämpfte.

1960 reist er als Leiter einer kubanischen Wirtschaftskommission in die Sowjetunion. Zutiefst bewegt und vom Wissen der weltgeschichtlichen Rolle der Sowjetunion durchdrungen sagt er: „Wir werden nicht müde, tausendmal zu sagen, daß wir von dem Augenblick an, als wir sowjetischen Boden betraten, spürten: Die Sowjetunion ist die Heimat des Sozialismus auf der Erde.“

Che bereist die CSSR, die DDR, die Koreanische Volksdemokratische Republik und China. Zurückgekehrt, wird ihm die Ernennung zum Minister für Industrie überreicht und die Leitung des Zentralrates für Planung übertragen. Im April 1961 überfallen von der CIA ausgebildete und bezahlte

Söldner Kuba, und landen in der Playa Giron. Die Truppen des revolutionären Kuba, die die Aggressoren vernichtend schlagen, werden von Che geführt. Che beschreibt mehrfach wie ihm und anderen jungen Revolutionären auch Fehler in der Einschätzung der Lage, insbesondere auf dem allgemein komplizierten Gebiet der ökonomischen Grundlagen der neuen Gesellschaft unterliefen. So vertritt er 1964 in einem Artikel den Standpunkt, daß insbesondere moralische Anreize zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität, zur Hebung des Bewußtseins der Werktätigen führen. Zugleich aber sagt er, daß dies seine subjektive Meinung sei, die man entschlossen revidieren müsse, wenn sie sich als falsch erweisen sollte.

Auf dem 1. Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas sagte Genosse Fidel Castro zu dieser Phase: „Aber die kubanische Revolution verstand es nicht von Anfang an, die reichen Erfahrungen auf dem Gebiet des Aufbaus des Sozialismus zu nutzen, die andere Völker gesammelt hatten, die viel eher als wir diesen Weg begannen. Wenn wir bescheidener gewesen wären und uns nicht selbst überschätzt hätten, wenn wir fähig gewesen wären zu begreifen, daß die revolutionäre Theorie in unserem Lande ungenügend entwickelt war und daß uns wirklich tiefgründige Ökonomen und Wissenschaftler des Marxismus gefehlt haben, um wirkliche bedeutende Beiträge zur Theorie und Praxis des Aufbaus zu entwickeln, hätten wir eher versucht, mit angemessener Bescheidenheit aus jenen Quellen all das zu lernen, was unter den konkreten Bedingungen unseres Landes realisiert werden kann.“

Auf der UNO-Vollversammlung im Dezember 1964 vertritt Che seine sozialistische Wahlheimat Kuba. In seiner Rede versichert er mit aller Leidenschaft die Entschlossenheit der kubanischen Revolution, alle Schwierigkeiten und Hindernisse beim sozialistischen Aufbau mit Hilfe der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten zu überwinden. Zugleich aber wird er immer stärker von dem Gedanken beherrscht, erneut an einem anderen Abschnitt des antiimperialistischen Kampfes in Lateinamerika als Revolutionär zu wirken. Che ist von dem Traum einer kontinentalen Erhebung der lateinamerikanischen Völker erfüllt. Noch einmal führen ihn Reisen nach Europa, Asien und Afrika. Zum zweiten Mal nimmt er am 7. November 1964 in Moskau an den Feierlichkeiten zum Jahrestag der Oktoberrevolution teil.

Dann im April 1965 gibt er alle Funktionen an die kubanische Regierung zurück und schreibt in seinem Abschiedsbrief an Fidel Castro: „Rechtlich verbindet mich, nichts mehr mit Kuba, es sind nur noch Bindungen anderer Art, von denen man sich nicht lossagen kann . . . Ich nehme mit mir auf die neuen Schlachtfelder den Glauben, den Du mir eingeflößt hast, den revolutionären Geist meines Volkes, das Gefühl, daß ich meine erhabenste Pflicht erfülle, den Imperialismus überall zu bekämpfen, wo er existiert . . .“

Che ging nach Bolivien. Doch seine Hoffnungen sollten sich nicht, konnten sich nicht erfüllen. Trotz der ausgeprägten objektiven Faktoren für einen antiimperialistisch-demokratisch-revolutionären Kampf gegen das Barrientos-Regime fehlten viele jener Faktoren, die der kubanischen Revolution dienlich waren, fehlte es vor allem am subjektiven Faktor für eine bolivianische Revolution. Das bekannte bolivianische Tagebuch von Che hält diesen Kampf in allen Phasen fest. Es ist ein Zeugnis des flammenden Willens, der nie versiegenden Hoffnung und es ist zugleich ein Erkennen und Bekennen eigener Fehleinschätzungen. Dieses Tagebuch hat die Züge einer antiken Tragödie, denn es beschreibt den heroisch-verzweifelten Kampf gegen eine riesige Übermacht.

Der Tod Che Guearas brachte in allen Ländern Tausende und Abertausende neuer Feinde des Imperialismus hervor. Der revolutionäre Prozeß in Lateinamerika entwickelt sich weiter. Und die Völker Lateinamerikas werden siegen, weil solche flammenden Revolutionäre wie Che ihr den Weg ebneten und für die unvergängliche Sache der Revolution kämpften.

Literatur über und von Che Guevara

Das Leben von Ernesto Che Guevara hat den Biographen genügend Stoff zur Auseinandersetzung und Forschung überlassen.

Die Autoren, die sich von einem bürgerlichen Standpunkt aus mit dem Leben Ches befassen, reizt jedoch offensichtlich nicht so sehr der politische und soziale Hintergrund Lateinamerikas, der Persönlichkeiten wie die Ches hervorbrachte. Für sie bleibt das „Phänomen Che Guevara“ letztendlich ein Mythos, eine tragische Figur. So

Elmar May, Che Guevara, Rowohlt bildmonographien 207, Reinbek bei Hamburg 1973, 151 S., 5,80 DM

Da der Autor sich nicht die Mühe macht, die sozialpolitischen Verhältnisse in Lateinamerika als Grundlage der Persönlichkeitsentwicklung Che Guevaras mit in Betracht zu ziehen, bleibt für ihn nur der familiäre Rahmen als bestimmendes Moment übrig. Ihm widmet er sich mit einer Akribie, die ihn wesentliche Fakten vergessen läßt. Politische Auffassungen, die Che nach dem Sieg der Revolution in Kuba an leitender Stelle vertreten hat, projiziert er in psychologischer Manier in die Kindheit hinein: „Finanzielle Probleme lösten manchmal schwere häusliche Auseinandersetzungen aus, die vermutlich mitgewirkt haben, daß Che später ein erbitterter Gegner des Geldes wurde.“ (S. 13) In ähnlicher Weise widmet der Autor der Frage des Verhältnisses zwischen Fidel Castro und Che Guevara breiten Raum. Daß Fidel Castro nicht alle ökonomischen und politischen Positionen Ches geteilt hat, führt May auf persönliche Differenzen zurück: „Die ungewöhnliche Popularität Ches bei den alten Kämpfern in der Sierra erweckte Castros Eifersucht.“ (S. 81) Diese reine Mutmaßung des Autors muß jedem Leser (nur eine Seite weiter) – im Abschiedsbrief an Fidel und das kubanische Volk – sofort ins Auge stechen. Hier heißt es: „Mein einziger Fehler war, daß ich Dir (Fidel, d. Verf.) von den ersten Momenten in der Sierra an nicht noch mehr vertraut und daß ich Deine Qualitäten als Führer und Revolutionär nicht schnell genug verstanden habe.“ (S. 82)

Für den Tod Che Guevaras und das Scheitern der Guerilleros in Bolivien macht May nicht Ches falsche Einschätzung der objektiven und subjektiven Situation verantwortlich. Stattdessen soll Che das „Opfer eines weitgespannten Komplotts“ (S. 114) geworden sein, wobei es die Aufgabe Moskaus und Kubas gewesen sei, diese „Aktionen zu behindern oder zu vereiteln“ (ebenda).

Empfehlenswerter dagegen ist das 1973 mit dem Deutschen Jugendbuchpreis ausgezeichnete Buch von

Frederik Hetmann, „Ich habe sieben Leben“. Die Geschichte des Ernesto Guevara, genannt Che, Rowohlt rotfuchs 137, Reinbek bei Hamburg 1977, 218 S., 4,80 DM

In drei Handlungsebenen schildert der Autor ausführlich das Leben Che Guevaras. Diese drei Ebenen: a) Ches Gefangennahme und Ermordung, b) Ches Lebensweg und c) wirtschaftliche, soziale und politische Informationen über Lateinamerika erhöhen nicht nur die Spannung des Buches, sondern machen es auch informativ. Allerdings ist das Buch durch die übertriebene Verwendung von Fremdwörtern als Jugendbuch weniger geeignet.

Zwar scheint der Autor um abgesicherte, wissenschaftliche Aussagen bemüht zu sein, jedoch verfällt auch er in zum Teil lächerlich wirkende Aussagen, wenn er z. B. in Ches Asthma die Ursache seines „zerstörerischen und selbstzerstörerischen Verhaltens“ (S. 11) sieht. Im übrigen spekuliert F. Hetmann ebenso in uneffektiver Weise über die Hintergründe und Umstände, die zur Niederlegung seiner Ämter und Ches Einsatz in Bolivien geführt haben. Daß er seine eigenen Möglichkeiten in Kuba für erschöpft gehalten hat und daher mit Unterstützung der kubanischen Regierung die Aktion in Bolivien aufnahm (dies geht aus seinem Abschiedsbrief hervor), will Hetmann für nicht ausreichend befinden und gewinnen in seinen Überlegungen nur geringe Bedeutung.

Positiv hebt sich gegen diese beiden Bücher der Band des sowjetischen Autors

Josef Lawrezki, Ernesto Che Guevara, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1975, 492 S., 13,80 DM

ab. Hier wird deutlich, was eine ausführliche Auswertung aller zur Verfügung stehenden Quellen und Dokumente leisten kann. Die sehr lebendige Schilderung macht dieses Buch zu einer spannenden

Lektüre – gerade auch für die Leser, die sich mit den Problemen Lateinamerikas noch nicht umfassend beschäftigt haben. Allerdings wäre es wünschenswert gewesen, der Autor hätte sich eingehender mit Ches Revolutions- und Wirtschaftstheorie auseinandergesetzt. Denn gerade für einen marxistischen Autor hätte dies ein Beitrag zur Klärung der Diskussion um Che Guevaras Grundpositionen sein können, die in den westlichen Ländern Ende der 60er Jahre eine große Rolle in der Auseinandersetzung der Linken gespielt haben. Dennoch liegt damit die genaueste und informativste Biographie über Che Guevara vor.

Bedeutendere und aufschlußreichere Quellen über das Leben Ernesto Che Guevaras sowie seine theoretischen Positionen sind jedoch seine eigenen Schriften, Tagebücher, Reden und Aufsätze. Die erste zu nennende Quelle ist das Kubanische Tagebuch

Ernesto Che Guevara, Aufzeichnungen aus dem kubanischen Befreiungskrieg 1956–1959, Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg 1969, 207 S. (z. Z. vergriffen),

das Ende 1956 mit den Vorbereitungen für die Überfahrt der 82 Revolutionäre nach Kuba beginnt und mit dem Sieg der Revolution am 1. Januar 1959 endet.

Che Guevara hat diese „persönlichen Erinnerungen . . . an die Angriffe, Schlachten und Gefechte“ (S. 23) niedergeschrieben, um die „Geschichte unserer (d. h. der kubanischen, d. Verf.) Revolution“ festzuhalten, damit sie nicht „in die Vergangenheit versinken“ (ebenda). Der besondere Wert dieser nachträglich verfaßten Aufzeichnungen liegt darin, daß sie eine zusammenhängende, detaillierte und äußerst spannende Darstellung der kubanischen Revolution, ihrer Führer, der Moral der Guerillaarmee wie auch der allgemeinen politischen Lage in Kuba zu jener Zeit abgeben. Von Interesse ist zudem die den Aufzeichnungen vorangestellte Rede Fidel Castros vom 18. Oktober 1967, die er zum Gedenken an Che auf dem Platz der Revolution in Havanna hielt.

Über Che Guevaras Aufenthalt und Kampf in Bolivien liegt vor:

Ernesto Che Guevara, Bolivianisches Tagebuch, Verlag Trikont, aktuell 5, München 1968, 206 S., 5,80 DM

Diese detaillierten, peinlich genauen Tagesbucheinträgen Che Guevaras wurden im Gegensatz zu den kubanischen Aufzeichnungen Tag für Tag vorgenommen und setzen mit der Ankunft Ches in Bolivien (am 7. November 1966) ein; sie enden am 7. Oktober 1967, zwei Tage vor seinem Tod.

Die Aufzeichnungen dienen Che Guevara als Arbeitsunterlage, für die Beurteilung der Lage – vor allem der militärischen –, der Geschehnisse sowie seiner Mitkämpfer. Daher gibt das Tagebuch wenig Kenntnis über die Situation und Vorgänge in Lateinamerika und im besonderen in Bolivien wie es auch zur theoretischen Konzeption der Guerilla wenig Aufschluß vermittelt. Jedoch gibt es, wie Fidel Castro in seiner für die Herausgabe des Bolivianischen Tagebuches verfaßten Einleitung hervorhebt, die „lebensnahe Darstellung einer außergewöhnlichen Persönlichkeit“ (S. 11).

Von ganz anderer Art sind drei weitere in der Bundesrepublik erschienene Bücher mit Aufsätzen und Reden Che Guevaras:

Ernesto Che Guevara, Brandstiftung oder Neuer Friede? Reden und Aufsätze, Rowohlt Verlag 1154, Reinbek bei Hamburg 1969, 187 S., 2,20 DM

Ernesto Che Guevara, Ökonomie und neues Bewußtsein, Verlag Klaus Wagenbach, Rotbuch 8, Berlin 1969, 156 S., 5,50 DM

Ernesto Che Guevara, Guerilla – Theorie und Methode, Verlag Klaus Wagenbach, Rotbuch 9, Berlin 1968, 158 S., 5,50 DM

Alle drei Bücher enthalten Aufsätze und Reden Che Guevaras aus den Jahren 1960 bis 1964 – das heißt aus der Zeit, als Che in Kuba als Minister, Diplomat etc. tätig war und in der er seine theoretischen Konzeptionen insbesondere zu den beiden zentralen Komplexen der Wirtschaftspolitik und des Stellenwerts des Guerillakampfes entwickelte. Diese Schriften sind daher für das Kennenlernen der theoretischen Positionen Che Guevaras und ihrer verschiedenen Differenzen zu marxistisch-leninistischen Auffassungen notwendig.

G. Bröner/B. Pflug

Paraguay

Systematische Indianerverfolgungen in eigens dafür eingerichteten militärischen Sperrgebieten – an ihnen ist laut Time vom 26. 9. 1977 auch das Mitglied der Vereinigung ehemaliger hoher Nazis „Die Spinne“, der ehemalige KZ-Arzt von Auschwitz, Mengele, beteiligt – die Versklavung von Indianern zu Zwangsarbeit und das Verschwindenlassen von Oppositionellen sowie die Inhaftierung von Patrioten in Konzentrationslagern sind für die Unterdrückungspolitik in Paraguay heute typisch.

Allein in dem KZ Emboscada, das nach der Verhaftungswelle Anfang 1975 (vgl. AIB 5/1977) nahe Asuncion eingerichtet wurde, sind über 500 Personen unter unmenschlichen Bedingungen zusammengepfercht. Unter ihnen befinden sich neben 70jährigen Frauen auch Kinder, die oftmals als Geiseln für gesuchte Familienangehörige inhaftiert werden.

Bei einem Aufenthalt in der Bundesrepublik wies die Frau des Sekretärs der Paraguayanischen Kommunistischen Partei, Miguel Angel Soler, darauf hin, daß ihr Mann nun schon seit dem 30. 11. 1975 verschwunden sei. Der bekannte Rechtsanwalt und Mitgründer der ersten Menschenrechtskommission Paraguays war schon vor seinem Verschwinden wiederholt verhaftet worden und in Sonderstrafanstalten körperlichen Qualen ausgesetzt.

Kolumbien

Der erste allgemeine Generalstreik in Kolumbien vom 14. September d. J., bei dem Militär, bewaffnete Polizeikräfte und paramilitärische Unternehmerruppen gegen die Arbeiter eingesetzt wurden, forderte 26 Todesopfer. 4000 Personen wurden verhaftet und unter dem schon zur Gewohnheit gewordenen Ausnahme- und Kriegsrecht pauschal zu je 280 Tagen Haft verurteilt. Darüber hinaus drohen einigen Gewerkschaftsfunktionären Militärgerichtsverfahren. Die Aktionen zeigten das Ausmaß der wachsenden Empörung über die zunehmende Militarisierung in Kolumbien und die Wirtschaftspolitik der Regierung, die bei einer Inflationsrate von allein 26,3 % im ersten Halbjahr 1977 die Lasten der gegenwärtigen Krise auf die Lohnabhängigen abzuwälzen beabsichtigt.

Als organisierter Ausdruck einer breiten Massenbewegung bewies der Streik zugleich die reale Möglichkeit koordinierter und einheitlicher Aktionen der vier bedeutendsten kolumbianischen Gewerkschaftszentralen. Diese erste gemeinsame Kampfkation seit 30 Jahren schuf auch neue Voraussetzungen, die Zersplitterung der fortschrittlichen oppositionellen Kräfte zu beenden, eine politische Alternative zum bestehenden System und dem Regime des Präsidenten Alfonso López Michelsen zu schaffen. Aufgrund dieser Situation könnte auch der 1957 zwischen der Konservativen und der Liberalen Partei geschlossene Pakt, wonach unabhängig von Wahlergebnissen die wichtigsten Posten zwischen den beiden bürgerlichen Parteien aufgeteilt werden, bei den 1978 stattfindenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen erstmals ins Wanken geraten.

Puerto Rico

Am 2. Oktober 1977 haben die vier ehemaligen Kolonialgouverneure Puerto Ricos, Munos Marin, Sanchez Vilella, Ferré und Hernández Colón von Präsident Carter die Freilassung der fünf seit 25 Jahren in den USA inhaftierten puertorikanischen Nationalisten gefordert. Dies ist das Ergebnis einer wachsenden nationalen und internationalen Solidaritätskampagne (vgl. Beilage in AIB, Nr. 7/1977). Über die Sozialistische und die Unabhängigkeitspartei hinaus hat die Solidaritätskampagne seit neuestem breitere Unterstützung von wichtigen öffentlichen Organisationen Puerto Ricos gefunden, so bei der Nationalen Lehrgewerkschaft, dem Verband der Rechtsanwälte und verschiedenen religiösen Gruppen aber auch dem Kolonialparlament, das als Antwort auf den wachsenden öffentlichen Druck eine Resolution unterstützte, welche die sofortige Freilassung forderte. Weitgespannte Solidaritätsaktionen hatte es auch anlässlich des Aufenthalts zweier Gefangener in Puerto Rico gegeben, die unter größten Sicherheitsmaßnahmen und strenger Bewachung durch FBI-Agenten an Begräbnissen von Familienangehörigen teilnahmen.

Die Forderung der vier Ex-Gouverneure nun bringt Carter in eine kritische Situation: Sowohl eine Freilassung als auch eine weitere Gefangenhaltung der 5 Nationalisten demonstriert den kolonialen Status Puerto Ricos.

Vietnam-BRD

20 Tonnen Gemüsesamen für Vietnam hat das Rote Kreuz der Sozialistischen Republik Vietnam von der Hilfsaktion Vietnam e.V. in Düsseldorf erbeten.

Schwere Unwetter haben Vietnam in den letzten zwei Jahren heimgesucht. Im ganzen Land haben der ungewöhnlich lange und kalte Winter 1976/77 – der kälteste seit 30 Jahren – und die darauffolgende Dürreperiode im Sommer große Schäden verursacht, besonders im Getreide- und Gemüseanbau. Ende Juli verwüstete zusätzlich der stärkste Taifun seit Jahren die Gemüseanbaugebiete im Delta des Roten Flusses und vernichtete Aussaaten und Ernten. Um die schlimmsten Folgen der Naturkatastrophe für die Ernährung der Bevölkerung – zwei Jahre nach Beendigung des grausamen Zerstörungskrieges – zu überwinden, bittet das Rote Kreuz um Hilfe für die Landwirtschaft: um schnelle Lieferung von 20 t Samen für Wintergemüse.

Die Hilfsaktion Vietnam e. V. (Bismarckstr. 33, 4000 Düsseldorf) ruft die Bürger der Bundesrepublik auf, das Soforthilfeprogramm „Gemüsesamen für Vietnam“ durch Spenden zu unterstützen.

Postcheckamt Essen Nr. 900 40-430

Bank für Gemeinwirtschaft Düsseldorf Nr. 1016250300

Naher Osten

Nach den jahrelangen Alleingängen des US-Diplomaten Henry Kissinger und dem Scheitern der Nahost-Mission seines Nachfolgers, Außenminister Vance (siehe AIB, Nr. 9 und 10/1977), besann sich die Washingtoner Administration wieder auf ihren gemeinsamen Vorsitz mit der Sowjetunion auf der seit 1973 blockierten Genfer Nahostkonferenz. Am 2. Oktober d. J. vereinbarten Vance und der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko in New York in einer gemeinsamen Nahostklärung die Wiederaufnahme der Genfer Konferenz noch 1977, um „so bald wie möglich eine gerechte und dauerhafte Regelung des arabisch-israelischen Konfliktes zu erreichen“. An „Schlüsselfragen“ werden benannt: „Rückzug der israelischen Streitkräfte aus Gebieten, die im Konflikt von 1967 besetzt wurden, die Lösung der Palästinenser-Frage unter Gewährleistung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes, die Beendigung des Kriegszustandes und die Herstellung normaler friedlicher Beziehungen auf der Grundlage einer gegenseitigen Anerkennung der Prinzipien der Souveränität, der territorialen Integrität und der politischen Unabhängigkeit.“

Die Erklärung stellt weiter fest, daß Verhandlungen im Rahmen der „Genfer Friedenskonferenz unter Beteiligung der Vertreter aller in den Konflikt verwickelten Parteien, darunter des palästinensischen Volkes, und eine rechtliche und vertragliche Verankerung der auf der Konferenz erzielten Beschlüsse der einzig richtige und wirksame Weg zur Erzielung einer grundlegenden Lösung aller Aspekte des Nahost-Problems in seiner Gesamtheit sind.“ (AP, New York, 2. 10. 1977)

Während UN-Generalsekretär Waldheim und die PLO die Erklärung einhellig begrüßten (ihre Nachrichtenagentur Wafa hob die „eindeutige und klare Anerkennung des palästinensischen Volkes“ wie seiner „legitimen Rechte“ zur „Grundfrage“ des Nahostkonfliktes hervor), erhoben die herrschenden Kreise Israels ein Lamento gegen das amerikanische Abweichen von der Terminologie der UN-Sicherheitsresolutionen 242 und 338 aus den Jahren 1967 bzw. 1973 an. In ihnen war nur von einem „Flüchtlingsproblem“, nun sei gar von „legitimen Rechten des palästinensischen Volkes“ die Rede. Indessen ist dies weniger – wie viele hiesige Kommentatoren suggerieren (vgl. Die Zeit, 7. 10. 1977) – als völliger Bruch in der US-Nahostpolitik, sondern eher als eine späte Rückbesinnung auf die von US-Präsident Ford bereits im November 1974 im Kommuniqué von Wladivostok unterschriebene Formel der „legitimen Interessen aller Völker dieses Gebietes, einschließlich des palästinensischen Volkes“ zu werten. Freilich wurde die Ernsthaftigkeit der US-Lösungsbestrebungen schon am 5. Oktober wieder in Frage gestellt, als Carter in einem gemeinsamen Kommuniqué mit Israels Außenminister Dajan die sowjetisch-amerikanische Erklärung als Grundlage für Genf in Zweifel zog. Abwiegender stellte man weiter fest, daß die UN-Sicherheitsratsresolutionen 242 und 338 „nach wie vor die Grundlage für die Wiederaufnahme der Genfer Friedenskonferenz sind.“ (Frankfurter Rundschau, 6. 10. 1977)

Solidaritätsbewegung - „Sympathisanten-sumpf“ des Terrorismus ?

Nach dem Ponto-Mord im Mai d. J. hat nun die Entführung des Unternehmerpräsidenten Schleyer noch eindringlicher demonstriert: Derartige kriminelle Akte individuellen Terrors bieten den Herrschenden dieses Landes Gelegenheit, auf der Woge einer selbstgeschürten Antiterrorismus-Hysterie neue Ausnahmegesetze, noch schärfere Angriffe auf die demokratische Bewegung der Bundesrepublik zu legitimieren.

Traf die Berufsverbotepraxis bislang vorzugsweise die engagierte Linke, so drängen großbourgeoise Kräfte mit der Einführung von Begriffen wie „Sympathisantenkreis“ oder gar „potentielle Sympathisanten“ (Frankfurter Allgemeine) vehement noch darüber hinaus. Vielmehr wendet sich der Feldzug gegen einen „Sympathisanten-sumpf“, den es trocken zu legen gelte, wendet sich gegen die progressiven Kräfte in ihrer Gesamtheit und jedes kritische Potential, gegen die Gewerkschaften, die Jugend- und Studentenbewegung, die Intelligenz ebenso wie die antiimperialistische Solidaritätsbewegung.

Denn die herrschende Klasse dieses Landes weiß um die große Bedeutung, die die antiimperialistischen Solidaritätsaktivitäten speziell zu Vietnam oder Chile seit Ende der 60er Jahre als Anstoßpunkte für eine breitere Entfaltung der demokratischen Bewegung insgesamt gespielt haben. Heute, da gerade das neokolonialistische Expansionsstreben Bonns zu neuen Ufern strebt, soll die Kritik an den Einsätzen des BRD-Imperialismus gegen die Völker der Dritten Welt und ihre Befreiungsbewegungen isoliert, mundtot gemacht werden. Die letzten Wochen waren daher zahlreich an Beispielen dafür, wie die Rechtskräfte das „günstige“ politische Klima zielstrebig zu nutzen suchen, um ihren imperialistischen Expansionsismus offener, ungeschminkt denn je rechtfertigen und ideologisch auffrischen zu können.

Steigbügelhalter des internationalen Terrorismus?

Einen bisherigen Höhepunkt in dem Bemühen, die antiimperialistische Solidaritätsbewegung zu kriminalisieren, sie zu „Sympathisanten“ der Terrorgruppen zu stempeln, bildete das vom Antiimperialistischen Solidaritätskomitee (ASK) und dem Verlag pläne am 10. 9. 1977 organisierte Solidaritätskonzert, bei dem vor 5 000 begeisterten Zuhörern in der Düsseldorfer Philipshalle Künstler aus Vietnam, Chile, Südafrika und Palästina auftraten. Es wurde von Springers Welt am 9. September unter dem Titel „Bänkelsang für Yassir Arafat“ als „blutiger Benefiz-Agitprop“ verleumdet.

Sicherlich hatte es schon zuvor nicht an Versuchen gefehlt, die antiimperialistische Solidaritätsbewegung in der BRD einzuschüchtern, so etwa mit der Einstufung des ASK (wie übrigens auch des AIB) als verfassungsfeindlich, mit dem Einreiseverbot für Vertreter von Befreiungsbewegungen, die bei Solidaritätsveranstaltungen sprechen wollten oder mit Berufsverboten für junge Menschen, die ihrer Verbundenheit mit dem Kampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas bei Unterschriftenaktionen, Kundgebungen und Demonstrationen Ausdruck verliehen hatten.

Die Gunst der Stunde nutzend, sind die ansonsten eifrigen Verteidiger rassistischer und faschistischer Regimes, also eines institutionalisierten Terrorismus, eifrig bestrebt, die im Geiste der Völkerverständigung und humanitären Hilfe durchgeführten Aktivitäten wie das Düsseldorfer Solidaritätskonzert mit kriminellen Akten terroristischer Abenteurer in einen Topf zu werfen. Indem man die Solidaritätsbewegung im „geistigen Umfeld des Terrorismus“ ansiedelt, soll ein emotionaler Damm gegen jedes aktive Handeln zugunsten des gerechten Befreiungskampfes der unterdrückten Völker der Dritten Welt, aber zugleich auch gegen jedes Aktivwerden gegen die Politik des BRD-Imperialismus im eigenen Land errichtet werden.

Die Methode, mit der man die Solidaritätsbewegung in den „Sympathisantenkreis“ einzu beziehen sucht, ist so neu nicht. Sie besteht zunächst darin, daß eine „internationale Terrorszene“ konstruiert wird, zu der angeblich neben Flugzeugkidnappern und Bombenlegern beispielsweise auch die Befreiungsbewegungen im Nahen Osten und im südlichen Afrika gehören, wobei gar die bundesdeutschen Terroristen von den Befreiungsbewegungen ausgehalten bzw. ausgerüstet worden sein sollen. So schließt sich der Kreis: Derjenige, der den nationalen Befreiungskampf unterstützt, hält den Terror in der BRD den Steigbügel. Er ist ein „Sympathisant“!

Dabei geraten selbst diejenigen in das Schußfeld der äußersten Reaktion, denen bislang keine großen Sympathien für die nationale Befreiungsbewegung nachgesagt werden konnten:

- So warf beispielsweise der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU, Todenhöfer, der Bonner Regierung vor, sie betreibe eine „verbrecherische Politik“, weil sie finanzielle Mittel für Flüchtlingslager in Botswana bereitstellt.

- Mit der Diffamierung der nationalen Befreiungsbewegung wird außerdem bezweckt, daß staatliche Unterdrückungs- und Terrorregimes, mit denen die BRD militärisch, politisch und wirtschaftlich eng verbunden ist, aufgewertet werden: „Wer den Machtantritt der SWAPO fördert, hilft bei der Etablierung eines Terrorregimes in Südwestafrika, mit dem verglichen die Südafrikaner dort geradezu das Modell einer freiheitlichen Verwaltung errichtet haben,“ so die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) am 28. 9. 1977.

- Und auch die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO), in der BRD bereits seit langem den Verleumdungen als „Terrorbande“ ausgesetzt, wurde von Dregger während einer Israel-Reise als Lieferant von Waffen, Geld und Übungsmöglichkeiten für deutsche Terroristen diffamiert (vgl. FAZ, 10. 9. 1977).

Die Tatsache, das sowohl die SWAPO als auch die PLO von den Vereinten Nationen als legitime Vertretungen ihrer Völker anerkannt werden, daß sich der völkerrechtlich legitimierte bewaffnete Kampf dieser Befreiungsbewegungen gegen rassistisch-kolonialistische und imperialistische Unterdrückung richtet – all das paßt den reaktionären Kräften in der BRD nicht ins Konzept. Also bleibt es genauso unerwähnt, wie die wiederholten entschiedenen Distanzierungen der Repräsentanten der nationalen Befreiungsbewegungen von individuellen Terrorakten wie dem Münchener Massaker 1972 oder wie der jetzigen Entführung Schleyers.

Sehr wohl dagegen paßt es in das Konzept der Verleumder antiimperialistischer Solidarität, wenn im Zusammenhang mit den Reisen Wischnewskis, der ein Land zur Aufnahme der Schleyer-Entführer zu finden suchte, der Anschein erweckt wird, als seien diese fortschrittlichen oder sozialistischen Entwicklungsländer „Brutstätten des internationalen Terrorismus“. Wischnewskis Mission ging in den Irak, die Republik Südjemen, nach Algerien, Libyen und in die Sozialistische Republik Vietnam. Aber alle Länder, die Wischnewski besuchte, weigerten sich, die Terroristen aufzunehmen. In Vietnam wurde erklärt, Wischnewski sei nur aus Höflichkeit empfangen worden und es sei allgemein bekannt, daß die vietnamesische Regierung derartige Terrorakte nie gerechtfertigt habe (vgl. FAZ, 1. 10. 1977). Die im Rahmen der Terrorismus-Hysterie konstruierte Verbindung bzw. Gleichsetzung des gerechten Kampfes der Befreiungsbewegungen um die Herstellung ihrer nationalen Rechte mit den kriminellen Handlungen hiesiger Terroristen sowie die Verleumdung fortschrittlicher Entwicklungsländer als „geistige Heimatländer“ des Terrorismus hat bereits Früchte getragen.

Gemäß der Aufforderung von Strauß, „man solle mal die, die angeblich für die Freiheit des Volkes kämpfen, dem Volk überlassen. Dann braucht man Polizei und Justiz nicht mehr zu bemühen“ (Frankfurter Rundschau, 27. 9. 1977), gingen Teilnehmer des Stuttgarter Schweigemarsches für die Opfer der Schleyer-Entführung gewalttätig gegen Teilnehmer einer gleichzeitig stattfindenden Chile-Demonstration vor.

Die Saat geht auf

In Frankfurt wurde ein an der B-Ebene der Hauptwache angebrachtes Gemälde des Chile-Solidaritätskomitees auf Druck der CDU entfernt, weil die auf dem Bild erkennbaren Gewehre die „Aufforderung zu Terrorakten“ beinhalten sollten. Was die Reaktionäre offenbar nicht erkannt hatten oder sehen wollten, war die Tatsache, daß es sich um die Gewehre der Militärjunta handelte, die auf das chilenische Volk gerichtet waren.

Gegen die eigentlichen Urheber dieser Folgeerscheinungen gewandt, betonte Prof. Erich Wulff, der Sprecher des ASK, in seiner Rede auf dem Düsseldorfer Solidaritätskonzert: „Die Solidarität mit den um ihre Freiheit kämpfenden Völkern in Afrika, Asien und Lateinamerika ist ein Ziel, das Christen und Sozialisten, Sozialdemokraten, Kommunisten und Liberale unbeschadet unterschiedlicher Auffassungen in anderen Fragen zu gemeinsamen Handeln zusammengeführt hat. Diese Zusammenarbeit gilt es gerade hierzulande weiterzuentwickeln und zu verstärken.“